E 3477

Jenseits von Afrika – Kontinent der Projektionen

Außerdem: Jubilee South ▶ Abkopplung oder Intervention ▶ Konflikt um Westsahara ▶ Freiheitsmythen in Filmen ▶ Marianne meets Lara Croft ...

Juli 2000
Ausgabe □ 246
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

iz3w

blätter des informationszentrums 3. welt



In dieser Ausgabe

Titelmotive: Y. Shonibare, P.K. Apagya, C.K. Azaglo Augustt





Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

ALLTAG UND RASSISMUS

Expo. Eröffnungsgala. Gottschalk hechelt hinter Promis. Alle ins Mikro: Expo toll! Gottschalk: Bambus, nachhaltignachwachsender Rohstoff. Genscher: Bambus gut! Gottschalk: Und stabil! 12 Kolumbianer sitzen auf Bambusstange, Stange hält – Stütze bricht, 12 Kolumbianer purzeln. Alle: Lachen. Schnitt: Expo-Gelände. Reporterin, jung, fröhlich. Blond, blauäugig vor Bambuspavillon. Hinter ihr: Kolumbianer, arbeiten. Reporterin: Bambus gut – Arbeiter auch – Arbeiten mit HAND – ohne Strom. Macht stark, sagt Reporterin, dreht sich um, bückt sich leicht, schaut ihn nicht, spricht ihn nicht, fasst Arbeiter an. Misst mit Daumen und Zeigefinger. Sagt: Oberarme wie Bambusstangen. Reporterin lacht.

Da mag sich das Land und seine Ausstellung noch so weltoffen, tolerant und »gastfreundlich« präsentieren wollen – solche Szenen zeigen, wie nahe Multikulturalismus und Rassismus oftmals beieinander liegen. Als zwei Seiten der gleichen Medaille folgen beide einem Denken in abstrahierenden Kategorien und Zuschreibungen. Mal positiv, mal negativ gemeint, sagen diese Bilder nichts über den oder die konkreten Menschen aus, die sie erfassen sollen, dafür aber einiges über die Befindlichkeit derer, die sie verwenden *(s. iz3w 245)*. Das gilt insbesondere für die Bilder von »Afrika«. Beinahe das ganze Heft dreht sich diesmal um Afrika. Nicht etwa, weil wir denken, dass es »Afrika« tatsächlich gäbe – aber mit dieser geografischen Bezeichnung wird weit mehr als mit »Europa«, »Asien« oder »Lateinamerika« ein einheitliches Bild beschworen. Mehr als andere Themenschwerpunkte enthält dieser deshalb Betrachtungen aus verschiedenen Blickwinkeln – repräsentiert auch durch afrikanische und deutsche AutorInnen, die hier wie dort leben.

Das ist nicht immer so. In der **iz3w** tauchen viel zu selten – fast wollte man »Stimmen« schreiben – Autoren und Autorinnen aus dem Süden auf. Nun gilt das nicht nur für uns. Die gesamte Medienlandschaft beschäftigt Autoren, Reporter, Korrespondenten, von denen 90% weiß (und wohl drei Viertel männlich) sind – allesamt »Experten« in »ihren« Weltregionen. Das hat verschiedene Gründe. Vor allem haben hiesige JournalistInnen in der Regel schlicht bessere materielle Voraussetzungen, sich auch auf diesem »Marktsegment« duchzusetzen. Was die **iz3w** angeht, fehlen uns häufig die Mittel, die Verbindungen und der Apparat, um mehr Kontakte mit AutorInnen zu knüpfen, die im Süden kritische Positionen vertreten. Schließlich sind solche nicht nur hierzulande peripher. So unwahrscheinlich es ist, dass eine indonesische Anarchistin oder ein mexikanischer Theoriezirkel ausgerechnet auf die **iz3w** stoßen und unsere deutsche Website verstehen wird, so schwer erweist es sich umgekehrt oft für uns, solche Kontakte herzustellen. (Wir freuen uns deshalb über jeden sachdienlichen Hinweis!)

Allerdings ist es nicht damit getan, schwierigen Bedingungen oder dem Markt und seinen Gesetzen in die Schuhe zu schieben, was doch genauso in den Köpfen steckt. Schließlich stehen auch die **iz3w**-MitarbeiterInnen in einer jahrhundertelangen Tradition spezifisch strukturierter Denkmuster, die uns oft anderen überlegen dünkt. Eurozentrismus nennen wir das, wenn wir es erkennen. Auch dies versperrt uns – und damit soll nicht gleich der Beliebigkeit das Wort geredet werden – den Zugang zu anderen kritischen Denkansätzen, Theorien der Gesellschaft und Wegen, sie zu verändern. Andere Formen von Öffentlichkeit als das gedruckte, wissenschaftliche Wort entsprechen nicht dem Gewohnten, und wir nehmen sie kaum wahr. Bestimmen wir also (in unserem Rahmen) die Eckpunkte kritischen Denkens? Setzen wir damit unsere Werte und Normen universal und wissen alles besser wie eh und je? Stellen sich damit in der **iz3w** wie in den üblichen Gremien, Institutionen und »Dialogen« bestehende Macht- und hegemoniale Denkstrukturen wieder her?

Solche Fragen haben ihre Geschichte etwa in der Frauenbewegung und der Rassismus-Diskussion. Sie stellen sich tagtäglich – und sind nicht kurz, allgemein und einfach zu beantworten. Denn selten ist Rassismus so live und ungeschminkt anzutreffen wie derzeit rund um die Expo. Mit unserem Themenschwerpunkt zu Afrikabildern hoffen wir jedenfalls, solcherlei Theater mit einem klein wenig unserer klitzekleinen »Medienmacht« begegnen zu können.

die redaktion

P.S. Zur Stärkung unserer Hausmacht benötigen wir auch weiterhin Spenden.
Und da gibt es jetzt ein...

Neues Spendenrecht

Bislang lamentierten wir in unseren Spendenaufrufen immer darüber, dass Spenden für das iz3w nur als sog. »Durchlaufspende« an die Stadtkasse Freiburg überwiesen werden konnten. Das neue Spendenrecht erlaubt uns nun, steuerabzugsfähige Spendenbescheinigungen selbst auszustellen. Wer die Arbeit des iz3w unterstützen möchte, kann Spenden in Zukunft also direkt auf das Konto unseres gemeinnützigen Trägervereins **Aktion Dritte Welt e.V. (1482 39 755 bei der Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75) überweisen.**
Im Verwendungszweck bitte **»Spende für ADW e.V.«** *eintragen und möglichst die Adresse, damit wir die Spendenbescheinigungen zusammen mit einem Tätigkeitsbericht zum Jahresende zusenden können.*

SpenderInnen, die bislang auf das Konto bei der Stadtkasse Freiburg überwiesen haben, bitten wir, spätestens bis zum 1. September auf unser Postbankkonto umzustellen!

Für FörderabonnentInnen ändert sich nichts.

Auf Wunsch schicken wir Spendenaufrufe inkl. Überweisungsträger zu. Wer dazu in der Lage ist, kann auch einen Dauerauftrag mit jährlichen, quartalsweisen oder monatlichen Spendenüberweisungen zu unseren Gunsten einrichten. Vielen Dank!

iz3w – informationszentrum 3. welt

Afrika: Weltmarktintegration oder Abkopplung?

► *Die Diskussion um eine mögliche Abkopplung Afrikas von der Weltwirtschaft wurde vor allem in den 70er und 80er Jahren mit der Option verbunden, sich damit auch vom kapitalistischen Weltsystem abzugrenzen. Die Befürworter der Abkopplung erklärten, dass eine verstärkte Integration in den Weltmarkt Afrika noch weiter ins Abseits führen und Afrikas Unterentwicklung zementieren würde. Die aktuellen Krisen in afrikanischen Staaten haben die Diskussion um Weltmarkt-Integration versus -Abkopplung wieder entfacht. Heute steht jedoch ein alternatives Wirtschaftssystem nicht*

Abhängen!

von **Rasheed Akinyemi**

► Die in Afrika entwickelten kollektiven Strategien und Konzepte zur Schaffung einer eigenständigen Entwicklung sind im Norden wenig bekannt (bzw. es wird wenig darüber berichtet). Offenkundig wird den eigenen Initiativen Afrikas nicht zugetraut, Lösungen ihrer Entwicklungsprobleme selber anzugehen. Die Strategie der Abkoppelung stößt auf Widerstand und Ablehnung im Norden, weil man darunter vorrangig »Autarkie« oder Isolation verstehen will. Abkoppelung ist jedoch vielmehr als Entwicklungsalternative zu verstehen, die sich auf selbstständiges Erkennen, Definieren und Lösen der wesentlichen Problemlagen beruft, um den Weg zur Nutzung eigener Ressourcen zu öffnen.

Externe Einflüsse behindern eine mögliche Abkoppelung und eigenständige afrikanische Entwicklung mehr noch als endogene Faktoren. Insbesondere die prekären weltwirtschaftlichen Auswirkungen auf Afrika seit den 80er Jahren, die fundamentalistische Wirtschaftspolitik der Weltbank und des IWF der sogenannten Strukturanpassungsprogramme (SAP) sowie die Handels- und Wirtschaftspolitik der WTO bringen große Nachteile für Afrikas Ökonomie. Die Auslandsschulden halten die afrikanischen Staaten in Abhängigkeit zum kapitalistischen Norden. Und auch die neuerdings als »Partnerschaft« titulierte Fortsetzung der Entwicklungshilfe ist eine Barriere gegen Selbstständigkeitsbestrebungen und ein Feind eigener Innovationen. Das Reden von »Geber- und Nehmerländern«, »Gläubigern und Schuldnern« macht ein hierarchisches Abhängigkeitsverhältnis deutlich, in dem »Partnerschaft« nur ein Euphemismus sein kann.

Natürlich ist auch die politische Lage einzelner afrikanischer Staaten mitverantwortlich für das bisherige Ausbleiben positiver Erfahrungen mit den Abkoppelungsstrategien. Diese zeichnet sich stark durch eine Politik der Ausgrenzung der Mehrheit der Bevölkerung aus. Politische Eliten konzentrieren sich auf die eigene Bereicherung und kopieren westliche Konsummuster.

Doch unabhängig von diesen pessimistischen Voraussetzungen gibt es Ansätze regionaler Kooperation, die sich an Strategien der Abkoppelung orientieren: Der »Lagos Plan of Action« (LPA) und die »Final Act of Lagos« (FAL) wurden 1980 von den Regierungschefs aller OAU- Mitgliedsstaaten angenommen. Die LPA und FAL haben drei Ziele festgelegt: self-relience (Selbstständigkeit), self-sustainment (Selbsterhaltung) sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Integration Afrikas. So soll eine zukünftige afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft geschaffen und der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas eine Perspektive gegeben werden. Mit den beiden Beschlüssen verpflichten sich die afrikanischen Staaten, ihre individuelle und kollektive Entwicklung auf endogenen Faktoren aufzubauen. Der Plan, wenn er denn in seiner Gesamtheit implementiert wird, würde die Abkoppelung Afrikas bedeuten – im Sinne einer Förderung der Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten untereinander und damit der Stärkung seiner Verhandlungsposition. Keinesfalls jedoch steht ein isoliertes Afrika oder eine »afrikanische Autarkie« auf dem Programm. Die Perspektiven für die afrikanischen Staaten liegen darin, dass eine Umstrukturierung der Produktionskapazität stattfinden würde und somit verhindert wird, dass Länder gleiche Produkte auf den Markt bringen. In folgenden Bereichen sollten diesbezüglich Kapazitäten verstärkt werden: Qualifikation unternehmerischer und technischer Arbeitskräfte, Wissenschaft und Technologie, Nahrungsmittelproduktion und -verteilung, lokale bedarfsgerechte Industrialisierung und Entwicklung, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen, Erschließung, Ausbau und Verarbeitung der natürlichen Ressourcen und die Verwendung für den eigenen Bedarf.

Die graduelle Abkopplung kann Afrika wettbewerbsfähig machen

Der Vertrag zur offiziellen Gründung der afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Treaty Establishing the African Economic Community) wurde durch die OAU-Staatsoberhäupter und Regierungschefs während ihrer jährlichen Sitzung in Abuja 1994 unterzeichnet. Der Vertrag trat im Mai 1994 in Kraft, nachdem er von zwei Drittel der OAU-Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. Seit 1994 ist die Implementierung des LPA und des FAL die Hauptaufgabe des 1979 innerhalb der OAU-Struktur geschaffenen »Development and Cooperation Department (EDECO)«. Zudem sollen die OAU und EDECO für reibungslose Arbeitsbeziehungen mit den existierenden regionalen Wirtschaftsgemeinschaften sorgen und ein gemeinsames Verständnis in Bezug auf die Strategien und die Implementierung der Vertragswerke erreichen.

Um aus der aktuellen Krise zu entkommen, sind die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften nun aufgefordert, sich an Demokratisierungsprozessen, an der Unterstützung, Stärkung und Einbindung sozialer und zivilgesellschaftlicher Akteure sowie an regionaler Konflikt-Vorbeugung und Krisenmanagement aktiv zu beteiligen. Bis jetzt sind zwei regionale Wirtschaftsgemeinschaften in dieser Rolle zu beobachten, nämlich die Southern African Development Community – SADC – und die Ecomonic Community of West African States (ECOWAS). Zwar weisen die beiden Gemeinschaften große Mängel in Bezug auf demokratische Vorgangsweisen auf und haben zum Teil widersprüchliche Politik betrieben. Zudem sind in Folge hegemonialer Bestrebungen mancher Staaten Zweifel und Kritik an der Umsetzbarkeit einer regionalen Integration und an einer pan-afrikanischen Wirtschafts- und politischen Zukunft laut geworden. Trotzdem machen die Beispiele aus dem südlichen Afrika mit den Bemühungen innerhalb der SADC für eine demokratische und friedliche Region und die Rolle der ECOWAS-ECOMOG in den Konflikten in Liberia eines deutlich: Der Lagos Plan of Action und die Final Act of Lagos können eine graduelle Abkoppelung Afrikas von seiner Abhängigkeit von den kapitalistischen Staaten des Nordens zu Gunsten eines selbstständigen und wettbewerbsfähigen, aber nicht isolierten Afrika, erreichen.

► **Rasheed Akinyemi** ist Lektor am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien und am Institut für Geographie der Universität Salzburg.



mehr zur Debatte. Vielmehr geht es um die Frage, ob sich die afrikanischen Staaten auf regionale Märkte konzentrieren und von den Abhängigkeiten des kapitalistischen Weltmarkts lösen oder gerade die Integration in diesen die Krisen bewältigen können. Die Kontroverse wird nicht mehr um das vorherrschende Wirtschaftsmodell geführt, sondern um realpolitische Optionen in seinem Rahmen.

Reinhängen!

von **Robert Kappel**

► Die Versuche afrikanischer Staaten sich abzukoppeln, sind fehlgeschlagen (siehe bspw. Guinea unter Sékou Touré oder Tansania unter Nyerere). Auch die Versuche durch regionale Kooperation die Wirtschaftskräfte Afrikas zu bündeln, sind bis in die 90er Jahre enttäuschend verlaufen, die regionale Integration ist trotz vieler Lippenbekenntnisse nicht voran gekommen. Abkopplung führt zu technologischer Isolierung und Stillstand, sie hat aller Erfahrung nach die strukturellen Heterogenitäten nicht beseitigt, lässt die Bevölkerungen verarmen, hat durch Schutzmaßnahmen für die Industrien oder Landwirtschaft hohe Kosten und Budgetkrisen zur Folge, die schließlich in eine Schuldenfalle münden. Letztlich führt sie zur Herrschaft einer Staatsklasse.

Natürlich gibt es auch Argumente gegen eine zu schnelle Integration: Sie ist ebenfalls mit hohen Kosten verbunden, vor allem in der Übergangsphase, in der die Zahl der Armen meistens steigt, und sie führt zu Verlust an Industrien, die international nicht konkurrenzfähig sind. Aber die Weltmarktöffnung scheint doch eher Früchte zu tragen, was zwei bis in die 60er Jahre sehr benachteiligte Länder, Botswana und Mauritius, deutlich zeigen. Beide Staaten sind in der Lage gewesen, durch hohes Wirtschaftswachstum (von ca. 6-10%/Jahr) den Wohlstand der Bevölkerung zu erhöhen (damals ca. $ 100, heute ca. $ 3500 Pro-Kopf-Einkommen, der Durchschnitt Afrikas liegt bei ca. $ 500). Botswanas relativer Erfolg beruht dabei auf folgenden Zusammenhängen: Während die durchschnittliche Investitionsquote von 1960 –1966 ca. 12% betrug, stieg sie in der Zeit von 1966 bis 1971 auf knapp 35% an, ohne im Laufe der Jahre wieder unter 20% zurückzufallen. Dies ist vor allem eine Folge der steigenden Investitionen in die Exportlandwirtschaft und in die Diamantenproduktion. Botswana gehört zu den wenigen afrikanischen Ländern, in denen das Wachstum auf Investitionen (Kapitalakkumulation), Produktivitätsgewinnen und starkem Exportwachstum beruht. Schon früh fand eine Liberalisierung und eine Öffnung des Landes statt. Heute wachsen die verarbeitende Industrie und der Finanzdienstleistungssektor überproportional – eine absolute Ausnahme in Afrika.

Die Weltmarktöffnung hat in Botswana Früchte getragen

Zudem hat die Regierung sich nicht in einer exzessiven Ausgabenpolitik engagiert, was zu einer Aufwertung der Währung geführt und so die Exportmöglichkeiten anderer Sektoren eingeschränkt hätte. Entscheidend ist ferner, dass es Botswana gelang, seine Leistungen im Human Development Index (Reduzierung der Armut, bessere Ausbildung und Gesundheitsversorgung etc.) in vergleichsweise angemessener Weise dem Wirtschaftswachstum anzupassen. Aus diesen Erfolgen lässt sich ablesen, dass die Öffnung zum Weltmarkt relativen Wohlstand gebracht hat, während Länder mit einer stärkeren Binnenorientierung (hohe Schutzzölle, Importquoten, binnenorientierte Industrialisierungsversuche) sich zumeist in Krisen befinden. Denn wenn Länder sich abschotten, sind ihre Unternehmen nicht wettbewerbsfähig. Diese können sich nicht anpassen, weil ihnen Technologie fehlt. Deshalb sind Rohstoffländer wie Sambia und Guinea, die eine relative Abkopplung durch Import-Substitutionsindustrialisierung (ISI) versucht haben, in eine Krisenspirale hineingeraten. Es gibt nur zwei Länder, die (gezwungenermaßen) eine halbwegs breite Industrialisierung durch eine Abkopplungsstrategie nach dem ISI-Muster durchgeführt haben: Während Südafrika jedoch nach dem Ende der Apartheid nunmehr die Öffnung zum Weltmarkt forciert (und dabei ziemlich viele Anpassungsprobleme hat), hat sich die ZANU-Regierung unter Mugabe in Zimbabwe nicht für eine stärkere Öffnung zum Weltmarkt entschlossen.

Die Frage ist, weshalb fast alle anderen Länder Afrikas nicht konsequent versucht haben, von der ersten Phase der Importsubstitution im Leichtindustriebereich zu einer neuen Phase der Entwicklung und Integration in den Weltmarkt überzugehen. Die Unfähigkeit zu einer Transformation von Handels- und Produktionsstrukturen hat mit einer Außenhandelsstrategie zu tun, die sich allein auf Rohstoffe und landwirtschaftliche Exportprodukte stützt. Exportstrategien mit diesen Potentialen sind nur zu einem gewissen Ausmaß in der Lage, kohärente Wirtschaftsstrukturen herzustellen.

Auf der anderen Seite war auch der Versuch der Weltbank, über höhere Exporte zur Stabilisierung des Wachstums beizutragen, nur in wenigen Ländern von Erfolg gekrönt. Dauerhaft steigende Exporte sind entgegen den Vorhersagen der Weltbank in den Rohstoff-exportierenden Ländern kaum zu erwarten. Die verstärkte Weltmarktintegration führt nicht automatisch zu höherem Wachstum und Armutslinderung. Liberalisierung und Strukturanpassungsprogramme haben die Umwälzung des Kontinents weiter vertieft, ohne dass sie tiefgreifendes Wachstum erzeugt haben. Aber gibt es eine Alternative zur Öffnung? Sie muss von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Erhöhung der Spar- und Investitionsquote, zur Entwicklung des »Humankapitals«, zum Ausbau der Infrastruktur, usw. begleitet werden. Eine solche Politik verfolgt keine Abkopplungsstrategie. Sie unterscheidet sich aber auch vom Washington Konsens, der glaubte, man könne mit der Liberalisierung der Märkte die Probleme des Kontinents lösen.

► **Robert Kappel** ist Professor am Institut für Afrikanistik der Univ. Leipzig und Herausgeber des Buches *Afrikas Wirtschaftsperspektiven,* das im letzten Jahr am Institut für Afrika-Kunde in Hamburg erschienen ist.

Erst neokolonial, dann neoliberal, dann wieder neokolonial?

Interventionen in afrikanische Konflikte

von **Jörn Schulz**

► Lohnt es sich für die »üblichen Interventionsmächte« noch, im »verlorenen Kontinent« Afrika einzugreifen? Oder dominiert die uninteressierte bis zynische Haltung, nach der die afrikanischen Staaten sich und ihren Problemen selbst überlassen bleiben sollten? Nicht zuletzt das wachgebliebene Interesse an rohstoffreichen Gebieten gibt Anlass zu der Vermutung, dass die westlichen Staaten nach einiger Zeit der Abstinenz auf afrikanischen Kriegsschauplätzen wieder mehr Präsenz zeigen wollen.

Ohnehin war der Rückzug des Neokolonialismus nicht ganz freiwillig geschehen. In vielen afrikanischen Staaten hatte sich im Zuge der Auflösung von Blockkonstellationen eine neue Führungsschicht durchgesetzt, die auf politischer Eigenständigkeit bestand. Vor allem zeigte sich dies in der Unterstützung von Laurent Kabilas Allianz (AFDL) in Zaire (jetzt: Demokratische Republik Kongo) durch Ruanda und andere afrikanische Staaten, die 1997 zum Sturz Mobutus führte. Vergeblich hatten westliche Staaten und der UN-Sicherheitsrat sich bemüht, den Vormarsch der AFDL zu kontrollieren. Sie wagten keine Intervention und konnten sich nicht über politische Ziele einigen. Die Konkurrenz unter den westlichen Staaten war gewachsen. Auf dem gesamten Kontinent begannen die USA, die neokoloniale Abschirmung der afrikanischen Märkte vor allem durch Frankreich und England in Frage zu stellen. Und dem neoliberalen Trend entsprechend waren es eher Konzerne als Regierungen, die sich in Konflikten engagierten.

Der Westen zeigt wenig Engagement, wenn afrikanische Politiker die Fäden ziehen

So überließ man die afrikanischen Konflikte den Vermittlungsbemühungen der UN-Bürokratie und der afrikanischen Politik. Es zeigte sich jedoch schnell, dass auch afrikanische Staaten mit ihrer Interventionspolitik machtpolitische und wirtschaftliche Interessen verfolgen. Als nach der Spaltung der AFDL 1998 afrikanische Staaten in der DR Kongo intervenierten, tauchten bei der Vergabe von weltwirtschaftlich bedeutsamen Bergbaulizenzen bald staatlich protegierte afrikanische Konzerne auf. So hatte sich der Westen die afrikanische Konfliktlösung natürlich nicht vorgestellt. Jedoch zeigte man wenig Neigung, sich in einem Konflikt zu engagieren, in dem afrikanische Politiker die Fäden ziehen, und der UN-Sicherheitsrat beschloss nach dem ausgehandelten Waffenstillstand erst nach langem Zögern eine mit 5.500 Soldaten viel zu kleine Überwachungsmission, deren Entsendung nun ständig hinausgeschoben wird.

Zwar beruhen die gegenwärtig zwischen den involvierten afrikanischen Staaten angestrengten Vermittlungsbemühungen auf einem fragwürdigen Konzept – der »gerechten« Verteilung von Macht und Pfründen unter den Kriegsparteien. Jedoch könnte so der Konflikt immerhin entmilitarisiert und damit die Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Wiederaufbau geschaffen werden. Die westliche Parteinahme für eine Bürgerkriegsfraktion dagegen würde die Spaltung noch vertiefen und künftige Verhandlungen erschweren – das haben der UN-Einsatz in Somalia 1993/94 und die jüngste Intervention Großbritanniens in Sierra Leone gezeigt.

Ohnehin beseitigen Interventionen nicht die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen die Warlord-Kriege erwachsen, die die Konfliktkonstellationen in Afrika vor allem prägen: die schwache gesellschaftliche Integration und die Ausgrenzung »ethnischer« Gruppen und sozialer Schichten. Wenn vor allem die Nähe zur Zentralmacht über den Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen entscheidet und die Klassenstruktur durch klientelistische Netzwerke überlagert wird, ist bei gleichzeitig immer dürftiger ausfallenden Entwicklungsperspektiven die Versuchung groß, die Konkurrenz um die knappen Ressourcen militärisch auszutragen. Verstärkt wird dieser Prozess noch durch einen mehr oder weniger autoritären Kurs der kapitalistischen Modernisierung seitens der meisten afrikanischen Regierungen, der die Ressourcenverknappung für die Masse der Bevölkerung noch beschleunigt. Und obwohl die westlichen »Geberstaaten« den Zusammenhang von Armut und Krieg mittlerweile anerkennen, entziehen IWF-Politik und Schuldendienst den afrikanischen Regierungen weiterhin die entwicklungspolitisch notwendigen Mittel und tragen zur Verschärfung von Krisen bei. Weder westliche Staaten noch afrikanische Eliten zeigen also Interesse an den für dauerhafte politische Lösungen notwendigen Veränderungen der Herrschafts- und Besitzverhältnisse in den afrikanischen Staaten.

Aber bereits die Entmilitarisierung von Konflikten scheitert an fehlenden Mitteln – so war niemand bereit, die Demobilisierung der Milizen in Sierra Leone zu finanzieren. Wenig später fegte die britische Militärintervention gegen die RUF den von der UNO garantierten Friedensplan beiseite, um die Diamantenabbaugebiete unter Kontrolle zu bekommen. Nach anfänglichen Protesten musste die UN-Bürokratie, wie im Kosovo-Krieg, dem ebenfalls keine UN-Resolution zugrunde lag, den Kurswechsel nebst britischer Intervention akzeptieren.

Folgendes Szenario deutet sich damit an: Konflikte, die keine Interessen der Industriestaaten berühren, werden mehr oder weniger sich selbst überlassen. Sind jedoch solche Interessen berührt, wie gegenwärtig bei der Kontrolle des internationalen Diamantenhandels, endet die westliche Zurückhaltung. Ob dann mit oder ohne Rückendeckung der UNO, in Kooperation oder in Konfrontation mit afrikanischen Kriegsparteien und Regierungen interveniert wird, ist nur noch eine Frage der Kosten-Nutzen-Kalkulation. So weicht möglicherweise die kurze Phase relativer Neutralität schon wieder einer Rückkehr zu neokolonialen Methoden. Der massive Einsatz westlicher Truppen steht dabei wohl nicht auf dem Programm, denkbar wäre jedoch die Unterstützung afrikanischer Kriegsparteien mit Waffen, Ausbildern und Elitetruppen, um die »nützlichen Teile« Afrikas mit ihren Rohstoffen wieder unter Kontrolle zu bekommen.

► **Jörn Schulz** ist Erzieher und freier Journalist zum Mittleren Osten und Afrika.



140.001 Widersprüche

Im Westsahara-Konflikt droht die Polisario mit Rückkehr zu den Waffen

von **Reiner Wandler**

1976 besetzte Marokko die ehemalige spanische Kolonie Westsahara und betrachtet das Gebiet seither als Teil des Königreichs. Die Befreiungsbewegung Polisario kämpft dagegen für die Unabhängigkeit der Region. Eine von der UN angesetzte Volksabstimmung wird seit Jahren von Marokko blockiert, das sich bei seiner Verzögerungstaktik immer wieder des Streits um die nationale Identität bedient: Wer ist abstimmungsberechtigt? Wer zählt zum »Volke der Sahrauis«?

► Es kam für niemanden überraschend, und doch war es für viele Sahrauis in den Flüchtlingscamps in Tindouf (Algerien) und den besetzten Westsahara-Gebieten ein Schock: »Der Zeitplan ist nicht mehr gültig«, erklärte UN-Generalsekretär Kofi Annan Ende Februar und stornierte die Vorbereitungen für ein Referendum über die Zukunft der seit 1976 von Marokko besetzten Westsahara. »Die Ereignisse in den letzten neun Jahren ...und vor allem den letzten Monaten... lassen Zweifel aufkommen, ob die von beiden Seiten getroffenen Vereinbarungen umzusetzen sind«, heißt es im letzten Bericht Annans an den UN-Sicherheitsrat.

Die Volksabstimmung wurde seit dem von der UN vermittelten Waffenstillstand zwischen Marokko und der Befreiungsbewegung Polisario 1991 (s. Kasten) immer wieder aufgeschoben. Einmal mehr zeigt jetzt die Verzögerungstaktik Marokkos ihre Wirkung. Die Vereinten Nationen scheiterten erneut an der Frage der Wahlberechtigung. Während die Polisario die im Januar veröffentlichten 86.381 Personen umfassenden Wählerlisten für das Referendum anerkennt, hat Marokko insgesamt 140.000 Widersprüche eingelegt. Anstatt wie vorgesehen einen Termin für die Abstimmung über die Unabhängigkeit im umstrittenen Landstrich an Afrikas Nord-West-Küste bekanntzugeben, musste die UN-Mission in der Region (Minurso) nun 14 Büros zur Bearbeitung der Widersprüche einrichten. Wann sie abgearbeitet sein werden und was dann geschieht, das weiß auch Annan nicht zu sagen.

»Das soll allerdings nicht heißen, dass wir die Volksabstimmung für gescheitert erklären«, versucht der UN-Generalsekretär die Polisario und mit ihr die über 155.000 Sahrauis in den Flüchtlingscamps im südwestalgerischen Tindouf zu beruhigen. Der UN-Generalsekretär schickte Anfang April den ehemaligen US-Außenminister James Baker als Sondervermittler in die Region. Mitte Mai traf der sich dann in London wieder mit den Konfliktparteien, zeigte sich aber hinterher nicht optimistisch über die neue Verhandlungsrunde. Baker hatte bereits im September 1998 in Houston verhandelt und erreicht, dass die Wählerindentifizierung nach mehreren Jahren Stillstand wieder aufgenommen wurde. 54,9 Prozent der Wahlberechtigten wurden in den von Marokko besetzten Gebieten erfasst, 40,1 Prozent in den sahrauischen Flüchtlingslagern in Westalgerien und in den von der Befreiungsbewegung Polisario befreiten Gebieten – rund ein Drittel der ehemaligen spanischen Kolonie. Weitere fünf Prozent leben im benachbarten Mauretanien.

»Staat unter dem Zeltdach« nennen die Sahrauis ihre Republik

Marokko scheint davon überzeugt, dass die Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmen würde und besteht deshalb darauf, die 140.000 fraglichen Personen in den Wahlzensus aufnehmen zu lassen, obwohl sie nachweislich nicht zur ursprünglichen, sahrauischen Bevölkerung gehören. Sie erfüllen keines der mit den Konfliktparteien 1998 ausgehandelten Kriterien. Wer wählen will, muss mindestens eines davon erfüllen: Entweder wurde die betreffende Person bei der letzten Volkszählung der spanischen Kolonialverwaltung von 1974 erfasst oder sie muss nachweisen können, dass sie von jeher in der Westsahara gelebt hat und dennoch nicht erfasst wurde. Hinzu kommen die Nachkommen beider



Fotos: iz3w-Archiv

Neue Nation in den Sand gesetzt

Gruppen, sowie die Menschen, die zur Kolonialzeit sechs Jahre ununterbrochen im Land gelebt haben oder mit Unterbrechungen zwölf Jahre.

Um die eingelegten Widersprüche zu untermauern, versucht Marokko immer wieder, den Zensus der Spanier von 1974 unglaubwürdig zu machen, der 74.000 Sahrauis zählte und dessen Listen als Basis zur Erstellung der Wählerregister dienten. Emilio Cuevas, ehemaliger Oberst der spanischen Armee, der die einzige Volkszählung in der Ex-Kolonie koordiniert hatte, erklärte, dass »weit mehr als die Hälfte« der Nomadenbevölkerung sich zur Zeit der Zählung außerhalb der Kolonie aufgehalten habe. Im spanischen Außenministerium hält man jedoch die Zahlen von Cuevas für »maßlos übertrieben« – zumal der zugibt, zumindest alle Stämme und deren Untergliederungen aufgeführt zu haben und nicht abstreitet, dass es damit der Minurso möglich war, jeden der sich präsentierte, einer Familie zuzuordnen. Warum sich die Zehntausende von Sahrauis, die laut seiner Einschätzung nicht erfasst wurden, weder bei den Identifizierungsbüros in den besetzten Gebieten noch in Marokko, in Mauretanien oder in den Flüchtlingslagern in Tindouf gemeldet haben sollen, kann er nicht erklären.

Geschichte einer »Heimholung«

► Der Konflikt um die Unabhängigkeit des Nomadenlandes an der afrikanischen Atlantikküste dauert bereits mehr als 25 Jahre. Am 6. November 1975 zogen 350.000 Marokkaner – meist junge Arbeitslose aus den Slumgürteln der Großstädte – in die damalige spanische Kolonie. Sie waren dem Aufruf von König Hassan II. zur » Heimholung der Westsahara ins Alevitenreich« gefolgt. Der im Sterben liegende spanische Diktator Franco überschrieb seine letzte Kolonie an Mauretanien und Marokko, obwohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag ausdrücklich darauf verwiesen hatte, dass die Westsahara zu keinem Zeitpunkt über historische Bande mit den Nachbarn verfügte, die eine Annexion rechtfertigen würden. Ein geheimes Zusatzprotokoll legte den Preis fest: eine zwölfjährige Fischereilizenz für 800 spanische Boote und Phosphatlieferungen zu Dumpingpreisen.

Am 27. Februar 1976 rückten die Truppen Marokkos und Mauretaniens ein. Brunnen wurden vergiftet, Dörfer mit Napalm bombadiert. Es begann eine Massenflucht. Wer blieb und auf seiner sahrauischen Identität bestand, um den kümmerten sich Hassans Häscher. Internationale Menschenrechtorganisationen sprechen von insgesamt 3.000 politischen Gefangenen und 660 Verschwundenen. Die Polisario rief in der gleichen Nacht die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) aus. Für den jungen »Staat unter dem Zeltdach« – wie die Sahrauis ihre Republik oft nennen – begann ein verzweifelter Drei-Fronten-Krieg: gegen Marokko, gegen Mauretanien und gegen Hunger und Elend in den eiligst errichteten Flüchtlingslagern nahe der westalgerischen Stadt Tindouf.

Mauretanien gab sich 1979 geschlagen, und die einstigen algerischen Elendscamps mit ihren 155.000 Einwohnern sind mittlerweile ein Vorzeigebeispiel für Flüchtlingsorganisation. Jedes der vier Lager entspricht einer Wilaya (Provinz) mit sieben Dairas (Gemeinden), verwaltet von Gemeinderäten, Zivilgouverneuren, einem nationalen Parlament und einer Regierung mit all ihren Ministerien. Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen und Werkstätten stellen – nicht zuletzt dank der internationalen Hilfe – die Grundversorgung der Bevölkerung sicher.

Bleibt nur noch Marokko. Nach dem Abkommen von Houston bereitete die Polisario die Rückkehr in die Heimat vor. An zwei Punkten in der von den Polisario-Truppen gehaltenen Zone wurden Krankenhäuser und Schulen errichtet, um die Flüchtlinge am Tag X aufzunehmen und um dort gemeinsam auf die Abstimmung zu warten. Dies – und das UN-Referendum in der ehemaligen portugiesischen Kolonie Ost-Timor letzten Sommer – ließ die Sahrauis in den vier Zeltstädten in der algerischen Steinwüste auf einen endgültigen Durchbruch in der Westsahara-Frage hoffen. Um so enttäuschter sind die Menschen jetzt.

»Das Verhalten Marokkos zeigt, dass Rabat angesichts einer Mehrheit für die Unabhängigkeit die Volksabstimmung verhindern will«, erklärt Polisario-Chef und Präsident der Exilregierung der DARS, Mohamed Abdelaziz. Er hofft jetzt erneut auf Baker. Doch der Sondergesandte steht vor keiner leichten Aufgabe. »Die Außengrenzen Marokkos sind unverrückbar«, lautete der Konsens, den König Hassan II. den Marokkanern regelrecht einbläute. Ein Verlust der Sahara könnte das ganze ideologische Gebäude der Monarchie zum Einsturz bringen. Daran hat sich auch nach dem Tod des Monarchen im letzten Jahr nichts geändert. Sein Sohn Mohamed VI. und mit ihm die Regierung des alten Sozialisten Abderrahmane Youssoufi haben sich schnell in die Rolle des Wächters über die »Unteilbarkeit des Territoriums« eingefunden.

Keine Kritik wird zugelassen. Ende April durften die in Frankreich gedruckten Wochenzeitungen Le Journal und As-Sahifa auf Anweisung des Premierministers Abderrahmane Youssoufi nicht eingeführt werden, weil auf der Titelseite ein Foto von Mohammed Abdelaziz prankte. Er erklärte in einem Interview, warum seine Befreiungsbewegung seit 25 Jahren gegen die marokkanische Besatzung kämpft. »Die Veröffentlichung des Interviews verletzt die Gefühle des marokkanischen Volkes«, heißt es im Regierungskommuniqué. Als in der wöchentlichen Presseschau im marokkanischen Fernsehen die beiden Zeitungen dennoch vorgestellt wurden, entließ Youssoufi kurzerhand den Direktor, den Programmchef und den Chefredakteur des Hauses.

In den besetzten Gebieten wird alles, was sich regt, zusammengeknüppelt. Im letzten Herbst und Winter zogen die Jugendlichen in El Aaiun, der einstigen Hauptstadt der spanischen Kolonie, auf die Straßen. Mohamed VI. schickte die Armee. Die wiederum hat marokkanische Siedler zu Milizen zusammengestellt und bewaffnet. Die Milizen wissen, was sie zu verteidigen haben. Lizenzen für Bars, Geschäfte oder Taxen werden meist nur an

marokkanische Siedler vergeben. Marokko hat ein Apartheidssystem errichtet. Wer spanisch spricht, macht sich verdächtig. Alle Einrichtungen der Kolonie, selbst die Kasernen, Straßen und Krankenhäuser vergammeln ungenutzt. Hassan II. hat es vorgezogen, alles neu zu bauen, um jedwede Erinnerung an die andere Geschichte der Sahrauis zu löschen.

Immer öfter suchen Sahrauis die Flucht über den Atlantik auf die 90 Kilometer entfernten Kanarischen Inseln. »Lieber von den Haien gefressen werden, als noch einmal mit den marokkanischen Gefängnissen Bekanntschaft machen«, erklären Mamia und Fatma, die Schwestern des Außenministers der DARS, Mohamed Salek, ihren Entschluss, die gefährliche Überfahrt zu wagen. Nach der Einnahme von El Aaiun im Dezember 1975 galten die beiden Frauen als verschwunden, bis sie 1991 auf Druck der internationalen Öffentlichkeit aus den Geheimgefängnissen entlassen wurden. »Zurück in El Aaiun, merkten wir schnell, dass wir unser kleines Gefängnis gegen ein großes eingetauscht hatten«, beschreibt Fatma die Situation in ihrer Heimatstadt, »kein Sahraui lebt ohne überwacht zu werden.« Als im September 1999 die jungen Sahrauis zu ihrer Intifada riefen, suchte die Polizei erneut die beiden Schwestern. Sie flohen. 36 Stunden dauerte die Überfahrt in einem kleinen Holzboot der marokkanischen Drogenmafia nach Fuerteventura. Heute haben sie in Spanien Asyl.

Kein »Dritter Weg«?

► Anders als 1998 in Houston kam Baker dieses Mal nach der Konsultationsrunde ohne konkrete Vorschläge zurück. Er äußerte ernsthafte Zweifel daran, ob die Vorbereitungen für die Volksabstimmungen überhaupt noch zu retten seien. Während die Polisario davon ausgeht, dass die 140.000 Widersprüche in einem halben Jahr abgearbeitet werden können, spricht Baker von mehr als zwei Jahren. Das marokkanische Spiel auf Zeit verstärkt die Debatte um einen »dritten Weg« zwischen Besatzung und Unabhängigkeit. König Mohamed VI. und Premierminister Youssoufi haben Baker einmal mehr einen Vorschlag für eine Autonomie der besetzten Gebiete unterbreitet. Ähnlich dem Baskenland oder Katalonien in Spanien könnte die Westsahara dann über eine Regionalregierung mit weitgehenden Befugnissen verfügen. Die Polisario würde als politische Kraft anerkannt. Die Idee ist nicht neu. Den Grundstein dafür legte Hassan II. mit der letzten Verfassungsreform 1996, die eine Regionalisierung Marokkos vorsieht.

Die Polisario hat eine solche Lösung immer abgelehnt. Allerdings stellt sich die Frage, wie lange sie durchhalten kann. Gastgeber Algerien möchte sich des Problems Westsahara sobald als möglich entledigen. Denn was einst die Unterstützung einer »noblen arabischen Sache« war, behindert immer stärker die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Setzte Algier in den siebziger und achtziger Jahren noch auf eine unabhängige Westsahara, um sich so einen Zugang zum Atlantik zu verschaffen, gehen heute die Erdgaslieferungen – noch vor dem Erdöl das Hauptexportgut Algeriens – längst per Pipeline nach Europa. Und die laufen durch marokkanisches Gebiet. Außerdem wollen die nordafrikanischen Länder die Freihandelszone UMA wiederbeleben, um so besser mit Europa, aber vor allem mit den USA ins Geschäft zu kommen. Dem algerischen Präsident Abdelaziz Bouteflika ist deshalb mittelfristig an gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit Marokko gelegen. Anfang April stellte er erstmals offen die diplomatischen Interessen seines Landes über die Solidarität mit der Polisario. So gab er als turnusmäßiger Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) dem Druck Brüssels nach und lud die sahrauische Exilregierung vom ersten Gipfel der afrikanischen Staaten mit der EU aus. Statt dessen durfte Marokko, das der OAU aus Protest gegen deren Anerkennung der Polisario nicht angehört, am Treffen in Kairo teilnehmen.

Der Vorsitzende der Polisario, Mohamed Abdelaziz, spricht angesichts der erneuten Stornierung des Wahlprozesses aus, was die meisten Flüchtlinge in Tindouf denken: »Entweder die UN führt das Referendum durch, oder sie zieht ab.« Falls die 311 Blauhelme tatsächlich die Wüste verlassen sollten, »könnte das zur Destabilisierung der gesamten Region führen«, ist er sich sicher. Um darauf vorbereitet zu sein, hat Abdelaziz seine auf 30.000 Mann geschätzten Guerrillatruppen angewiesen, erstmals seit 1991 die militärische Ausbildung wieder im großen Stile aufzunehmen und Manöver abzuhalten. Etwas, was weder der UN noch den marokkanischen Soldaten, die die 2.000 Kilometer lange Verteidigungsmauer in der Westsahara gegen die Polisario besetzt halten, verborgen blieb.

► **Reiner Wandler** ist taz-Korrepondent für die Iberische Halbinsel und Nordafrika mit Sitz in Madrid und Algier.

Konflikt ohne Ende

► Seit jeher ist die Westsahara vor allem von Nomaden bevölkert. Ende des 19. Jahrhunderts erklärte Spanien die gesamte Küste zum Kolonialgebiet. Erst die Entdeckung großer Phosphatvorkommen machte die Region seit den 60er Jahren wirtschaftlich interessant. Die in dieser Zeit laut werdenden Forderungen der Bewohner (»Sahrauis«) nach Selbstbestimmung wurden unterdrückt, viele Nomaden ihrer Lebensgrundlagen beraubt und in die Städte gezwungen. Die blutige Repression verschärfte sich und führte 1973 zur Gründung der Polisario (Frente Popular para la Liberación de Saguia-el-Hamra y Río de Oro), die den Kampf zunächst gegen Spanien und dann gegen Marokko aufnahm. Hassan II. von Marokko wurde unterstützt von Spanien, Großbritannien, Frankreich, der BRD, der SU und den USA. Bis heute verbinden sich viele Interessen (v.a. der EU) mit der Stabilität der marokkanischen Diktatur und nur wenige mit einer Demokratischen Arabischen Republik Westsahra (DARS), die von der Polisario 1976 ausgerufen und von über 70 Staaten anerkannt wurde. Einzig Algerien unterstützte – als regionaler Gegenspieler Marokkos – die Polisario, die sich v.a. in den 28 Flüchlingslagern im Südwesten Algeriens organisierte. Außerdem fand die mit sozialistischer Programmatik angetretene Befreiungsbewegung in den 70er und 80er Jahren breiten Rückhalt in der europäischen Solidaritätsbewegung. Seit 1991 erklärt die Polisario, der immer wieder repressive Führungsmethoden und Menschenrechtsverletzungen in den Lagern vorgeworfen werden, dass sie für die unabhängige Westsahara ein Mehrparteiensystem und Marktwirtschaft anstrebe.

Seit dem UN-Referendumsbeschluss brachte Marokko zehntausende angeblich saharastämmiger Menschen in die von ihm verwaltete Westsahara. Dort leben jetzt ca. 200.000 Menschen, von denen 140.000 nicht abstimmungsberechtigt sind. Zur Wahl berechtigt sind nach UN-Kriterien nur »Sahrauis«. Deren »nationale Identität« entwickelte sich jedoch eigentlich erst in Abgrenzung zu Spanien und Marokko und wurde vor allem von der Polisario und in den Flüchtlingslagern eingeübt. Die UN-Kriterien machen daraus individuell bestimmbare Größen, die künftig über Ein- und Ausschluss bestimmen. Nicht zuletzt, weil die Politik – weder die der UN noch der Polisario – keinen anderen Weg beschreiten kann, als die Wahl der Menschen für ihre Lebensgestaltung an eine diffuse Konstruktion nationaler Identität zu knüpfen, findet der Konflikt kein Ende – denn Marokko weiß dieses Dilemma zu nutzen.

Jochen Müller (iz3w)

*► In der Reihe **Soziale Bewegungen** (»Was tun, wie solidarisch sein?«) beschäftigen wir uns u.a. mit den Fallstricken emanzipatorischer Politik in Massenbewegungen und Organisationen, mit denen sich die aktuellen sozialen Bewegungen in Nord und Süd tagtäglich herumschlagen müssen. Zu diesen Bewegungen zählt Jubilee South. Brian Ashley ist einer der Sprecher dieser südlichen Plattform in der internationalen Entschuldungskampagne 'Jubilee 2000', die (anders als die Gesamtkampagne und deren hiesiger Ableger ´Erlaßjahr 2000´) die Schulden für »illegitim« erklärt und sich für ihre bedingungslose und umfassende Streichung einsetzt (s. iz3w 239). Im Zusammenzug, der Vernetzung und Organisierung solcher Initiativen sieht Ashley den Ausgangspunkt für eine wirkungsvolle internationale Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung.*

(Ebenfalls in der Reihe 'Soziale Bewegungen' steht der auf den Seiten 12/13 folgende Beitrag, der unsere Diskussion über den Zapatismus mit einer Kritik der hiesigen EZLN-Solidarität fortsetzt.)

THEMBA für TINA

Wege zu einer Neuen Internationalen Allianz

von **Brian Ashley**

► Der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten in Osteuropa, der Stalinismus, das Scheitern der antikolonialen Revolutionen in der sogenannten »Dritten Welt« und der Kollaps der westlichen Sozialdemokratie haben zu tiefem Zweifel gegenüber jedem emanzipatorischen Projekt geführt. Der Triumph des internationalen Kapitalismus artikulierte sich in der lächerlichen Rede vom »Ende der Geschichte« und Maggie Thatchers TINA-Slogan: 'There is no alternative!' Man bejubelte die Globalisierung und proklamierte ein global village, in dem der Industrielle des Nordens mit dem armen Bauern des Südens in einer unendlichen Spirale immer wachsenden Wohlstands verbunden sein würde.

Der Drang der Industriestaaten und ihrer transnationalen Konzerne nach Ausdehnung von Produktion und Märkten hat – gestützt auf Interventionen der Weltbank und des IWF – zu einer massiven Umverteilung von Reichtum zugunsten der Eliten in und zwischen den Staaten geführt. Die neoliberale Deregulierung und Liberalisierung haben nicht nur Ungleichheit und Massenarmut anwachsen lassen, sondern darüber hinaus zu politischer Destabilität geführt. In Afrika ist die Implosion ganzer Staaten (Somalia, Sudan, Burundi, Sierra Leone etc.) auch eine Konsequenz von nahezu zwei Dekaden der »Strukturanpassung«. Ähnliche Prozesse breiten sich in Südostasien, in den Staaten der ehemaligen UdSSR, auf dem Balkan, im Mittleren Osten und in Mittel- und Südamerika aus. Der Versuch der Durchsetzung einer Neuen Weltordnung hat, beginnend mit dem Golfkrieg und gefolgt von einer Reihe regionaler Großbrände, deren letzter der Kosovokrieg war, die Ausbreitung von 'low intensity wars' gefördert. Seit dem Zweiten Weltkrieg war die Instabilität auf Weltebene nicht mehr so groß wie heute.

Der Widerstand der Massen gegen Privatisierungen wächst

Alternativen im embryonalen Stadium

► Mit dem Aufstand der Zapatistas und dessen Projekts eines interkontinentalen Kampfes gegen den Neoliberalismus sowie der französischen Massenstreikbewegung gegen Chiracs Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat trat dem TINA-Mantra der wachsende Optimismus einer Vielzahl sozialer Bewegungen entgegen. THEMBA: 'There must be an alternative!' lautet ihre Losung. Neue Kämpfe gegen Globalisierung und Neoliberalismus stärken das Selbstvertrauen schlagkäftiger internationaler Netzwerke von sozialen Bewegungen, politischen Organisationen und radikalen NGOs, die sich selbst als Embryo dieser Alternative konstituieren. Das Aufkommen von Grassrootorganisationen, die auf Koalitionen und Netzen basieren, markiert einen Wendepunkt im Widerstand gegen die kapitalistische Globalisierung, einen klaren Unterschied zur vorangegangenen Epoche, in der Arbeiterklasse und Basisbewegungen eine Serie von Niederlagen hinnehmen mussten.

Der Aufruhr von Seattle kam daher nicht von ungefähr, sondern ist das Resultat einer Vielzahl neuartiger Kämpfe und Initiativen in den letzten Jahren. Dafür stehen etwa die Mobilisierungen gegen die IWF-Erpressungen in Ländern wie Brasilien, Korea, Thailand und anderswo. Kleinbauern und Arbeiter haben eindrucksvoll gegen TNK-Giganten protestiert, die sie durch WTO-Abkommen ihrer Jobs und ihres Lebensunterhalts berauben. Dies hat wiederum eine Reihe internationaler Netzwerke auf den Weg gebracht, die nicht nur das soziale Bewusstsein schärfen, sondern Wege für einen effektiven Widerstand gegen die Globalisierung aufzeigen. Globale Kampagnen wie die Erlassjahrkampagne gegen die Schulden der Dritten Welt, die WTO-No New Round!-Kampagne und die ATTAC-Bewegung gegen die Finanzspekulation spiegeln diese aufschaukelnde Dynamik wider. Diese Initiativen haben Bewegungen in breiteren Koalitionen zusammengeführt. Ihr großer Erfolg besteht darin, die Vorstellung von der Alternativlosigkeit des Neoliberalismus gebrochen zu haben. Internationale Solidarität ist nun nicht länger nur eine noble theoretische Idee, sondern muss als Notwendigkeit der gegenwärtigen Epoche und ihrer praktischen Politik begriffen werden. Das ist es, was jetzt zunächst Gewerkschaftsbewegungen nachvollziehen müssen.

Die neuen globalen Initiativen unterstreichen nachdrücklich, dass es notwendig ist, den Slogan 'think globally, act locally!' zu überschreiten. In der Folge sind sie jedoch mit einer Reihe strategischer Herausforderungen konfrontiert. Deren wichtigste ist die Frage, wie die Forderungen der gobalen Kampagnen tatsächlich durchgesetzt werden können. Die Erlassjahrkampagne 'Jubilee 2000' ist dafür ein instruktives Beispiel. Ihr Ziel ist die Streichung der Schulden der Dritten Welt. Um diesem Ziel näherzukommen, nahm die Kampagne an den Mobilisierungen gegen die G7-Gipfel teil. Doch obwohl sie 1998 in Birmingham 70.000 Menschen auf die Straße brachte und weltweit 17 Millionen Unterschriften sammelte, konnte sie die Macht der Kreditgeber nicht brechen und keine signifikanten Erfolge hinsichtlich des Schuldenerlasses erzielen.

Hier ist eine Doppelstrategie angebracht: Zum einen muss in den Geberländern für die Schuldenstreichung mobilisiert werden; und zum anderen müssen Mobilisierungen in den





There must be an alternative! Foto: R. Maro / version

verschuldeten Ländern deren Regierungen dazu bringen, den Schuldendienst einzustellen. Wie aber bringt man die verschuldeten Staaten dazu, den Schuldendienst zurückzuweisen? Hier sind wir mit dem neoliberalen Staat konfrontiert, der der Kontrolle lokaler Eliten unterliegt. Schließlich wird die Globalisierung ja nicht nur durch Interventionen internationaler Institutionen wie des IWF, der Weltbank, des Pariser Clubs etc. auf globaler Ebene, sondern zugleich vom nationalen Staat durchgesetzt. Sie hat dessen Rolle nicht unterminiert, sondern transformiert. In der Globalisierung setzt der nationale Staat die ökonomischen Liberalisierungsprozesse durch, indem er ihnen eine »sichere Passage« gewährt. Die Gesetze, die Parlamente, der exekutive Arm und seine Zwangsapparate sind angestellt, die Interessen der Industriestaaten und ihrer Konzerne zu schützen. In diesem Sinne wird die Globalisierung nicht von außen auferlegt, sondern von innen auf der Ebene des Nationalstaats durchgesetzt.

Wenn man die Position der Südregierungen verändern will, steht die breitest mögliche Massenmobilisierung und die Bildung einer sozialen Bewegung ganz oben auf der Agenda. Dies aber ist auf der Ein-Punkt-Basis des Schuldenthemas unmöglich. Trotz ihrer Bedeutung liefert die Schuldenfrage nur eine untaugliche Metapher, um die unterworfenen Klassen gegen Globalisierung und Neoliberalismus zu mobilisieren. Der Kampf für die Schuldenstreichung muss vielmehr mit anderen Kämpfen verbunden werden – Kämpfen um Landreform, gegen Erwerbslosigkeit, Preissteigerung der öffentlichen Dienste etc. Der Massenwiderstand gegen die Privatisierung von Staatsunternehmen und – entscheidender noch – Massenkämpfe um öffentliche Dienste wie die der Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder des Gesundheitswesens wachsen. In Bolivien ist es bereits zu einem Aufstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung gekommen.

Kämpfe wie der für Schuldenstreichung bleiben aber machtlos, wenn sie nicht durch internationale Kampagnen und radikale Bewegungen in den Geberländern unterstützt werden. Diese sollten in der Lage sein, Vergeltungsmaßnahmen gegen verschuldete Länder in den Arm zu fallen, die den Schuldendienst verweigern. Hier waren die solidarischen Aprilmobilisierungen gegen den IWF und die Weltbank ermutigend. Sie brachten die Interessen der US-Bürgerbewegung zum Ausdruck, denn Neoliberalismus und Globalisierung wirken sich schließlich auch in den USA aus.

Die Kampagnen sollten sich zu einer internationalen Bewegung vereinigen

Die Zusammenkunft von Bewegungen des Südens und des Nordens wird sich aus solch gegenseitigem Interesse entwickeln müssen – nicht bloß aus einem fortschrittlichen Bewusstsein internationaler Solidarität. Und dies ist der vielleicht ermutigendste Aspekt der letzten Jahre, in denen sich solche Bewegungen sowohl im Süden wie im Norden gebildet haben: Im Süden entstanden diese Bewegungen nach der Kooptation und dem Kollaps der nationalen Befreiungsbewegungen, die Kolonialismus und Imperialismus bekämpft haben. Ähnliche – wenn auch langsame und widersprüchliche – Entwicklungen folgen im Norden aus dem Kollaps der Sozialdemokratie. In den meisten Fällen sind diese Bewegungen durch unklare ideologische Haltungen bestimmt. Sie verweigern sich den »Großen Erzählungen« und müssen sich doch radikalisieren, um in den aktuellen Kämpfen voran- und der notwendigen Einheit näherzukommen.

Oft sind solche Bewegungen als Ein-Punkt-Bewegungen entstanden, haben schließlich den Zusammenhang ihres spezifischen Anliegens mit anderen Problemen erkannt und beginnen jetzt, die Notwendigkeit breiterer Koalitionen einzusehen – so etwa die Erlassjahrbewegung, die bald über das Schuldenproblem hinausgetrieben wurde und die Rolle und Bedeutung der internationalen Finanzinstitutionen, der Finanzspekulation, der Handels- und Investitionsliberalisierung erkennen musste. Ähnliche Konsequenzen zogen Gruppen, die zu Handelsabkommen, zur WTO, zum MAI gearbeitet haben. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, alle diese Kampagnen zu einer vereinigten Bewegung zusammenzubringen.

Natürlich dürfen wir trotzdem die Unterschiede nicht unterschätzen, die in und zwischen diesen Bewegungen existieren und manchmal zu tiefen Spaltungen führen. Dies gilt bspw. für die Debatten um die Sozialklauseln und die Arbeits- und Umweltstandards in der Anti-WTO-Kampagne oder den Streit um einen bedingten oder unbedingten Schuldenerlass in der Erlassjahrbewegung 'Jubilee 2000'. Sehr oft bringen solche Differenzen reformistische und korporatistische Positionen eines Teils der Bewegung zum Ausdruck. Sie können aber auch lediglich taktischer Natur sein – hervorgerufen durch unterschiedliche Bedingungen in unseren jeweiligen Ländern (Bewusstsein, Militanz, Organisierungsgrad, Kultur). In manchen dieser Differenzen reflektiert sich außerdem das unterschiedliche ideologische Gepäck, mit dem wir in diese Kämpfe gegangen sind. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, diese Bewegungen in einer formalisierteren Allianz mit internationaler Koordinierung zusammenzuziehen. Unsere Kämpfe könnten dann besser aufeinander abgestimmt werden; und – was am wichtigsten wäre: In einer solchen Allianz stünden die Mittel zur Verfügung, um mit taktischen Differenzen umgehen und sie leichter überwinden zu können.

► **Brian Ashley** ist Koordinator der südafrikanischen NGO 'Alternative Information & Development Centre' (AIDC), die Untersuchungen zur sozialen und ökonomischen Lage in Südafrika durchführt. Darüberhinaus unterstützt AIDC politisch, organisatorisch und logistisch die nationale und internationale Vernetzung sozialer Bewegungen und ist am Formierungsprozess von 'Jubilee South' (s.o.) beteiligt. (Übersetzung: Thomas Seibert, medico international)

► Im Rahmen unserer Beschäftigung mit sozialen Bewegungen in Nord und Süd (s. auch vorstehender Artikel) stand im letzten Heft (iz3w 245) noch einmal die zapatistische EZLN im Mittelpunkt. Auch in ihrem Fall stellt sich die Frage nach Anknüpfungspunkten für die hiesige Solidaritätsbewegung (vgl. u.a. zur PKK in: iz3w 242/243). Dabei ist die EZLN gewissermaßen ein Zwitter. Als eine Bewegung neuen Typs zielt sie auf eine Selbstorganisation von Unterdrückten, die soziale und antipatriarchale Kämpfe nicht wie oftmals üblich hinter die »nationale Befreiung« und die Übernahme der Macht im Staate zurückstellt. Aber auch sie bemüht populistische Parolen für die Massenbasis. In der hiesigen Solidaritätsbewegung werden solche Töne häufig ignoriert oder sogar noch verstärkt.



Keine Plüsch-Guerilla

Eine Kritik an der EZLN-Solidarität

von **Gaston Kirsche**

► Durch ihre Programmatik und Praxis löste die EZLN internationalistische Debatten aus, wie es sie lange nicht gab. Seit sechs Jahren existiert in der BRD eine Solidaritätsszene mit der zapatistischen Bewegung. Nun sucht sich jede linke Subkultur und Szene im internationalen Rahmen die Bewegungen aus, in denen sie sich selbst am besten spiegeln kann. Auch für mich bedeutet die EZLN Hoffnung und Ermutigung – verbunden allerdings mit Zweifeln und Kritik. Dies betrifft unter anderem den umstrittenen Bezug der EZLN auf die Nation, der in der Solidaritätsszene gern aufgegriffen wird, sowie eine oft stark vereinfachende Kapitalismuskritik mit antisemitischen Untertönen.

Auf einem Treffen der deutschen Chiapas-Solidaritätsgruppen des Ya-Basta-Netzwerks im Mai `98 wurde der EZLN-Pressesprecher Marcos wegen seiner nationalen Töne kritisiert. Auch in der Zeitschrift des Ya-Basta-Netzwerks, 'Land & Freiheit' vom Mai `99, drückte ein Teil der Redaktion Zweifel an der Eignung einiger Texte von Marcos für die Soliarbeit aus. Auf diesen Anstoß für eine solidarische Debatte wurde in den letzten beiden Ausgaben der Land & Freiheit reagiert – und zwar mit einer entrüsteten, »betroffenen« Zurückweisung (Nr. 43), in der die Kritiker in einem »linksradikalen Ghetto« gesehen wurden: »Was die AutorInnen hier abhandeln, ist wohl eher ihr Problem mit der deutschen Nation« hieß es dort. Die deutsche Nation und ihre Geschichte, die Shoah... ein privates Problem? Der/die anonyme AutorIn offenbart damit nicht nur die Unfähigkeit zur Debatte, sondern auch eine Verdrängung von Deutschland, die Walser alle Ehre machte.

In der Nr. 44 folgte ein Plädoyer für die »Verteidigung von nationaler Souveränität« durch die EZLN: »Dem ökonomischen und politischen Ausverkauf der mexikanischen Nation an das ausländische (und nicht nur Finanz-) Kapital durch die PRI setzt die EZLN die Verteidigung der nationalen Souveränität ... mit allem was dazu gehört entgegen: Flagge, Hymne und Nationalwappen.« In diesem Bild ist »die mexikanische Nation« als Opfer ein reales Subjekt. Nur Mexikos Staatspartei, die PRI, betreibe »Vaterlandsverrat« – von Ausbeutung durch mexikanische KapitalistInnen ist keine Rede, auch nicht von der rassistischen Ausgrenzung von Indígenas als Basis der mexikanischen Staatsnation und von Klassen und Unterdrückung in den indigenen Gemeinden sowieso nicht. Wie können aber nationale Symbole, die doch der Verschleierung von Unterdrückungsverhältnissen dienen, für den Kampf gegen die kapitalistische Umstrukturierung taugen? Dieser positive Bezug auf die Nation in Teilen der deutschen Solidarität entspricht dem widersprüchlichen Umgang der EZLN mit der mexikanischen Staatsnation – fordert doch die EZLN mit Hilfe des problematischen Bezugs auf diese Staatsnation soziale Rechte für BürgerInnen ein, die nicht länger durch die nationale, rassistische Formierung aus dem Staat Mexiko ausgegrenzt werden sollen.

In der Solidaritätsbewegung ist neben der mexikanischen Nation oft auch von indigenen Völkern die Rede. Marcos-Begeisterung und Chiapas-Solidarität sind durchzogen vom Bild des »edlen Wilden« à la Winnetou – Projektionen vom authentisch-ursprünglich Indigenen in der EZLN als einer Art Plüsch-Guerilla. In kulturalistischen Konstruktionen von Indígena-Identität lebt an Stelle des Bezugs auf soziale Klassenverhältnisse die Vorstellung von abgrenzbaren »Völkern« oder »Ethnien« wieder auf. Anstatt die Eigenbezeichnung als Indígenas in Mexiko auf sich beruhen zu lassen, erheben Teile der Soliszene Indígena-Sein zur politischen Kategorie. Dadurch verschwinden nicht nur die Klassenwidersprüche innerhalb der indigenen Gruppen, auch die traditionellen patriarchalen Rollenzuschreibungen werden unter der »vorhistorischen« Indígenakultur verschüttet. Als soziale Kategorie wäre in Bezug auf Chiapas eher die Bezeichnung Landproletariat oder KleinbäuerInnen angebracht, deren ökonomische Ausbeutung durch rassistische Zuweisungen vertieft wird. Die MigrantInnenzeitung Köxüz z.B. versteht die EZLN deshalb als antirassistische Bewegung gegen Diskriminierung und nicht als Bewegung für eine Indígena-Nation.

Linker Antisemitismus

► Eine offene Debatte um solche Fragen ist in der Chiapas-Solidarität selten. Kritik, etwa an der Inflation des Begriffes Neoliberalismus, verhallt oft ungehört. Dabei lässt das Verständnis der Parole »Gegen den Neoliberalismus« – nämlich als ein großes Bündnis aller, die heute stärker ausgebeutet werden als vor Beginn der neoliberalen Regierungsprogramme – viele Fragen offen. So gibt es schon länger einige Kritik an der Nähe solcher anti-neoliberaler Argumentationsmuster zu antisemitischen: »Wer (...) eine Bewegung fast aller, nämlich der nach Brot oder nach Umarmungen Hungernden, gegen eine 'Handvoll Mächtige' und ihre 'Diktatur des Geldes' beschwört, wird sich schließlich in antisemitischen Bewegungen wiederfinden, die gegen 'die reichen Juden und ihren IWF' agitieren. Diese Argumentation ist z.B. in Osteuropa weit verbreitet, linke Politik muß das berücksichtigen, und auch in Lateinamerika





Fotos: D. Rosales/version und EZLN

Kampf der Klassen – Kampf der Kulturen?

(auch in der mexikanischen Linken ...) gibt es genügend schlummerndes oder aktives antisemitisches Potential.« (Gegen »den Neoliberalismus« = »für die Menschheit?«, in: Swing Nr. 78, Mai 96).

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus wird in der Soliszene zunehmend weniger verweigert. Marcos schrieb zu oft kritikwürdiges, wie: »Ein neuer Weltkrieg wird heute erlitten. Es ist ein Krieg gegen alle Völker, gegen die Menschen, die Kultur, die Geschichte. Es ist ein Krieg, der von einer Handvoll heimatloser und schamloser Finanzzentren angeführt wird« (Brief an das europäische Treffen der Solidaritätsgruppen in Brescia, 8/95.) Die Kritik am verkürzten Antikapitalismus bei Marcos, der sich vom antisemitischen Stereotyp des heimatlosen Finanzkapitals kaum unterscheidet, wurde in Land & Freiheit (Nr. 44) aber erneut abgeblockt: Als »ungeheuerlicher Vorwurf« gilt hier die Behauptung einer »Nähe der Argumentation des Sub zu faschistischen Argumentationsmustern (Finanzkapital = raffendes Kapital)«, obwohl die Kritik in Land & Freiheit (Nr. 42) ausdrücklich auf antisemitische Feindbilder verwiesen hatte, die »auch immer wieder in der Kapitalismuskritik der Linken« zu finden sind. In Deutschland kann aber eine Linke nicht sein ohne eine Kritik des Antisemitismus.

Die Kritik an der EZLN sollte berücksichtigen, in welchem Kontext sie in Mexiko agiert

Und Solidarität kann nicht sein ohne Einbeziehung der hiesigen gesellschaftlichen Realität. Linke Ansätze sind in der BRD schließlich deshalb in der Defensive, weil sich die nationale Formierung als ideologische Gemeinschaft von Deutschen breiter Zustimmung erfreuen kann. Der damit einhergehende Chauvinismus und Rassismus ist für einen Großteil der Bevölkerung attraktiv. Die Deregulierungspolitik des modernen Kapitalismus erschwert Solidarität, denn in Mexiko wie in der BRD bedeutet sie die Umstrukturierung vom Wohlfahrtsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat.

Auf der Grundlage dieser Analyse kann eine linksradikale Solidarität an die Zapatistas anknüpfen: Die Befreiung von Staat, Markt, Patriarchat und dem rassistischen Konzept der mexikanischen Nation ist Ziel der EZLN. Sie versucht unter den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen in der Armutsregion Chiapas den Bruch mit den Unterdrückungsverhältnissen. Dabei geht es nicht zuletzt darum, wie das klassische Konzept der Machtübernahme durch eines der schrittweisen Zersetzung der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Institutionen ersetzt werden kann. Bezogen auf die BRD haben dies Esser, Görg und Hirsch (Uni Frankfurt) 1994 so formuliert: »...(radikal) emanzipative Politik (muss), auch wenn sie als schrittweiser und langwieriger Prozeß begriffen wird, von Anfang an auf die Überwindung der herrschenden gesellschaftlichen Formen und ihrer institutionellen Ausprägungen abzielen und die praktische Kritik an diesen als ihr Grundprinzip (erkennen). Dies setzt in letzter Konsequenz bei den Akteuren einen theoretischen Begriff von den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen voraus... « (S. 227 in: »Politik, Institutionen und Staat«).

Bei aller Unterschiedlichkeit der Bedingungen rund um die Frankfurter Universität und im Hochland von Chiapas sehe ich hier eine Parallele zur EZLN. Allerdings fehlt dem Konzept von Esser, Görg und Hirsch die Auseinandersetzung mit dem Problem der Formierung zur Nation »von unten«. So stellen in der BRD Neonazis die größte soziale Bewegung »von unten« dar. Auch Nazis nennen die nationale Befreiung als Ziel ihres wohlstandschauvinistisch motivierten Kampfes. Befreiung ist aber nicht möglich, wo Unterdrückungsverhältnisse geduldet werden. Antiherrschaftliche Politik ist deshalb immer auch antinationale Politik. Insbesondere in der BRD heißt das, den eigenen sozialen Ort und seine spezifische Geschichte mitzudenken. Für die Solidaritätsbewegung folgt daraus, EZLN-Texte nicht nachzubeten, sondern gegebenenfalls antisemitische Stereotypen zu kritisieren.

Eine Bewegung, welche die innergesellschaftlichen und weltweiten Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse einer radikalen Kritik unterzieht, kann und soll also in kritischer Solidarität zur EZLN stehen. Die Kritik sollte sich jedoch auch des Kontextes bewusst sein, in dem die EZLN agiert. Sie redet u.a. deshalb so viel vom Neoliberalismus, um breite Bündnisse schliessen zu können. Diese Bündnisse sind lebenswichtig für eine im kapitalistischen Weltmarkt randständige und durch Überausbeutung geprägte Region. So gründet vieles, was aus der EZLN auf meinen Widerspruch stößt, auf der drohenden Gefahr der Isolation des Aufstandes. Und wenn die EZLN sich eines Tages von sozialen Auseinandersetzungen zugunsten einer Militarisierung der Rebellion abwenden würde, wäre das zwar ein Anlass für harte Kritik. Im Bewusstsein, dass in der BRD von weltweiten sozialen Ungerechtigkeiten profitiert wird, die deshalb auch in Chiapas gewalttätig aufrecht erhalten werden sollen, muss sich die Kritik aber trotzdem auch weiterhin gegen die low intensity warfare des mexikanischen Zentralstaates, der chiapanekischen Bourgeoisie und der Kaziken richten. Die EZLN ist ein wichtiger Ansatz, in Zeiten des Postfordismus eine Befreiung von erniedrigenden Ausbeutungsverhältnissen neu zu versuchen. Dabei kann sie nicht fehlerfrei sein. Zu deformierend sind die elenden sozialen Verhältnisse, aus denen sie kommt.

► **Gaston Kirsche** gehört der *gruppe demontage* an, von der 1998 erschien: »Postfordistische Guerilla – Vom Mythos nationaler Befreiung«.

Einsamer Weg zu Stärke

Schwarze Entwicklungshelferinnen in Niger

von **Iris Schöninger**

Empowerment ist zum Schlagwort in der entwicklungspolitischen Debatte geworden. Meist wird bei der Umsetzung der Frauenförderung auf Projektebene jedoch die Rolle der MultiplikatorInnen ausgeblendet. Das gilt auch für ein spezielles UN-Fachkräfteaustauschprogramm in Niger: Die afrikanischen »Entwicklungshelferinnen« sind hier mit diskriminierenden Stereotypen ihrer Zielgruppen konfrontiert und müssen sich den Status als Expertinnen erst mühsam erkämpfen.

► Das *Domestic Development Service Programm* (DDS) der *United Nations Volunteers* ist das bisher einzige Programm der personellen Zusammenarbeit, das den Austausch von Fachkräften innerhalb desselben Kontinents organisiert. Unter Einbeziehung partizipativer Methoden sollen einheimische Basisgruppen gestärkt und eine Mobilisierung lokaler Ressourcen erreicht werden. Die jeweilige DDS-Koordination von inzwischen 16 Landesprogrammen ist in der Regel in die Strukturen des *United Nations Development Programms* (UNDP) integriert. Bei den großen UN-Organisationen wird das seit 1979 in Asien und seit 1984 in Afrika laufende Programm als erfolgreiches Modell propagiert, das – nicht zuletzt durch den Einsatz von »einheimisch-internationalem« Personal – im Rahmen der extrem hierarchischen UN-Strukturen einen Zugang zur Basis, also zu Dorfgemeinschaften, sozial benachteiligten Gruppen etc., ermöglicht.

In Niger arbeiten seit 1989 afrikanische DDS-Entwicklungshelferinnen (und -helfer) aus Kongo, Benin, Togo, Burkina Faso, Mali und Benin. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Landwirtschaft, im Handwerk, in der Konservierung und Vermarktung von Lebensmitteln sowie der Gesundheitsvorsorge. Gastorganisation ist für die meisten die nationale Frauenorganisation *Association des Femmes du Niger*. Im Verlauf ihrer Tätigkeit müssen sich die DDS-Entwicklungshelferinnen (»Animatrices«) mit teilweise geschlechtsspezifischen Konfliktpotentialen auseinandersetzen, die sie immer wieder in ein Spannungsfeld zwischen drei Rollenzuschreibungen verweisen: Sie werden von den ProjektpartnerInnen und Zielgruppen gleichzeitig als »Afrikanerin«, »Ressource-Person« und »Mediatorin« wahrgenommen. Nur eine positive Besetzung aller Zuschreibungen sichert ihnen einen anerkannten sozialen Status bei der Kooperation mit den PartnerInnen.

Die drei Rollen der Animatrice

► Das Arbeits- und Persönlichkeitsprofil einer Animatrice steht im Widerspruch zur nigrischen Gesellschaftsordnung und dem Bild einer respektierten »Afrikanerin«. Weibliche Fachkräfte leben in Niger ohne Familienangehörige und bewegen sich frei, d.h. ohne männliche Begleitung, im öffentlichen Raum. Sie verfügen über eine Berufsausbildung, ein eigenes Einkommen und bekennen sich nicht zum islamischen Glauben. Damit gelten sie automatisch als Prostitutierte, wie es z.B. Ekissi aus Togo erlebte: »Man akzeptiert dich nicht, weil sie eine klare Vorstellung von einer Frau von der Küste haben. Wenn du ausgehst, wirst du von aller Welt belästigt. Man glaubt, du seist eine Hure.«

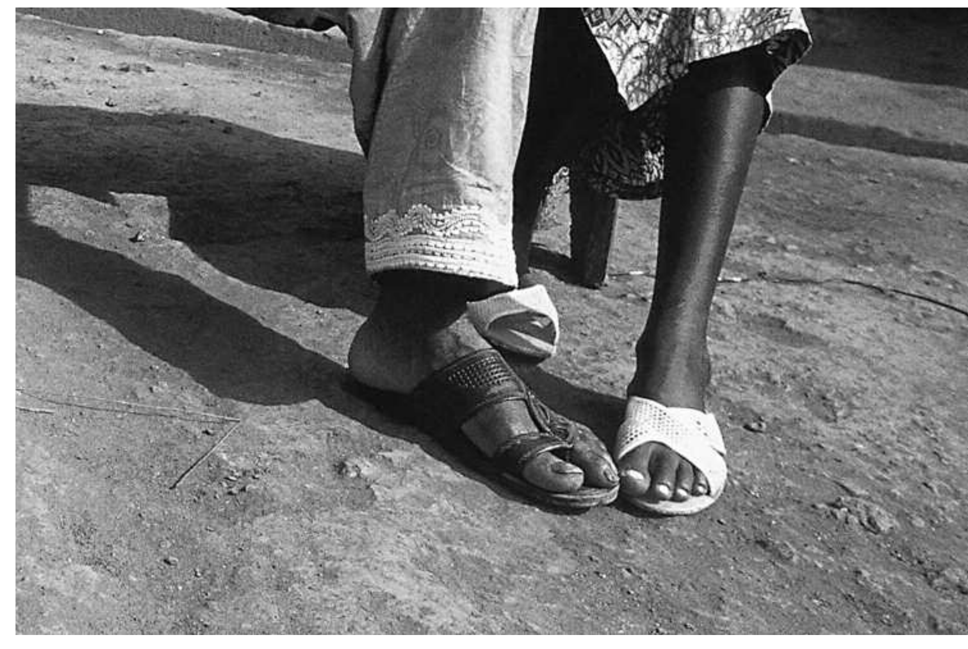
Diese Stigmatisierung führt immer wieder dazu, dass einheimische Ehemänner ihren Frauen jegliche Kontakte zur Animatrice verbieten und ihr gleichzeitig die berufliche Kompetenz absprechen. Auch nigrische Funktionäre auf lokaler Ebene und vereinzelt UN-Mitarbeiter nutzen den prekären Status der Frauen aus, und es kommt zu sexuellen Übergriffen. Begünstigt wird dies durch mehrere Faktoren: So verfügen die wenigsten Fachkräfte – wie vertraglich vorgesehen – über eine sichere Unterkunft. Und bei den regelmäßig notwendigen Reisen in die Hauptstadt sind die Entwicklungshelferinnen mangels Programm-Geldern auf private Übernachtungsarrangements angewiesen oder müssen sich nächtlichen Anfeindungen auf Busbahnhöfen aussetzen.

Im Gastland gelten afrikanische Entwicklungshelferinnen per se als Prostituierte

Faktisch werden alle DDS-Entwicklungshelferinnen auf individuelle Handlungsstrategien verwiesen, wollen sie ihre marginalisierte soziale Position verändern: Die Kongolesin Joelle gewinnt z.B. an Reputation und Fachkompetenz, indem sie jungen Mädchen, die sich tatsächlich prostituieren, zu einem »ehrbaren« und attraktiven Einkommen verhilft. Féliciane, eine alleinerziehende Mutter, inszeniert mithilfe burkinischer Landsleute eine anerkannte Familienbiographie. Odile lässt sich von einer älteren nigrischen Dorfbewohnerin als »Tochter« adoptieren. Zusätzlich passen sich alle Frauen der Kleiderordnung an und vermeiden Gespräche über religiöse Themen. Zwar sind nicht alle Entwicklungshelferinnen mit der Wahl ihrer Strategien erfolgreich, doch in den meisten Fällen gelingt ihnen eine Aufhebung ihrer Stereotypisierung als Prostituierte.

Eine Animatrice fungiert insofern als »Ressource-Person«, als sie den ProjektpartnerInnen vor Ort ihr Wissen und ihren Zugang zu Ressourcen zur Verfügung stellt. Ob sie diese Rolle positiv besetzen kann, hängt entscheidend davon ab, welche finanziellen und bewusstseinsbildenden Inputs ihr zur Verfügung stehen und welches Image sie innerhalb ihrer eigenen Institutionsstrukturen besitzt. Die propagierte Basisnähe des DDS-Programms geht einher mit einer »ressourcenarmen« Umsetzung: DDS-Entwicklungshelferinnen erhalten ein geringes Einkommen, vergleichbar dem Gehalt einer einheimischen Dorfschullehrerin. Sie leben in sehr einfachen Unterkünften und verfügen allenfalls über ein Moped. Mit diesem Lebensstil irritieren sie die lokale Bevölkerung, die an höhere Standards bei Entwicklungsfachkräften gewöhnt ist.

Die lokalen staatlichen MitarbeiterInnen verbinden mit DDS-Fachkräften eindeutige materielle Zuwendungen. So erwarten Funktionäre »Geschenke« in Form neuer Büromöbel, Verantwortliche der nigrischen Frauenorganisation AFN rechnen mit Nebeneinkünften aus Projektmitteln oder mit Mietzahlungen für die Unterkunft der Animatrice vor Ort. Werden diese Hoffnungen nicht erfüllt, sind die Konsequenzen für die weiblichen Fachkräfte dramatischer als für ihre männlichen Kollegen: Ihr sozialer Status ist bereits prekär, und sie können sich keine weiteren Misserfolge in ihrem Arbeitsbereich mehr leisten. Eine Basisfachkraft wie die Togolesin



Kontaktaufnahme im Geschlechterkampf Foto: iz3w-Archiv

Odette missbilligt in diesem Zusammenhang das Verhalten von UN-Vorgesetzten in Niger, die darüberhinaus als Kontrolleure statt als Berater fungieren und sich am liebsten in klimatisierten Büros aufhalten: »Sie behandeln uns, als wären wir die Dienstmädchen der Bauern, sie achten uns nicht!«

Jede Animatrice arbeitet außerdem an einer Schnittstelle unterschiedlicher Wissenssysteme und Wissenswelten und agiert dadurch als »Mediatorin«. Ihre Aufgabe ist es, Verbindungen zu schaffen und für die beteiligten PartnerInnen passende interkulturelle Kommunikationsmittel und -stile zu finden. Dabei müssen DDS-Fachkräfte auch versuchen, eigene Interessen mit den nicht immer deckungsgleichen Zielen von wichtigen InteraktionspartnerInnen zu verknüpfen. So finden sich die Animatricen in einem Dilemma wieder: Ihre Zielgruppen, hier Frauen und Mädchen, verlangen von ihnen z.B. die Beschaffung von Metall-Weidezäunen als Symbol der Modernisierung. Propagiert eine Entwicklungshelferin stattdessen den Einsatz lokal vorhandener Materialien, kann ihre Strategie nur erfolgreich sein, wenn sie bewusstseinsbildende Aktionen durchführen kann. Doch damit gerät sie – wie hier Odette – in Widerspruch zur DDS-Koordination: »Sie beschuldigen uns! Sie wollen Vorzeigeprojekte, aber das ist nicht einfach... Sie sollten sehen, wie wir wenigstens die Mentalitäten verändern.«

Empowerment ist keine Frauensache

► Bei der Umsetzung von Frauenförderstrategien befinden sich die Animatricen im Fadenkreuz differierender Interessen und Handlungsrichtlinien: Weder UNDP-Niger bzw. das DDS-Programm noch staatliche nigrische Organe oder einheimische Gastorganisationen verfolgen eine explizite Förderung von Frauen. In der Folge treffen die ausländisch-afrikanischen Entwicklungshelferinnen bei der Kooperation mit staatlichen Diensten an den Projektorten fast ausschließlich auf männliche Ansprechpartner. Eine im lokalen islamisch-traditionellen Kontext notwendige Fachberatung von Frauengruppen (besonders im landwirtschaftlichen Bereich) ist dadurch selten möglich, ihr eigener Rückhalt in einheimischen Institutionsstrukturen gering.

Das nigrische Beispiel zeigt, dass weibliche Fachkräfte nur dann einheimische Frauen fördern können, wenn sie sich nicht selbst in einer Situation der permanenten Ent-Mächtigung – also eines »disempowerments« – befinden. Die Entwicklungshelferin benötigt in ihrer Rolle als »Afrikanerin« den Respekt ihrer Gastgemeinde in Verbindung mit persönlicher Wertschätzung, um als kompetentes Gegenüber ernst genommen zu werden. In ihrer Funktion als »resource person« wiederum sind adäquate Arbeitsmittel unabdingbar, während sie als »Mediatorin« über interkulturelle Vermittlungsfähigkeiten verfügen muss. Außerdem beeinflussen die strukturellen Rahmenbedingungen entscheidend ihre Handlungsoptionen: Trifft eine Animatrice auf ein Milieu, in dem religiöse und soziale Normen sowie politische Strategien von extremen Geschlechterdisparitäten geprägt sind, benötigt sie zur Absicherung ihres eigenen Status bzw. für ihr nicht rollenkonformes Verhalten und zur möglichen Infragestellung diskriminierender Verhaltensmuster eine klare institutionelle Rückendeckung.

Im Gegensatz hierzu sind die meisten Entwicklungshelferinnen in unserem Fallbeispiel ausschließlich auf die Mobilisierung persönlicher Qualitäten beim Entwurf von Lösungsstrategien innerhalb eines ihnen überwiegend ablehnend gesonnenen Umfeldes angewiesen. Welche konkrete Wahl jede Animatrice trifft, hängt u.a. von ihrer Analysefähigkeit der Rahmenbedingungen und ihren Kontakten zu Netzwerken und Organisationen ab. Alle weiblichen Fachkräfte verbinden jeweils mehrere Handlungsrationalitäten miteinander: sei es eine fiktive Biographie, das »Freikaufen« durch Projektmittel oder die Anpassung an bestehende Kleiderordnungen. Parallel dazu müssen sie Arbeitsresultate gegenüber ihrer Entsendeorganisation in der Form präsentieren, dass sie den Kommunikationsformen der internationalen Entwicklungsbürokratie entsprechen und sich als »Erfolgsstorys« interpretieren lassen.

Ein Empowerment – sowohl der Entwicklungshelferinnen selbst als auch ihrer weiblichen Zielgruppen – ist nur langfristig und im Rahmen einer klaren institutionellen Parteilichkeit inklusive einer genderorientierten policy möglich. Doch Empowerment ist kein exklusives Problem von Frauen, sondern eine Frage des Verhältnisses der Geschlechter zueinander. Soziale Veränderungsprozesse besitzen erst dann eine grundlegende transformatorische Dimension, wenn sie die Aushandlung neuer Verteilungs- und Arbeitsmodi mit den Männern ebenso einschließen wie eine Aufhebung patriarchal-hierarchisch geprägter Organisationskulturen und institutioneller Strukturen.

► **Iris Schöninger** ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Von ihr erschien zum Thema: »Strateginnen der Stärke« (Brandes und Apsel 1998). Der Artikel beruht auf einer 1995 durchgeführten Feldforschung.

Jenseits von Afrika

Kontinent der Projektionen

Afrika ist ein Kontinent, der wie kein anderer mit Projektionen und Bildern, mit Klischees und Vorurteilen belegt ist. An der Bilderproduktion beteiligen sich nicht nur Politik und Massenmedien. Den (nach wie vor) herrschenden Vorstellungen vom rückständigen, archaischen und wilden Afrika wurde auch in der Solidaritätsbewegung lange mit Bildern eines unterdrückten und ausgebeuteten Kontinents begegnet. Die Dependenztheorie hat dabei einseitig auf exogene Ursachen der »Unterentwicklung« verwiesen und die industrielle und ökonomische Entwicklung als solche kaum hinterfragt. AfrikanerInnen wehrten sich in der Folge zu Recht gegen ihre Reduzierung auf den Opferstatus, der ihnen eigene Perspektiven versagte.

Heute allerdings müssten einige der Dependenzia-Analysen der 70er Jahre wieder aus den Schubladen geholt werden, um die koloniale Vergangenheit, die Beteiligung westlicher Staaten an Putschen und Interventionen oder die Aktivitäten von multinationalen Konzernen erneut in den Blickpunkt zu rücken. Mittlerweile hat nämlich die Ansicht Hochkonjunktur, nach der die afrikanischen Staaten an ihren Problemen ausschließlich selbst Schuld seien. In den politischen und medialen Perspektiven bleiben weltwirtschaftliche Zusammenhänge meist im Dunkeln. Bilder und Berichte von afrikanischen Staaten sind beherrscht von Korruption und Misswirtschaft, »ethnischen Konflikten« und unrentabler Wirtschaftsweise. Das Rezept dagegen lautet Strukturanpassung und Good Governance. Afrikanische Nichtregierungsorganisationen fordern hingegen Reparationszahlungen von den ehemaligen Kolonialstaaten für die Verschleppung von Millionen Menschen in die Sklaverei, für die Ermordung unzähliger AfrikanerInnen bei den Eroberungsfeldzügen, die Ausbeutung von Bodenschätzen und den Raub von Kulturgütern.

Diese weitgehende Zerstörung vorkolonialer Strukturen hat andererseits auch zu einer Mystifizierung des »Alten Afrika« geführt. Dazu passt die Begeisterung für die kulturelle Vielfalt des traditionellen Afrika. Europäische EthnologInnen sind wie Zoologen durch Afrika gestreift und haben eine »Ethnie« nach der anderen ausgemacht. In den europäischen Köpfen und in der medialen Darstellung ist Afrika nun entweder der Kontinent der »Stämme« und »Ethnien« oder der Kriege und Katastrophen. »Der Versuch«, hält aber Südafrikas Botschafter Sibu Siso Bengu in einem Interview zur EXPO solchen Sichtweisen entgegen, »den Kontinent auf seinen kulturellen Reichtum zu reduzieren, zeugt von bedauerlichem Paternalismus. Und wenn von einem Katastrophenkontinent gesprochen wird, sollten wir nicht vergessen: Europa hat zwei Weltkriege im 20. Jahrhundert vom Stapel gelassen. Afrika hat niemals auch nur einen kontinentalen Krieg verursacht.«

Jenseits von Klischees, Konstruktionen und Vorurteilen mag sich die Frage stellen: Was also ist Afrika? Die Frage ist nicht beantwortbar – sie führt geradewegs wieder zu Verallgemeinerungen. Afrika kann nicht losgelöst von alten und neuen Projektionen gedacht werden. Denn gibt es – außer der Tatsache, dass der Kontinent Kontinent genannt wird, weil um ihn herum sich das weite Meer erstreckt – irgend etwas, das es rechtfertigte, mehr Gemeinsamkeiten zwischen dem Kap der Guten Hoffnung und Timbuktu oder zwischen Kenia und Kongo zu sehen als etwa zwischen Südafrika und Australien oder Nordafrika und den Mittelmeerländern? Die als »afrikanische« Sprachen zusammengefassten Idiome haben oft nicht mehr gemein als chinesisch und niederländisch.

Eine gemeinsame Geschichte mögen einzelne Regionen miteinander verbinden – und damit auch kulturelle Ähnlichkeiten. Doch Afrika ist bezüglich seiner Religionen (viele verschiedene vorkoloniale genauso wie islamische und christliche), seiner Lebensweisen (diverse Formen des Nomadentums, städtische und ländliche Kulturen) und der erwähnten Sprachen weitaus vielseitiger als etwa Europa.

Wir stellen also »Afrika« in Frage, gehen aber gleichzeitig auf seine spezifische Realität ein. Diese Widersprüchlichkeit versuchen wir in der Konzeption des Themenschwerpunkts zu berücksichtigen. Wir stellen ökonomische und politische Analysen an, die wir – partiell – für zumindest regional übertrag- und verallgemeinerbar halten. Diese werden begleitet von Artikeln, die anhand von Afrika-Bildern in Kinder- und Jugendbüchern, in vermeintlich objektiven Nachrichtensendungen, in Reiseführern, in Ausstellungen und in kolonialer Tradition zeigen, wie die Stereotypen jenseits von Afrika nach wie vor wirkungsmächtig sind. Durch die Summe dieser Eindrücke erst entstehen die rassistischen Afrika-Bilder, die hinter der Zuschreibung »Krisenkontinent« genauso verborgen sind wie hinter der Suche nach kultureller Vielfalt und den »Wurzeln der Menschheit«.

die redaktion



Bildnisproduktion für den Tourismus

Foto: R. Maro / version

Schwarz-weiß und bunt

Bilder und Projektionen von Afrika

von **Stephan Günther**

Die Bilder, die die hiesigen Vorstellungen von Afrika prägen, sind wie Photos: Entweder schwarz-weiß oder bunt. Zum einen wird der Kontinent als Block gesehen, dem eine mehr oder weniger einheitliche »afrikanische Kultur« zugeschrieben und der zuvorderst mit Armut, Kriegen, Krisen und Katastrophen in Verbindung gebracht wird. Der aktuelle ethnologische Blick richtet sich dagegen auf ein Afrika der »Ethnien« und »Sprachgruppen«. Beide Bilder bewirken ähnliches: Sie verstellen die Sicht auf reale Geschichte und Gegenwart in Afrika und festigen Projektionen vom »Anderen«.

► Häufig werden kulturalistische und ethnisierende Kategorien – die »bunte Vielfalt« – den vereinheitlichenden Bildern vom »schwarzen Kontinent« Afrika entgegengestellt. Dabei funktionieren beide nach ähnlichen Mustern: Erstere auf der Vorstellung, »Ethnien« ließen sich nach quasi natürlichen Kriterien unterscheiden, letztere führt etwa dazu, dass Afrika als homogener Block wahrgenommen wird. Beide laufen auf Ähnliches hinaus, denn die Differenzen, die an Ethnien, Kulturen oder Stämmen festgemacht werden, ergeben in ihrer Summe wiederum eine Gleichheit, nämlich die von einem Kontinent der Ethnien und ethnischen Konflikte.

Der vermeintliche Gegensatz zwischen »künstlichen«, weil mit dem Lineal konstruierten afrikanischen Nationalstaaten, und »natürlichen« Ethnien zielt lediglich auf einen »Fehler« der Geschichte, den mehr oder weniger selbstkritisch die ehemaligen Kolonialstaaten inzwischen bekennen. Die Nationalstaaten seien in Afrika nicht »gewachsen«, sondern willkürlich durch die Kolonialverwaltungen konzipiert worden. Im Umkehrschluss werden die europäischen Nationen wiederum zu naturhaften Strukturen, die ein »Volk« zusammenhalten und dem »multiethnischen« afrikanischen Staat gegenüberzustellen seien, dessen innere (ethnische) Konflikte zu Kriegen und Bürgerkriegen führten. Dadurch werden andere Ursachen für diese Kriege und die Armut in Afrika zu zweitrangigen Aspekten: Die (ebenfalls aus dem kolonialisierenden Norden eingebrachte) kapitalistische Wirtschaftsweise und die ungleichen Besitzverhältnisse sind aber in hohem Maße mitverantwortlich für Kriege in Sierra Leone oder Kongo und die Landkonflikte in Zimbabwe oder Südafrika. Denn diese Auseinandersetzungen sind in erster Linie Kämpfe um ökonomische Ressourcen (wobei die spezifischen regionalen Gründe für die Konflikte nicht zu vergessen sind, vgl. dazu S. 23).

Die hiesige Analyse afrikanischer »Krisen« und »Miseren« setzt dennoch in der Regel bei den endogenen (und damit wieder »spezifisch afrikanischen«) Ursachen an. Misswirtschaft, Korruption und ethnische Konflikte werden für Armut und Kriege oft allein verantwortlich erklärt. Schuldige sind schnell ausgemacht, wie das Beispiel Zimbabwes und seines »unzivilisierten Führers« Robert Mugabe zeigt *(vgl. dazu iz3w 245)*. Die koloniale Vergangenheit, selbst wenn sie in Zimbabwe erst zwanzig Jahre zurückliegt, die weltwirtschaftlichen Konstellationen, die »terms of trade«, die die Preise für Kaffee, Gold oder Kupfer seit Jahren in den Keller fallen lassen oder die sozialen Auswirkungen der IWF-Strukturanpassungsprogramme bleiben in der Ursachensuche meist außen vor. *Die Zeit* (18.5.00) etwa resümiert unter dem Titel »Ein Kontinent in Flammen«: »Jetzt fegen wieder schwere Stürme über Afrika und entfachen die selbstzerstörerischen Energien des Erdteils. (...) Im Herzen des Kontinents sind ganze Landstriche in die Unentdecktheit zurückgesunken; sie treiben ziellos dahin wie Grasinseln auf Urwaldflüssen. (...) Die schwarzen Machtcliquen bedienen sich wie weiland die weißen Kolonialherren. Aasvögel, die den Kontinent ausweiden. (...) Die Hauptschuld am tragischen Zustand des Kontinents tragen die Afrikaner selber.« Auch die *Frankfurter Rundschau* (29.5.00) kommt zu diesem Schluss: »Die größte Verantwortung

liegt bei den Afrikanern selbst. (...) Seit Mitte der 70er Jahre hat Afrika 270 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe erhalten. Es kann wenig dafür vorzeigen.«

Zweierlei zeigen diese Analysen der Misere Afrikas: Die rassistischen Bilder bestehen fort, und die Schuldzuweisung an »die Afrikaner selbst« entlastet »die Europäer« – oder, wie es Bartholomäus Grill in besagtem Zeit-Artikel in zeitgeistiger Euro-Identität formuliert: »uns«, denn »wir haben die Erneuerer (Afrikas) und ihre Visionen gewaltig überschätzt.« Der Schluss liegt nahe, dass die Bilder und Projektionen von Rückständigkeit, archaischem Lebensstil, Wildheit und Faulheit gerade dazu dienen, die Frage nach Ursachen von Krisen zu verschieben. Die Analyse europäischer Stereotypen und Zuschreibungen »afrikanischer« Eigenheiten kann also nur im Kontext mit der europäisch-afrikanischen Geschichte und den aktuellen Beziehungen geschehen. Die Analyse der Krise selbst muss freilich endogene Ursachen miteinbeziehen. Denn die umgekehrt einseitige Dependenz-Theorie etwa hat ebenfalls Bilder und Projektionen produziert: Die eines Afrika, das auf seine Opferrolle in den weltwirtschaftlichen Strukturen reduziert ist und auf das ein rein ökonomistischer Blick geworfen wird.

Transfer von Waren und Bildern

► Gerne wird die Entwicklungshilfe angeführt, um zu zeigen, dass »wir« bereit sind, unseren Teil zur Entwicklung Afrikas beizutragen. Allein: Der Ressourcentransfer findet seit jeher umgekehrt von Afrika nach Europa statt. Gerhard Hauck[1] macht vier Phasen der Ausbeutung aus. Die weitestgehend auf Subsistenz ausgerichteten Gesellschaften Afrikas konnten zunächst nur durch direkte Gewalt dazu gezwungen werden, Rohstoffe und Cash Crops für den Weltmarkt zu produzieren. Die Versklavung afrikanischer ArbeiterInnen zunächst auf karibischen Zuckerplantagen brachte enorme Gewinne nach Europa. Als England 1807 die Sklaverei offiziell abschaffte, hatte sich die Form der Aneignung bereits gewandelt: »Europäische Waren waren zumindest in den küstennahen Gebieten ein fester Bestandteil der Ökonomie geworden. Um sie zu bekommen, stellten jetzt viele westafrikanische Kleinbauern ihre Produktion freiwillig um.« Mit dem Ende der Vormachtstellung des britischen Empire setzte eine Periode der Konkurrenz zwischen den europäischen Nationen ein. Viele Wirtschaftsbereiche sollten durch Monopolisierung und Fusionierung wettbewerbsfähig werden, um der wachsenden internationalen Konkurrenz zu begegnen. Dies machte staatliche Eroberungen nötig, denn der Bedarf an Rohstoffen wuchs, und die Märkte mussten gesichert werden. Folge war der »Scramble for Afrika«, der innerhalb weniger Jahre am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Aufteilung fast des ganzen Kontinents unter den europäischen Kolonialmächten führte.

Auch diese Expansion (die dritte Phase) traf zunächst auf Menschen, die nur mittels Zwangsarbeit zur Produktion für den Weltmarkt gezwungen werden konnten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg trat die direkte physische Gewalt wieder in den Hintergrund. Der »stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse« reichte in der Regel aus, »um die Menschen aus der Peripherie zur Produktion für den Weltmarkt zu nötigen«. Wie hoch der Kapitaltransfer aus Afrika nach Europa ist, lässt sich schwerlich in Zahlen ausdrücken. Für den Zeitraum von 1965 bis 1975 etwa wurde anhand offizieller US-Daten errechnet, dass alleine die in Afrika tätigen US-Konzerne im Durchschnitt 25 Prozent mehr an Kapital in direkter Form ausführten, als sie dort investierten.[2] In vielen afrikanischen Staaten sind zudem die allermeisten gewinnbringenden Ressourcen (Erdölfelder, Gold-, Diamanten-, Kupfer- und andere Minen sowie die ertragreichsten Ländereien) in der Hand weniger Besitzer, die ihre Erträge nicht selten in den Norden transferieren. Da die erwähnten Entwicklungshilfe-Zahlungen in der Regel Kredite sind, kann auch hier nicht von einem Nord-Süd-Transfer geredet werden. Die Schuldenrückzahlungen waren schon in den 80er Jahren doppelt so hoch wie die einfließenden Nettokredite. Die durch Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds erzwungene Liberalisierung der Märkte jedenfalls konnte kaum die erhofften Erfolge bringen. Im Gegenteil: »Liberalisierung und Strukturanpassungsprogramme haben die Umwälzung des Kontinents weiter vertieft, ohne dass sie tiefgreifendes Wachstum erzeugt haben.«[3]

Die vernichtende Analyse europäischer und us-amerikanischer Afrika-Politik – egal ob sie die Kolonialgeschichte, die postkoloniale Einflussnahme durch Strukturanpassungs- und Entwicklungshilfeprogramme oder den direkten Handel anbelangt – zeigt also deutlich, dass es eine entscheidende (Mit-)Verantwortung an der unbestreitbaren Misere gibt. Die Schuldzuschreibungen an »die Afrikaner selbst« machen vor diesem Hintergrund vor allem eines deutlich: Die Misere *darf* nicht in einer Fehlentwicklung durch kapitalistische Expansion, durch die erzwungene Übertragung europäischer Vorstellungen

Afrika in der Tagesschau

von **Anka Schmoll**

► Schwarz-Afrika ist ein medialer Kriegsschauplatz. Live vor dem Projektionsschirm unserer elektronischen Guckkästen findet hier Krieg in seiner archaischen Form statt. Keine Materialschlachten, wenig diplomatisches Geplänkel – das machen uns die Medien, auch die aufklärerische Tagesschau, immer wieder weis. Zwischen April und September 1994 wurden 216 Beiträge in den Sendungen Tagesschau und Tagesthemen zu Schwarzafrika gesendet, fast alle zu den Wahlen in Südafrika und zum Bürgerkrieg in Ruanda. Ich analysierte 153 Beiträge, das waren alle, bis auf die reinen Wortnachrichten. Südafrika war dabei ein Sonderfall: Hier überwog in der Berichterstattung das aktive Handeln der Schwarzen – die Weißen reagierten in den meisten Fällen. Eine platte Übertragung alter Vorurteile erfolgte nicht.

Auch Ruanda war ein Sonderfall – in dem Ausmaß des Schreckens. Aus den ruandischen Flüchtlingslagern erzählten die Reporter »Geschichten«. Diese handelten allerdings meist von den Taten und Schwierigkeiten der ausländischen HelferInnen bzw. von Erlebnissen und Gefühlen der JournalistInnen selbst. Das hatte zur Folge, dass beim Thema Ruanda mehr als doppelt so viele Weiße als Schwarze als Individuen erkennbar waren. Die Reporter hatten sich den Flüchtlingen kaum genähert. Kompetent und wichtig für die Prozesse in den Lagern schienen ausschließlich Ausländer zu sein: ÄrztInnen, technische Helfer und nicht zuletzt die Journalisten selbst, die Spendenaktionen initiierten. Es gab aber auch Aussagen wie diese von Hans Hübner zu Beginn des Bürgerkriegs: »In Kigali nimmt das Morden kein Ende. Die beiden Völker der kleineren zentralafrikanischen Republik, die Hutus und Tutsis, fallen übereinander her. Sie sprechen die gleiche Sprache und sind äußerlich kaum voneinander zu unterscheiden. Doch das hindert sie nicht.« Es wurde nie deutlich, dass die Präsidentengarde und vorher ausgebildete Söldnergruppen die ersten systematischen Massaker an Tutsis und oppositionellen Hutus verübten. Die Mörder blieben anonym. Das Erklärungsmuster lautete ganz einfach: ethnische Feindseligkeiten.

Wieso die Unterschiede in der Qualität der Berichterstattung? – Während Südafrika schon seit Jahrzehnten medienwirksam ist (Apartheid, wichtiger Handelspartner, ökonomischer und politischer Hoffnungsträger für Afrika), ist Ruanda ein Nebenschauplatz der veröffentlichten Geschichte. Die Massa-

von Staat, Verwaltung und Markt sowie durch die weiter anhaltenden ökonomischen Interessen an Afrika zu suchen sein. Wenn also nicht die Strukturen verantwortlich sein dürfen, müssen im Gegenteil die Gründe in ihren Trägern, den Menschen und ihren Lebensformen, gesucht werden. Auch wenn die Bilder Afrikas und der europäische Rassismus sich nicht allein damit erklären lassen: Die permanente Betonung des »Anderen«, des »Fremden« und des »Exotischen« ist wie das Negativ eines Bildes von Europa. In der Projektion des unfähigen Afrika spiegelt sich das erfolgreiche »Eigene«.

Das erfolgreiche Eigene

► Es liegt also in der »Natur der Sache«, dass in den europäischen Bildern von Afrika häufig das Gegenstück zu finden ist von dem, was die Selbstwahrnehmung ausmacht. Afrika ist ein Kontinent der Natur und damit quasi geschichtslos, Europa die Wiege der Kultur. Aus Afrika kommen handwerkliche Produkte, in Europa dominiert die industrielle Produktion. AfrikanerInnen leben eher nach ihrem Gefühl, sie tanzen, trommeln, können schnell laufen und meistern ihr Leben durch Improvisation. EuropäerInnen sind Kopfmenschen, planen, organisieren und schreiben. Dieser Dualismus klingt platt, klischeehaft und veraltet. Die Bilder über Afrika (vgl. die Beiträge zu Kinderliteratur S. 32, Reiseführern, S. 30 oder Fernsehen, S. 18) sind jedoch voll von diesen Zuschreibungen – auch heute noch. Die oben erwähnten Zeitungsartikel nutzen gerade Begriffe der Natur, um die Zustände im »Urwaldmeer« zu beschreiben: Ganze Landstriche seien »wie Grasinseln auf Urwaldflüssen«, »die Straßen endeten im Nichts«. »Dieser Kontinent ist aus den Fugen geraten, und die Hälfte seiner Länder müsste unter Kuratel gestellt werden, Flächenstaaten wie der Sudan oder Angola, die Glutwüsten Somalias, der endlose Dschungel des Kongo.« *(Zeit)* Diese naturhafte Symbolik trifft zu auf einen ganzen »Kontinent, der sich selbst zu zerfleischen droht.« *(FR)*

Mit diesem Schlusssatz geht der Autor Hans Brandt noch einen Schritt weiter. Das Naturhafte vermittelt noch Vorstellungen von Schicksal. Naturkatastrophen, Überschwemmungen, Dürre, ertragsschwache Böden oder auch die Ausbreitung von Krankheiten durch Insekten lenken zwar auch von benennbaren Gründen und Verantwortlichkeiten ab, unterscheiden sich jedoch von den teilweise offen rassistischen Tönen und Bildern, mit denen die Schuld der Afrikaner beschrieben wird. »Bevölkerungsexplosion« und »Aids-Epidemie« gelten inzwischen als Hauptursachen von Armut und Elend in Afrika. Obwohl »der US-Kongress Millionen für die Aids-Bekämpfung bereitgestellt hat« *(FR)*, breitet sich die Krankheit rasant aus, und obwohl eine Vielzahl von Entwicklungshilfe-Projekten sich der »Bevölkerungskontrolle« (!) verschreibt, breiten sich die Menschen ebenso rasant aus. Der Grund wird auch hier in der Natur gefunden – und zwar in der menschlichen mit ihrer vermeintlich spezifisch afrikanischen Ausprägung. Der naturhafte massenhafte Trieb ohne Rücksicht auf Explosionen und Epidemien projiziert gleichzeitig das vernünftige Andere: Die Kontrolle, die in Europa Bevölkerung und Krankheiten in Schranken zu halten weiß. Extrem wird dieser Dualismus in der Beschreibung des kriegerischen Aufeinandertreffens von Weiß und Schwarz. Der Beitrag von Kordula Dörfler in der *taz* vom 13.5. über die Landbesetzungen in Zimbabwe könnte auch als Erlebnisbericht des Tierfilmers Grzimek durchgehen: »Sehen kann man sie nicht vom Haus aus. Aber man spürt, dass sie da sind. Sie – die Besetzer, die Kriegsveteranen, die Landlosen, der Mob, die Partei. Nachts hört man sie trommeln. Manchmal kommen sie dem Haus sehr nahe.«

Den bedrohlichen stehen romantisierende Bilder von purer Lebensfreude, ekstatischem Tanz und ungehemmter Sexualität, wie sie uns zunehmend in der Werbung begegnen, vermeintlich gegenüber. Die »positiv« rassistischen Zuschreibungen, die diese Vorstellungen vermitteln, zeigen lediglich, dass »die« AfrikanerInnen zwar spontaner, rhythmischer und emotionaler sind, dafür aber auch auf andere Annehmlichkeiten zu verzichten haben. Sie sind es folglich, die zu wenig diszipliniert bei der Arbeit, zu desorganisiert im Staat und zu korrupt im Handel sind – und damit verantwortlich für die Misere Afrikas. Europäische »Verantwortung« heißt demzufolge nur, Marktwirtschaft, Infrastruktur und Entwicklung nach Afrika zu bringen. Eine Herausforderung, für die (alte) Projektionen und Bilder ganz gewiss nicht revidiert werden müssen.

Anmerkungen:

1 Gerhard Hauck: Evolution, Entwicklung, Unterentwicklung. Gesellschaftstheoretische Abhandlungen. IKO-Verlag, Frankfurt 1996.

2 A. Seidman/N. Makgetla: Outposts of monopoly capitalism. London 1980.

3 Robert Kappel: Afrikas Wirtschaftsperspektiven. Strukturen, Reformen und Tendenzen. Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 1999.

► **Stephan Günther** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

ker in Ruanda kamen für die Medien völlig überraschend, der mehrjährige Bürgerkrieg fand bis dato wenig Beachtung. Die Korrespondenten mussten aus Nairobi eingeflogen werden. Das Fehlen von einheimischen Informationskanälen in vielen Ländern der medialen Peripherie wirkt sich fatal aus. Dabei haben afrikanische JournalistInnen und Politiker oft Insiderwissen, das selten genutzt wird. So wurde während der Ruandischen Flüchtlingskrise keiner der Politiker der betroffenen Länder, die Hunderttausende von Menschen aufnahmen, um seine Einschätzung gebeten. Neben dem größeren Vertrauen in die Kompetenz und Integrität der Angehörigen des eigenen Kulturkreises kommen dabei auch die Kommunikationsprobleme zum Tragen. Die Nachrichtenagenturen (AP, UPI, AFP, Reuter, dpa), auf die sich die Heimatredaktionen vor allem verlassen, sind keineswegs verlässliche Quellen. Nachrichten aus Afrika werden von wenigen KorrespondentInnen vor Ort übermittelt, die dieselben Relevanzkriterien haben wie die hiesigen Redaktionen.

Die Bilder von Agenturen erreichen die Redaktionen beinahe unkommentiert und werden lose mit den Informationen der Wortagenturen verbunden. Bilder von Menschen werden nach professionellen Kriterien zu Material, mit dem man Textaussagen belegt, auch wenn man nicht weiß, ob beide einen realen Bezug zueinander haben. Wegen der mangelnden Information, vor allem in publizistischen Niemandsländern, und des hohen Leistungsdrucks ergeben sich für JournalistInnen zwei Möglichkeiten als »Übersetzer« des für die Zuschauenden unverständlichen und unfassbaren Geschehens. Eine ist die (unbewusste) Verwendung unzählige Male eingeübter und sich selbst bestätigender Standardinterpretationen, die andere das Erzählen kleiner Geschichten am Rande, die es ebenfalls noch erlauben, Fremdes in Bekanntes umzuwandeln, begreifbar zu machen und einzuordnen.

Die ruandische Katastrophe passte in das Muster Afrikas als Schauplatz von Menschheitstragödien, die mit Hilfe ausländischer weißer HelferInnen gelindert werden. Das Thema »Rettung« begann mit der Evakuierung der ausländischen EntwicklungsexpertInnen und setzte sich mit der Arbeit in den Flüchtlingslagern fort. Dass Tausende von den abziehenden belgischen Blauhelmtruppen im Stich gelassen wurden, war kaum einer Erwähnung wert. Die Rolle Frankreichs blieb genauso wie die der USA in Zaire bzw. Kongo weitgehend im Dunkeln.

Eine ausführliche Fassung dieses Beitrags ist erschienen in: Wilhelm Kempf, Irena Schmidt-Regener (Hg.): Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. LIT Verlag, Münster 1998.

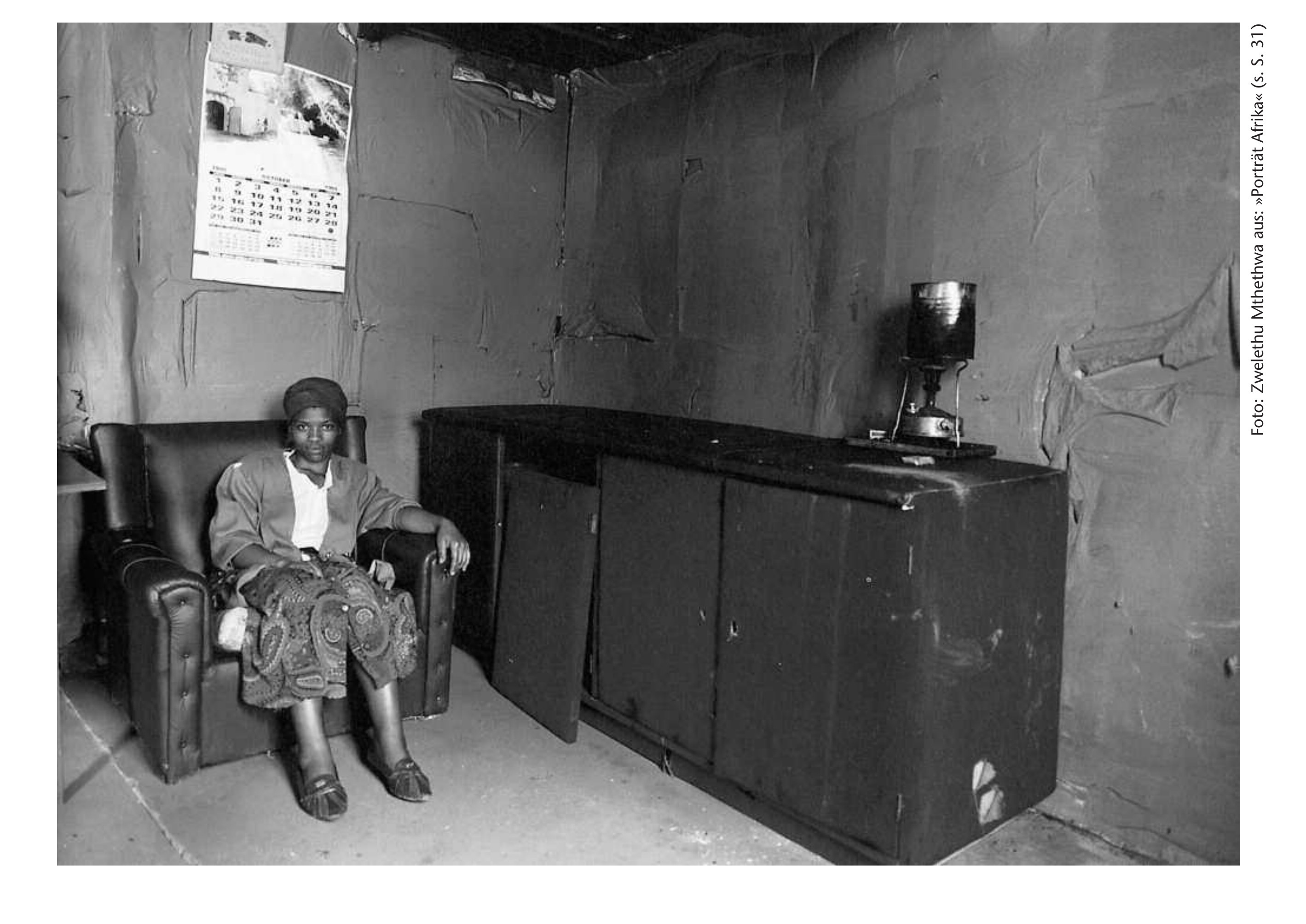


Foto: Zwelethu Mthethwa aus: »Porträt Afrika« (s. S. 31)

Revolutionäre Apathie

Ist der Ausstieg Afrikas aus der Politik der Anfang einer Transformation?

von **Kai Schmidt-Soltau**

Der vorliegende Beitrag wurde in Akwaya geschrieben, einem verschlafenen Nest im Südwesten Kameruns, wo ich für die Europäische Union eine Umweltverträglichkeitsprüfung der Straße, die Akwaya mit dem Rest der Welt verbinden soll, soziologisch begleite. Zur Zeit sind es von hier nach Mamfe, dem nächsten Dorf mit Straßenanbindung, fünf Tage zu Fuß. Von dort sind es dann wiederum ein bis zwei Tage Fahrt bis man in Kumba das erreicht, was wir Europäer in unserer Überheblichkeit Zivilisation nennen. Der Artikel entstand also am »Ende der Welt«, oder im »Herzen der Finsternis«[1].

► Vielleicht finden Sie diesen Beginn ungeeignet für einen Artikel zur Frage: »Ist der Ausstieg Afrikas aus der Politik der Anfang einer Transformation?«, oder vielleicht bezeichnend. Meine Analyse bezieht sich primär auf die Bewohner des zentralafrikanischen Regenwaldes, auch wenn vergleichbare Prozesse in anderen Regionen vor sich gehen.[2] Es ist verführerisch einfach, diese Region – anknüpfend an Joseph Conrad – als »Herz der Finsternis« (vgl. Kasten S. 22) zu beschreiben, in dem die Politik (in Form der europäischen Eroberer) den vermeintlich oder wahrhaftig »guten Wilden« nach dem Leben trachtet. So bestürzend es ist, dass Conrads Beschreibung des Herrn Kurtz auf tatsächlichen Ereignissen beruht, so ist es doch falsch, Politik in ihrer heutigen Form als Versuch zu verstehen, Ordnung in das Chaos des Grauens zu tragen. Abgeschlagene Köpfe markieren heute weder die Vorgärten der Zivilisation noch die Grenzen von »Recht und Ordnung«. Ein Leben jenseits von Bill Clinton, der deutschen Wiedervereinigung oder der Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds gibt es – zumindest in Afrika – nicht mehr. Den »guten oder schlechten Wilden« gibt es nicht, oder vielleicht nicht mehr. In den Zentren des »global village« mag zwar niemand in der Lage sein, den Weg nach Akwaya zu weisen, und doch existiert es in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Auch wenn das Wasser aus dem Fluss geholt werden muss und Strom und Satellitentelefon erst in meinem Auftrag hierher geschleppt wurden, sind die Bewohner informiert über den Rest der Welt. Sie wissen von dem Putsch in Pakistan und der Elfenbeinküste, dem Commonwealth Kongress in Durban und den Neujahrsansprachen von Bill Clinton und Paul Biya, auch wenn es sie nur in dem Maße berührt, wie den Zentraleuropäer der sprichwörtliche Sack Reis in China.

Warum diese Ausführungen zu Beginn eines Artikels, der um die Frage kreist, ob der Ausstieg aus der Politik den Anfang der Transformation markiert? Nun, semantisch ist dies

einsichtig: Man kann nur aus etwas aussteigen, das auch vorhanden ist. Es ist also wichtig zu betonen, dass auch nach dem Ende des Kolonialismus Politik in Form von Herrschaft, Staat und Wahlen das Herz der Finsternis ... Ja was eigentlich? Nach der klassischen Stadienlehre des Marxismus sowie der Entwicklungstheorien müßte man sagen: erleuchtet. Ich kann mich noch gut erinnern, wie hochkarätige Wissenschaftler der DDR der Volksrepublik Kongo, Äthiopien und anderen afrikanischen Staaten das Adjektiv sozialistisch mit dem Verweis auf mangelnde ökonomische und staatliche Strukturen abgesprochen haben.[3] Im Westen wurde »Nation-building« als conditio sine qua non jeder Form von Entwicklung gepriesen. Gegner dieser Formen von verordneter Entwicklung, die sich zu Recht mit dem Vorwurf auseinandersetzen müssen, sie hingen einem Idealtypus des »guten Wilden« nach, würden sagen, dass es gerade jene Form des Zusammenlebens – welches wir unter dem Begriff der Politik fassen – war, die Zentralafrika zu Conrads Herzen der Finsternis verdunkelte. Beide haben recht und doch liegen beide falsch.

Wie die Kritik der politischen Ökonomie lediglich die Kenntnis der politischen Ökonomie voraussetzt, ist auch ein Wissen um die Beschaffenheit des Politischen hinreichend zu einem Ausstieg aus diesem. Man kann versuchen, die Herrschaft des Kapitals zu überwinden, ohne an seine Maschinenwelt gekettet zu sein, aber man muss sie zumindest kennen. Die Philosophen weisen in der Tradition von Hegel unermüdlich auf die Dialektik des negativen und des positiven Freiheitsbegriffes ('Freiheit von?' und 'Freiheit wozu?') hin: Es ist keine langfristige Überwindung der unbegriffenen Totalität möglich. Dies widerspricht der verbreitetsten Auffassung von Freiheit, denn in den meisten Definitionen wird diese mit dem Fehlen äußerer Beschränkungen begründet und der Begriff der »Freiheit von ....« ist die gängige Definition in der Alltagssprache. Andererseits liegt doch der Gedanke nahe, dass sich die Befreiung von äußeren Beschränkungen keineswegs als großartige Freiheitsrealität erweisen muss. Es fehlt das zentrale Moment, welches diese äußere Befreiung letzten Endes mit Inhalt füllen kann, ihr Sinn, Bedeutung und Wert verleiht. Die leicht erworbene Freiheit, die ohne eigene Tat erreicht wurde, erweist sich, da ihr eben diese sich in Praxis manifestierende, schöpferische Äußerung des Menschseins fehlt, als inhaltslos, nichtig und illusorisch. Als Voraussetzung des negativen Aktes der »Befreiung von etwas« ist eine konkret positive Setzung einer »Freiheit wozu« notwendig. Ob den Vorgängen im zentralafrikanischen Regenwald dieses umfassende Freiheitsverständnis zugrunde liegt oder nicht, wird im weiteren zu klären sein.

In Zentralafrika glaubt niemand mehr an eine Interessensvertretung durch andere

Der Ausstieg aus der Politik ist in Zentralafrika gerade deshalb leichter möglich, weil die Totalität des modernen Staates hier nur peripher wirksam ist. Die hier vertretene Theorie, dass die Transformation an den Rändern der Welt beginnt, ist weder neu noch besonders originell. Lenin hat sie bereits an der letzten Jahrhundertwende postuliert, ohne als Kind des »fin de siècle« verlacht worden zu sein. Die Erfahrung einer von der Weltbank befohlenen Demokratisierung – Wahlen durch professionelle Wahlfälscher, Politik als Instrument der Bereicherung und pro forma Gleichheit vor dem Gesetz – zerstören jeden Ansatz der Illusion einer repräsentativen Volksherrschaft im Keim. Während in Europa immer noch Leute glauben, dass die Pervertierung des Streetfighters Fischer zum Kasperle der wirtschaftlichen Interessen ein individuelles Phänomen ist, das durch die richtigen Leute von der richtigen Partei überwunden werden kann, so weiß in Zentralafrika jeder, dass man die hohen Worte der Gesellschaft und Gemeinschaft aus einem einzigen Grunde im Munde führt: Politik ist ein Mittel zur Bereicherung und zur Befriedigung des Strebens nach Macht über Menschen. In Zentralafrika glaubt niemand mehr an eine Interessenvertretung durch andere – nicht einmal die Politiker.

»Wir werden sie bekämpfen, wenn es geht, aber vor allem werden wir sie ignorieren«

Wenn man anknüpfend an Marx Sozialismus und Kommunismus als harmonisches Zusammenleben in Freiheit und frei von wirtschaftlichen Sorgen verstehen will, so ist dies – zumindest in den Augen der Bewohner des zentralafrikanischen Regenwaldes – niemals mit Mitteln der Politik möglich. Ob sie deswegen aus der Politik aussteigen, ihre Herrscher verlachen, staatliche Ordnung und Gesetze ignorieren, kann und muss hinterfragt werden. Denn wenn die gesellschaftliche Transformation nicht auf Individuen mit dem Interesse basiert, ihr Lebenskonzept im Bündnis mit anderen zu verwirklichen, escheint es unsinnig, diese Veränderung als Befreiung zu glorifizieren. Der Ausgang aus der 'selbst' oder/und fremd verschuldeten Unmündigkeit kann nur auf dem Wissen um die Schlechtigkeit des alten Seins basieren. In dieser Hinsicht ist dieser Ansatz »schrecklich modern«. Der von mir aus anderen Gründen sehr geschätzte »Post-Modernist« Michel Foucault sah in seinen frühen Werken im reinen Akt der Auflehnung und selbst im Zerstückeln der Unterdrücker ein freiheitsstiftendes Moment, das ich so nicht teilen mag. Es mag ja richtig sein, dass man »allen, die noch vom Menschen, von seiner Herrschaft oder von seiner Befreiung sprechen wollen, (...) all diesen Formen linker und linkischer Reflexion nur ein philosophisches Lachen entgegensetzen kann – das heißt: ein zum Teil schweigendes Lachen.«[4] Aber was kommt nach dem postmodernen dead-coolen Lachen? Wenn schon Gewalt, dann doch nur, weil alle anderen Wege versperrt sind, und nicht aus Vergnügen und Langeweile, wie dies aus Ruanda berichtet wird. Wer lacht noch und warum? Man könnte – wenn man zynisch genug ist – die Gemetzel in Ruanda und Zaire als Beleg für die Aktualität jener »Kritischen Theorie der Moderne« verstehen, die Sloterdijk unlängst für tot erklärt hat. Kaum landete der letzte abgeschlagene Kopf im Vorgarten des Herrn Kurtz, restrukturierte sich die Tyrannei.

Es ist und bleibt ein großer Unterschied, ob man den »American way of life« ablehnt, weil man ihn als umfassenden Versuch der Versklavung des Menschen durch den Zwang der Dinge begreift, oder ihn bekämpft, weil einem die verordnete Arbeitsmoral den Genuss von Palmwein zum Frühstück verbietet. Während der Postmoderne letzteres Begründung genug für jegliche Art menschlichen Handelns ist, klammert sich die Moderne immer noch an jenes Konstrukt der potentiellen Selbstverantwortung des Menschen, welches eine Befreiung ermöglicht. »Erkenne dich selbst!« Dieses Motto der griechischen Philosophie ist auch Grundlage der modernen Philosophie und gleichzeitig der Tanzbär der Postmoderne. »Der Mensch, von dem man uns spricht und zu dessen Befreiung man uns einlädt, ist bereits in sich das Resultat einer Unterwerfung, die viel tiefer ist als er.«[5] The horror! The horror! Der Mensch ist also gerade noch so eben in der Lage zu erkennen, dass eine Befreiung nicht möglich ist, um dann in melancholischem Lachen zu versinken oder Köpfe zu sammeln. Wer ist aber der Schöpfer dieser Unterwerfung? Der afrikanische Dschungel, die Schwüle der Nacht – oder vielleicht doch der Mensch selbst?

Ich kann hier nur Beispiele anführen, da eine umfassende Untersuchung der Politikverdrossenheit in Zentralafrika noch aussteht: Als der Bürgerkrieg in der Republik Kongo (Brazzaville) zwischen Befürwortern einer eher autozentrierten Entwicklung und Gefolgsleuten der internationalen Öl- und Holzkonzerne tobte, besuchte ich gerade Freunde in Bomassa, einem Dorf im Norden des Landes. Während das staatliche Fernsehen und CNN die Bombengefechte in der Hauptstadt zum Mittelpunkt hatten, war es in Bomassa ruhig. Ich saß mit meinen Freunden in einer Bar und lauschte den Nachrichten aus Brazzaville wie den Berichten aus einer fernen, unfreundlicheren Welt. Obwohl viele

Leute Freunde und Bekannte im Kriegsgebiet hatten, begriffen sie die Kämpfe doch als Auseinandersetzung innerhalb einer Herrscherclique, deren Resultate nichts Neues bringen können. Die Opfer wurden beklagt und bedauert. Man war sich jedoch einig, sich nicht provozieren zu lassen und den Siegern mit allen Mitteln Widerstand zu leisten. »Sie werden unseren Wald verkaufen, Steuern einfordern und Meetings abhalten. Wir werden sie bekämpfen, wenn es geht, aber vor allem werden wir sie ignorieren.« Zwei Wochen später kamen die Sieger, um sich ihre Beute zu sichern. Die Straßen waren leer gefegt. Die plündernden Horden – respektive Steuereintreiber – fanden wenig und verließen die Stadt bald, um anderswo ihren Sieg zu zelebrieren. Ihr Stadthalter verschanzte sich in seiner Residenz, und das normale Leben nahm seinen Lauf. Den Opfern wurde geholfen und den neuen Herrschern vermittelt, dass sie tun und lassen konnten, was sie wollten, solange sie die Bewohner in Ruhe ließen. Tage später las ich in der Regierungszeitung, dass Bomassa die Öffnung des Kongos für internationale Konzerne frenetisch begrüßt und bei regionalen Wahlen die neue Regierungspartei haushoch die Opposition geschlagen hatte. Darauf tranken wir ein kaltes Bier der Marke Ngok.

Ich verstehe diesen Ausstieg aus der Politik als apathische Revolution. Die Protagonisten lehnen nicht diese oder jene Regierung oder »planvolle« Gestaltung der Zukunft ab, sondern das Konzept an sich, wenn sie selbst nicht unmittelbar daran beteiligt sind. Apathie – also die Gleichgültigkeit gegenüber der äußeren Welt – wird dann zum revolutionären Moment, wenn der Einzelne sich selbst in den Mittelpunkt stellt. Die Freiheit dann und so zu arbeiten, zu leben und zu interagieren, wie es einem passt, wird als wichtiger begriffen als die Unabhängigkeit des Staates, die verfassungsrechtliche Gewährung von Menschenrechten, die Dominanz der eigenen Ethnie etc.. In diesem radikalen Individualismus sind sich die Bewohner der in Auflösung begriffenen Staaten gleich und erkennen sich auch als solche. Sie transformieren die Frage nach der Befreiung, indem sie nicht mehr nach den Gegnern fragen, sondern Inhalte definieren. Sie haben wahrlich nichts zu verlieren, und es mutet für Außenstehende verwunderlich an, wenn sie ihr Weniges teilen. Es scheint fast so, als gebe es eine psychologische Schwelle, unterhalb welcher der oder die Einzelne die Hoffnung auf eine »Rettung« oder auf »Hilfe« von außen aufgibt, um desillusioniert ein neues – autozentriertes – Leben zu beginnen.

Der Ausstieg aus der Politik in Bomassa oder die apathische Revolution sind ein bewußter Akt. Der Zerfall der Staaten in Zentralafrika beginnt genau dort. Diese Orte sind so peripher zu den Zentren, dass sie es leichter haben als andere. Aber andererseits auch schwerer, denn das Bier muss trotz aller Apathie und Selbstfindung gebraut werden – ein Prozeß, der eine Menge Organisation verlangt. Aber die Bewohner von Bomassa und Akwaya haben bei ihrem Ausstieg aus der Politik nicht nur gelernt, dass man die Freiheit täglich neu schaffen muss, sondern auch, dass es ohne Anerkennung der Gleichheit aller Menschen und ein Mindestmaß an Solidarität unmöglich ist, das neue Leben zu erringen. Diese Solidarität ist nicht mehr jene »organische Solidarität« der afrikanischen Dorfgemeinschaft, die Senghor, Nkrumah und Nyerere beschworen haben, sondern das bewusste und unmittelbare Resultat des Ausstiegs aus der Politik. Der Zerfall der Staaten in Zentralafrika ist nicht ein Rückfall in eine vermeintliche oder wahrhaftige Barbarei [6], sondern es sind erste zarte, fast unmerkliche Vorboten einer Transformation in eine ungewisse Zukunft.

Anmerkungen:

1 Conrad, Joseph; Heart of Darkness; London 1899; dt.: Herz der Finsternis; Frankfurt/Main 1995.

2 Vgl. meine Analyse der »Politikverdrossenheit« bei den Tubus in der Sahara: Der Tschad: Ende der Staaten – Anfang der Freiheit?; in: Lettre international Nr. 32 (Frühjahr 1996); S.62-63; bzw. die theoretische Beschäftigung mit ähnlichen Phänomenen: Die apathische Revolution – Grundlegung einer praktischen Philosophie nach Marx; Münster 1998.

3 Vgl. z.B.: Brehme, Gerhard & Kramer, Hans; Afrika – Kleines Nachschlagewerk; Berlin/DDR 1985.

4 »Es ist eine alte germanische Sitte, den Kopf des getöteten Feindes auf einen Pfahl zu spießen und öffentlich auszustellen. Um das Symbol des Unterdrückungsapparates, die Bastille, kreist, mit ihren alten urväterlichen Riten, eine Volkspraxis, die sich keineswegs in den Gerichtsinstanzen wiedererkennt.« (Foucault, Michel; Über die Volksjustiz; in: ders./ Geismar, Alain/ Glucksmann, André; Neuer Faschismus, neue Demokratie; Westberlin 1972, S.119)

5 Foucault, Michel; Überwachen und Strafen; Frankfurt/Main 1976; S.42.

6 Kaplan, Robert; The Ends of the Earth; New York 1995. dt.: Reisen an die Grenzen der Menschheit – Wie die Zukunft aussehen wird; München 1996.

► **Kai Schmidt-Soltau** lehrte Soziologie und Philosophie in Kamerun und ist als selbständiger Gutachter in der Entwicklungszusammenarbeit tätig.

► Joseph Conrads antikolonialistisches Essay **Heart of Darkness** zeichnet zuammen mit der Erzählung »Outpost of Progress« Conrads eigene Erlebnisse als Kapitän eines Flussschiffes auf dem Kongo des Jahres 1890 nach und erschien passend zur Weltausstellung 1900 in London. Während in London »Neger« zur Schau gestellt wurden, beschrieb Conrad eine andere Realität, die so gar nicht zur kolonialen Euphorie seiner Zeit passen wollte. Denn dieser »Außenposten des Fortschritts« ist »das Herz der Finsternis« und gerade nicht ein Außenposten des Fortschritts inmitten des Herzens der Finsternis. Der europäische Handelsvertreter Kurtz verwandelte seine Flussstation (Stanley Falls Station – Kisangani) in ein Schlachthaus, da ihm die interkulturelle Kommunikation nicht gelingen wollte. Getrieben vom europäischen Überlegenheitswahn – und gerade nicht vom Fieberwahn des zentral-afrikanischen Regenwaldes – beginnt er, aufsässige Afrikaner zu massakrieren und deren abgeschlagene Köpfe als »abschreckendes Beispiel« auf dem Gelände zu drapieren. Nur so sei der Fortschritt zu gewährleisten. Der Afrikaner – unfähig zum rationalen Denken – verlange nach der Peitsche. »The horror! The horror!« In der geschlossenen Welt des »Entwicklungshelfers« (agent of progress) fungieren diese abgeschlagenen Köpfe der uneinsichtigen Afrikaner als Wegmarken des Fortschritts. Es gibt keine Verbindung zwischen den Welten: Die harte und aufzehrende Mission des Fortschritts, der nicht auf das einzelne Menschenleben schauen kann, und die harmonische Welt des guten Wilden sind einander bis zur Unkenntlichkeit entfremdet – so scheint es zumindest Conrad. Dies ist natürlich ein kolonialistischer Standpunkt, der die eigentliche Stoßrichtung des Essays konterkariert – ein Manko, das in der filmischen Umsetzung (Apocalypse Now) noch deutlicher wird. Ist Marlon Brando nun der Urheber des Blutbades im Dschungel, oder hat er sich dem Horror der wahren Welt – jenseits von Moral und Ethik – angepasst?

► **Literatur:** *Adam Hochschild, King Leopold's Ghost. London 1999; dt.: Schatten über dem Kongo – Die Geschichte eines der größten, fast vergessenen Menschheitsverbrechen; Stuttgart 2000. Hintergrundinformationen in der kommentierten Version von Conrads Buch: Joseph Conrad: Heart of Darkness; edited by Robert Kimbrough; New York 1988.*



Paradies der Paradoxe

In Kamerun sichern Konflikte die Einheit

von **Francis B. Nyamnjoh**

»Ethnische Konflikte« gelten häufig als Ursache für Instabilität und Zerfall afrikanischer Staaten. Jedoch haben sich vielerorts inzwischen politische Strukturen entwickelt, die diese Konflikte bewusst steuern. Kamerun, das »Afrika im Kleinen«, ist ein Beispiel für einen »neopatrimonialen Staat«, der auf Korruption, Parteienpolitik und Klientelismus beruht. Er verschärft die Ethnisierung sozialer Konflikte und nutzt diese gleichzeitig zum Machterhalt und gegen den Zerfall der staatlichen Einheit. Fast jedeR Einzelne ist Teil dieses Systems.

► Dieser Aufsatz will eine Antwort auf die Frage geben, was Kamerun zusammenhält trotz der in Afrika allgemein verbreiteten Instabilität, trotz der Turbulenzen in der näheren Umgebung des Landes und trotz seiner eigenen inneren Widersprüche. Die Politik des regionalen und ethnischen Gleichgewichts, das chronische Fehlen einer Vision und das Fehlen eines wirklichen Engagements für die Demokratie in Verbund mit einer unbegrenzten Fähigkeit, Überlebensstrategien zu entwickeln, haben alle ernsthaften Versuche, gemeinsame Interessen zu verfolgen und gemeinsame Hoffnungen zu verwirklichen, zunichte gemacht. Das Einzige, was Kameruner zu einigen scheint, ist der Drang, regionale oder ethnische Unterschiede aufrecht zu halten, in dem Wahn, dadurch die eigenen Chancen maximieren zu können. Da allerdings der »nationale Kuchen« kleiner wird, während die Wirtschaftskrise sich verschärft, machen es Korruption und Ethnisierung für die Masse der »kleinen Leute« immer illusorischer, die gleichen Vorteile wie früher aus ihren Beziehungen zu großen oder nicht ganz so großen Männern und Frauen zu ziehen.

Klein-Afrika?

► Kamerun als Afrika im Kleinen zu bezeichnen, wie es seine Politiker im Allgemeinen voller Stolz tun, bedeutet, dass Kamerun typisch sei für Afrika, was seine Vorzüge betrifft (und, was weniger gern zugegeben wird, auch seine Nachteile). Das mag in vieler Hinsicht wahr sein. Andererseits ist es falsch, denn Kamerun ist ein Sonderfall, ein »Paradies der Paradoxe«. Andernorts haben nämlich die objektiven Bedingungen zu gewalttätigen Ausbrüchen, Blutbädern und zu einer Veränderung zum Besseren oder zum Schlechteren geführt, in Kamerun aber ist alles im Sande verlaufen, als ob das ganze Land das Opfer einer Hypnose von seiten des staatlichen Hexenmeisters wäre. Mehrfach wurde schon angenommen, dass es zu Aufständen und zum Sturz der Regierung kommen würde. Es geschah gar nichts. Während der Generalstreik-Kampagnen von 1991-92 wurde allgemein erwartet, dass ein Regierungswechsel nur eine Frage der Zeit sei, doch es gelang Präsident Paul Biya unflexibel gegenüber Dialogforderungen und gegenüber dem Ruf nach einer souveränen Nationalkonferenz zu bleiben. Und es gelang ihm auch, der radikalen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er Parlamentswahlen ansetzte, die zwar von der Sozialdemokratischen Front (SDF) und anderen boykottiert wurde, aber an denen Parteien teilnahmen, die bis dahin Mitglieder der »Koordiniation der Oppositionsparteien« gewesen waren. Obwohl die Opposition den Sieg errang und zusammen 60 Prozent der Stimmen erhielt, war die Regierungspartei, das



Cameroon Peoples Democratic Movement (CPDM) in der Lage, mithilfe von Oppositionsparteien eine Regierung zu bilden. Selbst nach offiziellen Angaben votierte die Mehrheit der Wähler auch für einen Wechsel im Präsidentenamt. Der Opposition war es nicht gelungen, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Sie beschwerte sich – wie auch die internationale Gemeinschaft – ein bisschen über den deutlichen Wahlbetrug, das brachte aber nicht viel, denn die Proteste waren weder gut organisert noch hielten sie lange an.

Nach den Kommunalwahlen von 1996, die die Opposition in einer Reihe wichtiger Städte gewann, gelang es der Regierung dennoch, diese Gemeinderäte unter Kontrolle zu halten, indem sie Delegierte der CPDM-Regierung einsetzte, die mit der Machtbefugnis ausgestattet wurden, Projekte und Finanzen dieser Gemeinderäte zu verwalten. Auch hier beschränkte sich die Opposition auf kritische Presseerklärungen und Zeitungsartikel, die die Regierung und ihre ungerechte Gesetzgebung verurteilten. Es ist also offensichtlich, dass der Demokratisierungsprozess in Kamerun festgefahren ist und dass die Oppositionsparteien und Teile der Zivilgesellschaft nur sehr langsam – um nicht zu sagen überhaupt nicht – in der Lage sind, der allgemeinen Desillusionierung neue Perspektiven entgegenzusetzen. Es ist merkwürdig, dass es den Oppositionsparteien, den Medien, den Kirchen und anderen Organisationen nicht gelungen ist, den an der Basis weit verbreiteten Drang nach einer demokratischen Gesellschaft und Politik für sich auszunutzen. Was also hindert sie daran, ihre Interessen an Mitsprache und Befreiung aus dem Elend organisiert und nachhaltig zu verfolgen, mit oder ohne Gewalt? Wie kommt es, dass ihre Handlungen oft dazu tendieren, ihren Erklärungen zu widersprechen, wo sie alle für die Demokratie sind?

Regionale und ethnische Allianz

► Ich glaube, dass Kamerun dank der Politik eines regionalen und ethnischen Gleichgewichts zu einem Land geworden ist, das leichter zu regieren ist als eine Familie. Bei dieser Politik geht es sehr viel weniger um ein tatsächliches Gleichgewicht, als darum, die Aufmerksamkeit von realen auf imaginäre Probleme und Ursachen zu lenken. Höheren Beamten wird klargemacht, dass das System (personifiziert im Staatschef) von unendlicher Güte beseelt sei und dass man dem Staatsoberhaupt danken müsse, falls man eine Stelle bekommt, aber dass man selbst oder die Mitglieder seiner ethnischen Gruppe oder Region Schuld seien, wenn man keine Stelle bekommt oder seine Stelle verliert. Die Politik schafft bei der Elite und bei den Massen der mehr als 200 ethnischen Gruppierungen die Illusion, dass mithilfe des Staates – sogar in der Wirtschaftskrise – alles möglich ist. Die Folge dieser Politik ist, dass die Kameruner nicht mehr erkennen, dass ihr wirkliches Problem das System ist.

Politische Konflikte und der Kampf um die Macht werden auf diese Weise taktvoll in die Regionen verlagert, während der Präsident wie ein Meisterjongleur die regionalen und ethnischen Eliten gegeneinander ausspielt. Der Präsident kann an der Macht bleiben und wiederholt »wiedergewählt« werden, ohne dass er sich jemals selbst am Wahlkampf beteiligen muss. Denn in dem System regionalen und ethnischen Gleichgewichts geht es bei Präsidentenwahlen darum, die Popularität der Parteielite in ihren verschiedenen Regionen zu testen. Das erklärt, warum bei jeder Wahl das Zentralkomitee seine Elite

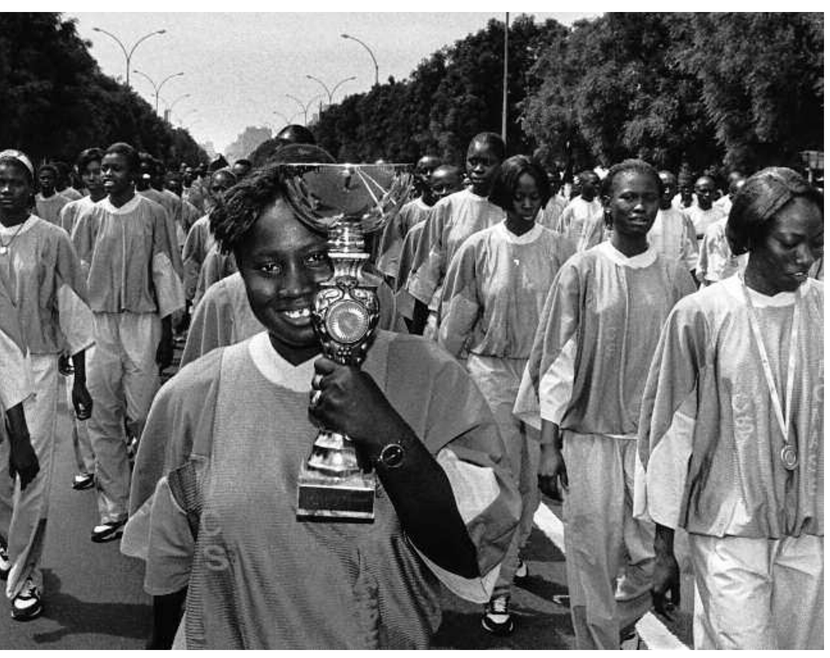
Der neopatrimoniale Staat

► Der Begriff des neopatrimonialen Staates geht davon aus, dass Tradition und Moderne im afrikanischen Staat eine ganz eigene Symbiose eingehen. Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Vergesellschaftungsformen äußert sich in den Formen politischer Herrschaft, materieller und symbolischer Reproduktion nicht in einem unvermittelten Nebeneinander von Tradition und Moderne, sondern in einer Vielzahl von komplexen Misch- und Übergangsformen. In den Institutionen und sozialen Praktiken, die zeitgenössische afrikanische Staaten prägen, zeigt sich diese komplexe Verschränkung. Phänomene wie der Klientelismus, die Personalisierung von Machtbeziehungen, das Prinzip des »Big Man« sind der Inhalt dieser allgemeinen Form.

Der Kern des Begriffs »patrimonial« bezieht sich auf die fehlende oder mangelhafte Unterscheidung öffentlicher und privater Mittel des Herrschers. Das Präfix »neo-« verdeutlicht, dass es keineswegs eine einfache Kontinuität von vorkolonialen patrimonialen Praktiken gab. Erst mit dem kolonialen Staat entstanden die Voraussetzungen für die gegenwärtigen politischen Ordnungen, indem mit dem Zwangsapparat der Kolonialmächte bestehende Herrschaftsformen aufgebrochen und neu strukturiert wurden. Die daraus resultierende Personalisierung der Macht und die besondere Weise der Akkumulation politischer, ökonomischer und symbolischer Ressourcen wird mit dem realtypischen Begriff des »Big Man« verdeutlicht. Die Bereicherung geschieht jedoch nicht ausschließlich für den Konsum, sondern wird sowohl in privatwirtschaftliche Betriebe investiert wie in sozialen Beziehungen redistribuiert. Günstlingswirtschaft und Nepotismus sind in diesen sozialen Zusammenhängen kein Beweis von Charakterschwäche, sondern dienen dem Machterhalt. Nur über die politische Macht ist der Zugang zur ökonomischen möglich, nicht umgekehrt. Eingeengt zwischen den Zwängen der kapitalistischen Weltwirtschaft und der innergesellschaftlich geltenden Logik muss das Gleichgewicht zwischen eigenem Verbrauch an Ressourcen und den Aufwendungen für legitimitätssichernde Redistribution gewahrt werden.

Vom Zentrum der Person des Staatschefs, vom »Patrimonialherrn«, gehen die Hauptstränge der klientelistischen Netze aus. Diese Praxis, bestehend aus dem gegenseitigen Austausch von Diensten zwischen Personen mit ungleicher Ressourcenausstattung, ist dabei kein irrationaler Rest vorbürgerlicher Vergesellschaftungsformen. Sie ist eher als Antwort, als rationale Reaktion auf unsichere oder fehlende Institutionen zu sehen und zugleich ein Anzeichen für Legitimationslücken der rational-legalen Herrschaftselemente.

(nach: Klaus Schlichte: Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. LIT Verlag 1996).



»Nation building« – Prozession am Nationalfeiertag imSenegal Foto: R. Maro / version

zurück in ihre Regionen und Dörfer schickt, um dort Wahlkampf zu führen.

Das System ist totalitär in einem Sinn, dass es den Menschen nur bis zu dem Grad dient, der sicherstellt, dass die Menschen ihm dienen, wobei jeder, der die ihm vorbestimmte Rolle nicht spielt, riskiert, als Feind des Systems gebranntmarkt zu werden. Da die Ideologie des Systems Menschen auf allen Ebenen der Gesellschaft verführt, ist es dem System gelungen, das ganze Leben mit Heuchelei und Lügen zu verseuchen. Innerhalb eines solchen Systems müssen nicht alle Mystifikationen, die der Staat fördert, um seine Macht zu konsolidieren, notwendigerweise von jedem Individuum geglaubt werden, aber – wie es Vaclav Havel mal für die Tschechoslowakei formuliert hat – »sie müssen sich benehmen, als wenn sie es glaubten, oder sie müssen es zumindest schweigend tolerieren oder gut auskommen mit denjenigen, die damit umgehen. Aus diesem Grund müssen sie innerhalb einer Lüge leben. Sie müssen nicht die Lüge akzeptieren. Es ist ausreichend, dass sie akzeptiert haben, mit der Lüge und in ihr zu leben. Denn allein durch diese Tasache bestätigen die Individuen das System, erfüllen das System, machen das System, sind das System.«

Produktion von Störenfrieden

► Wie gelingt es der Politik des regionalen Gleichgewichts, dem Widerstand gegen das System im konkreten Einzelfall den Wind aus den Segeln zu nehmen? Nehmen wir die anglophone Gemeinschaft als Beispiel. Im Interesse des regionalen Gleichgewichts (Proporz), kann niemand aus der anglophonen Region ein Amt erhalten, ohne dass ein anderer aus derselben Region entlassen wird. Das macht es für machtgeile oder opportunistische Politiker in den beiden Provinzen der Region nötig, sich Spaltungen auszudenken, um ihre jeweiligen Chancen für Prominenz oder Aufstieg zu erhöhen. Die Spaltungen und Unterschiede innerhalb der Anglophonen sind also eher künstlich erzeugt als real. Auf diese Weise reproduziert sich die Macht, indem sie Unterschiede übertreibt. Die Machtelite versteift sich darauf, ihre Macht auf ethnischer oder regionaler Grundlage zu maximieren, während sie das Zentrum als sakrosankt behandelt. Der Minister oder Manager aus dem Nord- oder Südwesten soll begreifen, dass er seine Einstellung der Entlassung eines anderen Anglophonen verdankt und dass er alle Zeichen von Solidarität unter Anglophonen abstreifen muss, wenn er im Amt bleiben will. Das gleiche gilt für die Minister, die nach ihrer Einstellung als erstes ihr Heimatdorf besuchen, um dort um Unterstützung oder Dankbarkeit für das Zentrum zu werben und gleichzeitig damit zu zeigen, dass sie über eine gewisse Machtbasis verfügen. Das System produziert Störenfriede, und das bedeutet auch, Konflikte zwischen den Regionen oder den Ethnien zu fördern, die die Zentralregierung dann von Zeit zu Zeit reguliert oder niederschlägt, wenn die Dinge ein wenig außer Kontrolle geraten. Das System ist an einer nationalen Uneinigkeit und nicht an nationaler Einheit interessiert, an Desintegration und nicht an Integration. Das friedliche Zusammenleben kommt allenfalls in seiner Rhetorik vor.

Letzten Endes geht es lediglich um ein Machtspiel. Das System versucht, jede Möglichkeit eines effektiven Widerstands gegen die Regierung zu unterdrücken. Dennoch gibt es an der Basis Widerstand. Die Sprache der meisten Kameruner ist voll verbaler Aggression: Wut, Zynismus, Ironie, Sarkasmus, Spott und Feindseligkeit zeigen sich in Zeitungsartikeln und Karikaturen (die die Regierung als Beweis ihrer Toleranz vorzeigt), in Liedern, Sketchen, satirischen Komödien, Gesprächen in Taxis und Bussen und den Kneipen. Man kann sagen, dass die Enttäuschten vielleicht nicht die Mittel haben, die Veränderungen herbeizuführen, die sie sich wünschen, aber sie führen tagtäglich symbolische Kriege mit symbolischen Siegen, Kriege, in denen das System besiegt wird und ein neues, gerechtes und demokratisches Regime eingeführt wird und sich Hoffnungen erfüllen, die die Machtelite ständig als übertrieben denunziert hat.

Demokratie in Geschenkpäckchen

► Aber man beschwert sich dabei über Patrons und Klienten, nicht über die Patronage oder das Klientelwesen. Diese Kultur der Korruption durchzieht die gesamte Gesellschaft. Fast alle Kameruner haben ein Interesse, den Status quo aufrechtzuerhalten: Vom Taxifahrer über die Polizisten an der Staßensperre, die Eltern und Schuldirektoren, wenn es um die Einschulung geht, Zollinspektoren und Geschäftsleute im Hafen, Beamte, die im Ministerium in Akten stöbern, Universitätslektoren, die Noten gegen Sex oder Bargeld verkaufen, bis hinauf zum Staatsoberhaupt. Weil sie alle ein bisschen vom System in sich tragen (entweder durch ihre Beziehungen zum Zentrum oder über Patronage und Beziehungen) und in dieser Weise materielle Interessen daran haben, ist es schwierig darüber nachzudenken, wie das System zerstört werden könnte, ohne dass man darüber nachdenken müsste, sich selbst in den Ruin zu treiben.

So ist trotz des Mehrparteiensystems die Mehrheit der Kameruner nach wie vor gezwungen, Entscheidungen hinzunehmen, die ohne ihre Zustimmung oder ihre Teilnahme getroffen werden. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die sie sich wünschen, werden geplant, durchgeführt oder zunichte gemacht nach der gleichen Logik wie in der Ein-Parteien-Ära. Die, die »unsere« politische Plattform nicht gut finden, können nicht im Recht sein, sie müssen unehrlich sein, Verräter und unpatriotisch. Es handelt sich um einen erneuerten Monolithismus, eine Pseudo-Demokratie, die in kleinen Geschenkpäckchen verabreicht wird, um eine Demokratie mit Fernbedienung. In Kamerun muss die Demokratie erst noch eine Art zu leben werden, eine Kultur. Bis jetzt hat sie nur als leerer Begriff fungiert.

► **Francis B. Nyamnjoh** ist Senior Lecturer am Department of Sociology der University of Botswana. Eine ausführliche englische Version dieses Artikels wurde veröffentlicht in: African Affairs, vol. 98 No. 390, 1999. *Übersetzung: Christian Neven-du Mont.*



Die Rastafari-Bewegung

von **Tobias Müller**

► Rastafari existiert seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts und verbindet Protest und Widerstand gegen die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung mit einer ausgeprägten religiösen und spirituellen Dimension. Auf Jamaica entstanden und bis heute hauptsächlich mit dieser Insel verbunden, existiert die Bewegung u.a. im ganzen karibischen Raum sowie in Teilen Afrikas, den USA und Großbritannien.

Sie entwickelte sich vor dem Hintergrund einer drastischen Zunahme der Armut unter der schwarzen Bevölkerung Jamaicas. Die Einwohnerzahl von Kingston war mit der Landflucht in die Höhe geschnellt und die Verelendung vieler Gegenden ging mit der Ausbreitung der »shanty towns« schnell voran. Parallel zur allgemeinen Rezession spitzte sich auch die rassistische Diskriminierung zu. Auf die alltägliche Situation der Unterdrückung und die historische Erfahrung der Sklaverei reagierten die Rastafari mit der Konstruktion einer kollektiven Identität gegen die Diskriminierung. Diese beruft sich auf ein gemeinsames afrikanisches Bewusstsein. Der Ideologie der Degradierung und quasi-biologischen Unterlegenheit setzten sie die Konzentration auf das gemeinsame afrikanische Erbe entgegen.

Ein wesentlicher Teil des »rastafarischen« Selbstverständnisses beruht auf einer Bibelinterpretation, die der herrschenden »weißen« Auslegung entgegensteht. Rastafari stützen sich auf Stellen des Alten Testaments (z.B. Psalm 68, 31 oder Jer 8, 21), aus denen sie ableiten, dass Gott schwarz sei und damit auch die ersten, nach seinem Abbild geschaffenen Menschen schwarz gewesen seien. Die jüdische Urgemeinde hätte demnach aus schwarzen Äthiopiern bestanden, und die Nachfahren der afrikanischen Sklaven gelten z.T. als direkte Wiedergeburt der alten Israeliten. So betrachten sie alle Gemeinschaften der afrikanischen Diaspora als Teile des auserwählten Volk Jahs (Gottes), dessen Bestimmung im Exodus aus der verhassten Umgebung Babylon zurück nach Zion liege. Babylon ist dabei keine bestimmte geographische Bezeichnung, sondern ein Synonym für alle Orte in der Fremde, an denen die Kinder Jahs Leid, Ausbeutung und Unterdrückung erfahren.

Ein Kernpunkt der Bewegung besteht somit in der Forderung nach Repatriierung. Diese leitet sich aus einem mythologisierten und symbolisch aufgeladenen Afrika-Bild ab. Die Rückkehr zu den eigenen Wurzeln zielt auf den kollektiven Auszug aus Babylon, dem Ort der Versklavung, ins Gelobte Land Zion. Konkreter Gegenstand dieser Projektion ist Äthiopien. Dieser Name galt zu Beginn des 20. Jahrhunderts gemeinhin als Symbol für Afrika, ebenso wie die Bezeichnung »Äthiopier« für alle AfrikanerInnen gebräuchlich war. Vor diesem Hintergrund ist auch die Verehrung des äthiopischen Kaisers Haile Selassie zu sehen, dessen vorheriger Titel »Ras (Fürst) Tafari« der Bewegung ihren Namen gab. Mit der Doktrin der Repatriierung setzt die Rastafari-Ideologie die religiöse Tradition der schwarzen Sklaven auf Jamaica und deren Nachfolger fort (*Myal* und *Revival-Kult*). Diese hatten im 18. bzw. 19. Jahrhundert eine kollektive »afrikanische« Identität über traditionelle spirituelle Erfahrungen transportiert und eine Kultur der Subversion bereits mit der Forderung nach Rückkehr verbunden.

Die Unterdrückung auf Jamaica führte zu der Idee der Rückkehr ins gelobte Land

Das Projekt der »Rückkehr« verfolgte die Rasta-Bewegug indes nur halbherzig. Zwar gründete der als einer der Väter des Panafrikanismus geltende und von den Rastas als Prophet verehrte Marcus Garvey – er soll die Thronbesteigung Selassies vorausgesagt haben – zu diesem Zweck ein Schifffahrtsunternehmen namens »Black Star Line«. Wie aber später auch in den 50er Jahren, als in Kingston Überfahrt-Tickets für einen Shilling angeboten wurden, blieb es beim Versuch. Inzwischen haben Teile der Rastafari das Ziel der Rückkehr aufgegeben.

Politisch waren in der Rasta-Bewegung von Beginn an panafrikanistische Einflüsse wirksam. Dies drückte sich zunächst in der Identifikation mit dem äthiopischen Widerstand gegen die Besetzung durch das faschistische Italien aus und setzte sich später in den Forderungen nach Dekolonisation und schliesslich in der grundsätzlichen Solidarität mit Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent fort.

Vorgeworfen wird der Bewegung neben ihrem Haile-Selassie-Kult vor allem die Verklärung Afrikas, die die tatsächlichen politischen und sozialen Verhältnisse auf dem Kontinent ausblendet. Aspekte, die dem Phantombild und der Vision eines goldenen Zeitalters nicht entsprechen, bleiben in ihrer eindimensionalen Wahrnehmung auf der Strecke. Dem entgegnen Rastafari, dass sie im Gegensatz zu (sozialistischen) schwarzen Ideologen nicht durch die westliche Kultur und Erziehung korrumpiert seien und berufen sich umso stärker auf ihr »afrikanisches Erbe«.

► **Tobias Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Black is beautiful:
Schwarze Gegen-Identitäten

Foto: Rotimi Fani-Kayode aus: »Portrait Afrika«

► *Politische Bewegungen von Schwarzen, die sich gegen Diskrminierung und soziale Benachteiligung wenden und u.a. in den USA oder Südamerika entstanden sind, haben eine eigene Vorstellung von afrikanischer Identität entwickelt. Zu ihnen zählen etwa die Black Muslim und die Rastafari-Bewegung in den USA und der Karibik, der Panafrikanismus oder die brasilianische Kalombe-Religion. Unter dem Schlagwort »Back to the roots« und vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Unterdrückung schaffen sie eine Gegen-Identität, die »Afrika« und »Schwarz-Sein« idealisiert.*

Der Panafrikanismus

von **Jonas Sebhatu**

► Nach dem Ende des Kalten Krieges und v.a. nach der Wahl des African National Congress in Südafrika haben panafrikanistische Ideen wieder Eingang in die politische Rhetorik und Diskussionen in und außerhalb Afrikas gefunden. Der OAU-Gipfel im vergangenen Jahr in Libyen sowie dessen dankbare Aufnahme durch die afrikanische Presse in London (New African) – etwas skeptischer in Paris (Jeune Afrique) – sind dafür Belege. Dabei ist die heutige Argumentationsweise der Panafrikanisten weitgehend identisch mit der aus den 50er und 60er Jahren: Das in ökonomischer und politischer Hinsicht marginalisierte und abhängige Afrika müsse sich zusammenschließen, um den Widrigkeiten der kapitalistischen Weltordnung zu trotzen.

Bis zu einem panafrikanistischen Kongress in Manchester (1945), auf dem erstmalig Afrikaner in großer Zahl in Erscheinung traten, hatten panafrikanistische Bewegungen eher die Form eines »schwarzen« Nationalismus angenommen: AfroamerikanerInnen aus den USA und der Karibik hatten versucht, über ihre Hautfarbe ein Selbstbewusstsein zu entwickeln und sich mit dem kolonisierten Afrika zu solidarisieren, um entweder in ihren Ländern selbst Identitätspolitik zu betreiben oder eine Rückführung der schwarzen Bevölkerung nach Afrika zu organisieren. Dazu wurde die *African Personality* als gemeinsames kulturelles Erbe jedes Schwarzen konstruiert. Die bestimmenden Figuren in dieser Phase waren W. E. B. Dubois, ein US-Amerikaner, und Marcus Garvey aus Jamaika, der einen »Exodus« aller AfroamerikanerInnen nach Afrika realisieren wollte.

Dieses eigentlich europäische Rassen-Konstrukt eines vereinheitlichenden Blut-Prinzips ist auch in einer frankophonen Fassung, der zeitgleich enstandenen *Négritude* aufgenommen, die jedoch noch stärker als die *African Personality* auf einer Mystifizierung der präkolonialen Geschichte (West-)Afrikas beruhte. Erst über afrikanische Eliten, die in London und Paris studierten, gelangten schließlich anglophoner Panafrikanismus und *Négritude* im Zuge der Dekolonisierung (ab 1957) in die afrikanische Politik.

Die führenden panafrikanistischen Regierungschefs wie Kwame Nkrumah aus Ghana oder Sékou Touré aus Guinea lösten sich jedoch bald weitgehend von einem kulturalistisch-rassistischen Bezug als Grundlage ihrer Einigungsbestrebungen. An deren Stelle setzten sie eine kontinentale Solidarität der durch den Kolonialismus unterdrückten AfrikanerInnen, unabhängig von Hautfarbe oder Sprache, in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Dennoch wurden auf der Ebene nationaler Politik kulturalistische Legitimationen eingesetzt. Mystifizierungen und Traditionalismus spielen sowohl für zusammenschließende Identitätsstiftung und Nation-Building als auch für die Ausgrenzung gesellschaftlicher Minoritäten und schließlich Abgrenzung von als »unafrikanisch« (westlichen) definierten Lebensweisen bis heute eine große Rolle. Nur so ist es zu erklären, wenn Léopold Sédar Senghor, der erste Regierungschef des Senegal und Mitbegründer der *Négritude,* die Opposition seines Landes als »unafrikanisch« bezeichnete. »Unafrikanisch« sei auch Homosexualität, meinen heute Robert Mugabe aus Zimbabwe und die meisten SADC-Regierungschefs.

Die ökonomische Marginalisierung bringt den Panafrikanismus wieder ins Gespräch

Dass kulturalistische Pan-Afrika-Konzepte in der afrikanischen Politik dennoch nie eine große Rolle spielten, liegt wohl nicht zuletzt daran, dass der Rassenbezug zu eindeutig einen Ausschluss der Staaten nördlich der Sahara bedeutet hätte. Allerdings war auch dem gesamt-kontinentalen Panafrikanismus kein Erfolg beschieden. Versuche, 1960 den Nukleus eines supranationalen Staatenbundes zwischen überzeugten panafrikanistischen Staatschefs – Nkrumah, Touré und Modibo Keita aus Mali – zu schaffen, kamen über das Vertragsstadium nie hinaus. Die fehlende Einigkeit der Panafrikanisten, die Widerstände der nationalstaatlich orientierten Staatschefs sowie der Ost-West-Gegensatz ließen alle Einigungsbestrebungen scheitern. Die Gründung der *Organisation for African Unity* (OAU) im Jahr 1963 manifestierte trotz ihres Namens die endgültige Niederlage, da in ihrer Gründungscharta das nationalstaatliche Prinzip festgeschrieben und bestehende koloniale Grenzziehungen ausdrücklich bestätigt wurden. Allein im kulturellen Bereich sind gemeinsame afrikanische Institutionen und Veranstaltungen wie das panafrikanische Filmfestival *FESPACO* entstanden.

Ökonomische Marginalisierung des afrikanischen Kontinents bringt den Panafrikanismus im Zuge der Globalisierung wieder ins Gespräch. Die nationalstaatliche Variante hat ihrem Entwicklungsanspruch nicht genügen können. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ist meist nicht nur die strategische Bedeutung einzelner Staaten hinfällig, sondern auch die innerafriakanische Konkurrenz verschiedener wirtschaftlicher oder politischer Systeme nur noch Geschichte. Gegenüber den globalisierten Märkten scheint es nun erneut geboten, auf die regionalisierte Zusammenfassung der Kräfte zu setzen. In unspezifischer Form wird dies momentan häufig als Erwartung einer *African Renaissance* formuliert. Solche Auffassungen finden sich aber auch bei Gaddafi (»Afrika kann eine Macht werden wie China, Indien, sogar die Vereinigten Staaten«/ OAU-Gipfel Nov.' 99) genauso wie in der Zeitschrift *New African* und bei Organisationen in und außerhalb Afrikas, wie dem Pan African Movement (Uganda) oder der *PADA-Foundation* (Niederlande). Hier wiederholen sich teilweise die Argumentationen Nkrumahs oder Tourés aus den 50er und 60er Jahren. Demgegenüber werden aber auch skeptische Stimmen laut. So fragt die Zeitschrift *Jeune Afrique* anlässlich des OAU-Gipfels nicht nur, ob man denn tatsächlich an die »Vereinigten Staaten von Afrika« glauben soll, sondern stellt überdies fest, dass »das libysche Projekt einer supranationalen Organisation« doch eher »Angst macht«.

► **Jonas Sebhatu** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Verlierer sind Störfaktoren

Demokratie in den Zeiten der Globalisierung

von **Rasheed Akinyemi**

Demokratisierung gehört zu den Schlagworten, die in den meisten Diskussionen über die Entwicklung afrikanischer Staaten fallen. Allerdings wollen ausgerechnet diejenigen Staaten und Institutionen Afrika Demokratie vorschreiben, deren politische Forderungen dort nur mit Hilfe autoritärer Regime durchgesetzt werden können – in freien Wahlen hätten Strukturanpassungsmaßnahmen wohl keine Chance. Demokratie kann aber nicht sein ohne sozialen Ausgleich.

► In den gängigen Diskursen um Good Governance und Globalisierung wird klargestellt: Alles was nicht westlich ist, ist nicht wettbewerbsfähig, und alles was nicht kapitalistisch und nicht freie Marktwirtschaft ist, kann nicht demokratisch sein. Daher sind alle, die außerhalb der Globalisierung stehen, gefährliche Verlierer. Diese »Verlierer« nehmen als politische, wirtschaftliche und Umwelt-Flüchtlinge oder etwa als sogenannte »Fundamentalisten« Gestalt an und bedrohen die ach so »wertvollen westlichen Werte« und den Lebensstandard. Sie müssen daher von der kapitalistischen Welt abgekoppelt werden. Unter anderem sind die Verschärfung der Asylpolitik, der neue Rechtsextremismus, Nationalismus und Rassismus in Europa und Nordamerika Beweise für dieses Projekt.

Die Welt der »Verlierer« ist vor allem in den ärmeren Ländern des Südens zu finden. Hierzu zählen die meisten afrikanischen Staaten. Von diesen verlangen nun die sogenannten »Geberländer«, internationale Entwicklungsorganisationen und Finanzinstitutionen, insbesondere Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) Maßnahmen für ein *enabling environment* – frei übersetzt: die Schaffung der Voraussetzungen von Wettbewerbsfähigkeit. Im Mittelpunkt solcher politischen Bedingungen stehen Good Governance und Demokratisierung in Afrika.

»Good Governance« und »Bad Performance«

► In ihrem Bericht über Afrika, *Sub-Saharan Africa: From Crisis to Sustainable Growth,* hat die Weltbank 1989 dem Begriff *Good Governance* einen wichtigen Platz im entwicklungspolitischen Diskurs zugewiesen. Der Begriff wurde zum Leitmotiv aller Entwicklungsprogramme. Er orientiert sich vorrangig an euro-amerikanischer Demokratie und Marktwirtschaft und wird in Verbindung mit Strukturanpassungsprogrammen propagiert. Die Länder müssen Kriterien erfüllen, wenn sie von der Weltbank Kredite erhalten wollen. Diese reichen von der Verantwortlichkeit von Regierungsbeamten durch eindeutig formulierte und transparente Abläufe bis zur Entwicklung von öffentlichen Institutionen zum Wohl aller Bürger. Die öffentliche Verwaltung ist ein Schwerpunkt im Good-Governance-Modell. Hier verlangt die Bank eine weitgehende Reform und die Schaffung eines *enabling environment*, um den privaten Sektor und die Privatisierung zu fördern. Ziel dieser Bestimmungen ist es, durch Berechenbarkeit, Transparenz und Vorhersehbarkeit von Entscheidungen aus Politik und öffentlicher Verwaltung stabile Rahmenbedingungen für Investoren zu schaffen. Das Modell der *Good Governance* beabsichtigt den Aufbau eines kompetenten, demokratisch kontrollierten und legitimierten Staates. Dieser Staat soll durch ein Minimum an Eingriffen in die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ein Maximum an Wettbewerb sorgen, dadurch zu Leistung motivieren und Produktionsfaktoren nach dem Grundsatz des höchsten Ertrags zuteilen.

Demokratie ist mehr als das Ausfüllen von Wahlzetteln

Allerdings könnte die Weltbank ihre Strukturanpassungsprogramme (SAP) in Afrika nicht durchsetzen, wenn die Regierungen Afrikas tatsächlich zuerst demokratisch ihre Bevölkerung befragen würden. Die Mehrheit der Bevölkerung würde wohl die Politik der Weltbank und des IWF ablehnen, weil sie am stärksten betroffen ist und weil die Menschen auch bemerkt haben, dass die Beziehung ihrer Länder zu den Industriestaaten und zu den sogenannten Entwicklungsinstitutionen meistens der Bereicherung der Staatsklasse und deren Verbündeten im Norden dienen. Die Durchsetzung von SAP und anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist in vielen afrikanischen Staaten unter Anwendung von Gewalt seitens der Regierung geschehen, die ihrerseits unter dem Druck der Geberländer und der Weltbank/IWF stehen. Es sind Militär-Diktatoren und autoritäre Regierungen, die den Wunsch des Westens, der Weltbank und des IWF erfüllen. So hat es Proteste und Widerstände in einigen afrikanischen Ländern gegeben, die im politikwissenschaftlichen Jargon als »Brot-Revolte« oder *Food-Riots* bekannt geworden sind. Die Menschen in den Entwicklungsländern sollten genau überprüfen, was die Industriestaaten in Wirklichkeit meinen, wenn sie von *Good Governance, liberaler Demokratie* oder auch von *Menschenrechten* sprechen.

Die Ursachen für Afrikas »bad performance« im kapitalistischen Weltmarktsystem sehen viele vor allem in endogenen, hausgemachten, Faktoren. Dazu zählen u.a. fachliche Inkompetenz und Exekutivschwäche der öffentlichen Institutionen; Bevölkerungswachstum im Verhältnis zu den Möglichkeiten eigener Nahrungsmittelproduktion; Korruption der Beamten, Ineffizienz der Ressourcenallokation und mangelhafte Haushaltsdiziplin (bad governance); mangelnde Demokratiefähigkeit und fehlende Mechanismen friedlicher gesellschaftlicher Integration; negative Handelsbilanz durch sinkendes Handelseinkommen bei steigendem Konsumbedürfnis der Eliten nach Importgütern.[1]

Tatsächlich sind die politischen Organisationen und ihre Strukturen in Afrika allgemein schwach ausgebildet. Die meisten politischen Parteien – ausgenommen der ANC und einige Parteien in frankophonen Staaten – sind auf ethnische oder regional begrenzte Partizipation und Mobilisierung beschränkt. Das Fehlen einer breiten Legitimationsbasis verstärkt noch eine Ethnisierung der Politik. Die Programme der Parteien reflektieren keinen langfristigen Strukturwandel, sondern sind für die jeweiligen Interessen der politischen Klasse oder der Parteiführung maßgeschneidert. Nach diesem Schema kann es keine langfristigen »policies« geben, und die Beziehung zwischen der Regierung und der Verwaltung führt sicher zum *bad governance*.[2]

Dennoch sind der Eurozentrismus und die Kurzsichtigkeit der seit längerem in Wissen-



»Genocide«, Figuren von Tapfuna Gutsa — Foto: Ausstellungskatalog »South meets West« (s. S. 31)

schaft und Öffentlichkeit gängigen Reduzierung auf endogene Erklärungen offenkundig. Die gesellschaftliche Konstruktion Afrikas unterliegt historisch bedingten Prozessen – dem europäischen Sklavenhandel von Afrika in die »Neue Welt«, Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus. Hinter diesen Realitäten verbergen sich die Hauptursachen der afrikanischen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Krise und Unterentwicklung. Die heutigen Zustände, die man – teilweise sicher zu recht – den neuen Machtinhabern Afrikas zur Last zu legen versucht, müssen im Kontext von »Neo-Kolonialismus« und Globalisierung untersucht werden.

Postkoloniale Demokratie

► Auch zeigte sich bereits in den politischen Prozessen nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten, die vielerorts geprägt waren durch militärische Staatsstreiche, Putschversuche und Einparteienherrschaften, dass die europäischen Demokratie-Modelle für die unabhängigen neokolonialen Staaten Afrikas ungeeignet waren. Der andauernde Kampf um nationale Unabhängigkeit in einigen Gebieten Afrikas deutet zudem darauf hin, dass die nachkolonialen politischen Arrangements nicht im Interesse aller Volksgruppen innerhalb des Nationalstaates gestaltet sind. Dennoch geht die Zeit Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahr in die Geschichte Afrikas als »zweite Befreiungsdekade« ein. Die Welle der zweiten Demokratisierung führte in einigen kleinen Staaten wie Benin, Kap Verde, dem Kongo, Madagaskar, Mali und Sambia durch Wahlen zu friedlichen Regierungswechseln. In Ghana wurden die regierenden Machthaber wieder ins Amt gewählt. In einigen Ländern wurden Nationalkonferenzen einberufen oder Referenden als Mittel zum Regierungswechsel abgehalten. Insbesondere in den südlichen Staaten konnten erfolgreiche Demokratisierungsprozesse verzeichnet werden. Das Apartheid-Regime in Südafrika wurde zur demokratischen Wahl geführt und auch in Mosambik, Angola, Namibia und Tansania fanden Wahlen statt, die den Weg zur Demokratie freimachten.

Ungeachtet dessen muss betont werden, dass zur Demokratie viel mehr gehört als das Ausfüllen von Wahlzetteln. Die in der zweiten Demokratie-Welle erreichten Erfolge sind noch in Gefahr, solange keine gesellschaftlichen, politischen, institutionellen und strukturellen Reformen folgen. Die politischen und wirtschaftlichen Reformen können aber nur von den Afrikanern selbst herbei- und durchgeführt werden und nicht durch Einschüchterung, Erpressung oder Konditionalitäten von außen. Denn die »antagonistischen Kräfte und Störfaktoren, welche die säkulare demokratische Revolution hervorbringen wird« (Tetzlaff), sind bereits vorhanden. Diese Kräfte sind aber weder anti-demokratisch noch sind sie Störfaktoren. Es sind Frauen und Männer, Bauern und Arbeiter, die durch die Afrika und anderen Entwicklungsländern aufgezwungenen konservativen Strukturanpassungsprogramme des Westens und ihre tragenden Finanz- und Entwicklungsinstitutionen zu arbeitslosen, obdachlosen und zukunftslosen Menschen geworden sind.

Die »demokratische Weltrevolution« kann sich also nicht in einem sozialen und ökonomischen Vakuum durchsetzen, wo die Ungleichheit zwischen dem sogenannten reichen Norden und dem armen Süden immer größer wird und die sozialen Ungleichheiten in den Ländern und zwischen den Menschen offensichtlich unhaltbar geworden sind. Es genügt nicht, über die Vertreibung und den Sturz der Diktatoren zu jubeln, wenn gleichzeitig behauptet wird, dass Afrika keine Zukunft im forcierten Globalisierungsprozess hat. Statt die Menschenrechte zu verherrlichen, muss wesentlich mehr getan werden, um den »in der europäischen Aufklärung geborenen und von der Französischen Revolution in die Welt gesetzten Menschenrechtsideen« (Tetzlaff) universelle Gültigkeit zuschreiben zu können. Denn durch die bislang herrschenden ungerechten Verteilungsprozesse und die immer größere Kluft zwischen Norden und Süden, zwischen reichen Ländern und armen Ländern, ist die Menschenrechtsidee verloren gegangen.

Anmerkungen:

1 Nach: Tetzlaff, Reiner, Die Konsequenzen der Globalisierung für Afrika, in: Nord-Süd aktuell, 3/1996.

2 Zur Wirklichkeitsferne des Good-Governance-Konzept in vielen (neo)patrimonial strukturierten afrikanischen Staaten und zum Fallbeispiel Kamerun, wo Korruption als durchaus marktwirtschaftliches Prinzip fungiert und nicht zuletzt durch SAP (verschlankter Staat) noch gefördert wird, *s. iz3w Nr. 234.*

► **Rasheed Akinyemi** ist Lektor am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien und am Institut für Geographie der Universität Salzburg. Der hier gekürzte und überarbeitete Beitrag ist zuerst erschienen in: Christof Parnreiter u.a. (Hg.): Globalisierung und Peripherie. Brandes & Apsel, Frankfurt 1999, 288 S., 39,80 DM.

Coloured Wildlife

Afrika in Reiseführern

von **Tina Goethe**

► East Africa. Auf dem Buchdeckel des *lonley planet* Reiseführers ist der Kopf eines Schwarzen im Profil abgebildet. Die Silhouette ist dunkel, ohne jede Abstufungen. Sie dient lediglich als Kulisse für den aufwändigen traditionellen (?) Schmuck, den er an Ohr und Hals trägt. Unterm Foto ist zu lesen: »Includes 32-page colour wildlife guide«.

In Reiseführern werden in besonderem Maß Bilder und Projektionen präsentiert. Das beschriebene Cover des Ostafrika-Reiseführers aus dem lange als alternativ und anspruchsvoll geltenden Verlag *lonely planet* steht exemplarisch für die exotisierenden Darstellungen Afrikas und seiner Bevölkerung in dieser Literaturgattung wie in der Reisebranche allgemein.

Tourismus lebt von Klischees, bewirbt und verkauft Stereotype, Bilder und Projektionen der zu bereisenden Länder. Reiseführer nehmen neben Werbeprospekten und Reisekatalogen eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen Kunde (TouristIn) und Produkt (Reiseland) ein. Ihre Aufgabe ist es, Verbraucherinformationen für den erfolgreichen Verlauf (Konsum) der Reise (des Produkts) zu geben. Je nach Reiseform wird Reiseführern unterschiedliche Bedeutung zugestanden – am ehesten sind IndividualtouristInnen auf sie angewiesen. Und je nach Zielgruppe verfolgen sie unterschiedliche Ansprüche und differieren daher stark im Informationsangebot. Alle jedoch geben vor, (Hintergrund-) Wissen über Land und Leute zu vermitteln, das dem »Verstehen« und der Orientierung im fremden Land dienlich sein soll. Bei näherer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Reiseführer viel eher die Klischees der TouristInnen bedient, als dass sie anstrebten, einen differenzierten Eindruck über Land und Bevölkerung zu vermitteln. Reiseführer sind fast ausschließlich Fremddarstellung, in den seltensten Fällen Selbstdarstellung. Dargestellt wird, was Reisende sehen wollen und sollen, nicht was »Bereiste« zeigen wollen.

In der Studie »Vorbereitung für Verständigung« analysiert Anke Poenicke das Afrika-Bild in deutschen Reiseführern.[1] Sie kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere die fotografische Darstellung sich nur wenig von den typischen Bildern in der Reisewerbung unterscheidet. Gerade in Kenia-Reiseführern überwiegen die Klischees: Fotos von Löwen, Leoparden, Stränden und Hotelpools erwecken »beim schnellen Durchblättern den Eindruck relativ menschenleerer Gebiete, und wenn dann Menschen vorkommen, sind es meist Massai oder ähnlich traditionell gekleidete Menschen – Städter oder Städterinnen sind bei den Großaufnahmen rar.« Afrikanische Menschen sind meist schlecht zu erkennen, weil die Fotos zu dunkel sind bzw. aus zu großer Entfernung aufgenommen wurden. Demgegenüber treten TouristInnen in schicker europäischer Tropenkleidung auf, die mit ihrer selbstsicheren Haltung auch in ungewohnter Umgebung als Nachfolger der »Entdecker« und Kolonialisten wirken. Auch in Terminologie und Themenauswahl werden (rassistische) Stereotypisierungen, mal direkter, mal subtiler (re)produziert. »Üblich ist es, zuerst die Tiere und dann die Menschen abzuhandeln, meist mit einer Überleitung, die eine Parallele zieht zwischen der Vielfalt der Tiere und 'Ethnien'.« Menschen und Tiere erscheinen so gleichermaßen als exotische Attraktionen. Gerade die Analyse der im Text verwendeten Terminologie macht deutlich, dass auch in der Reiseliteratur Afrika und Europa häufig mit unterschiedlichen Begriffen dargestellt werden. »Das führt fast automatisch dazu, dass Afrika dann wieder primitiv und im Vergleich unterlegen wirkt.« So ist in den Texten immer noch von Stämmen, viel von Ethnien und Völkern die Rede, die zudem meist mit verallgemeinernden Adjektiven versehen werden. Man erfährt von »flinken Kikuyus«, »stolzen Massai« und »kriegerischen Turkana«. »Kriegerisch scheinen aus deutscher Sicht überhaupt viele Kenianer zu sein, was aus der Geschichte der eigenen Gesellschaft einigermaßen bizarr anmutet.«

Goddy Leye, 'Visa', 1999, »South meets West«

Zusammenfassend kommt Poenicke vor allem in Bezug auf die Kenia-Literatur zu dem Schluss: »Das Bild, das bleibt, ist sonst weiterhin das eines Landes (bzw. in der üblichen Verallgemeinerung eines Kontinentes), in dem nur oder vor allem die Europäer agiert haben und agieren, die Kenianer (bzw. die Afrikaner) aber als passive und anonyme Masse in statischen Gesellschaften schon immer gelebt haben und am liebsten weiterhin leben.«

In den Büchern zu westafrikanischen Reiseländern wird ein etwas anderes Bild vermittelt. »Autorinnen und Autoren wie Reisepublikum scheinen hier weniger nach 'Out of Africa' dafür manchmal mehr nach 'Ethnokleidung, -musik etc.' (was immer darunter zu verstehen ist) zu suchen.« Mit der einzigen reiseführerischen 'Selbstdarstellung' gelingt dem Ghanaer Cobbinah[2] ein herausragendes Positivbeispiel. Sein Reisebuch über Ghana schafft es, Menschen als aktive und unterscheidbare Personen darzustellen, die nicht vornehmlich als TrägerInnen einer dekorativen Tradition herhalten. Ghana erscheint als ein Land mit Geschichte und Gegenwart, mit Natur und Gesellschaft. »Cobbinahs oft humorvolle Kommentare erklären zum einen stimmig Dinge, die Fremde sonst nicht verstehen, also im doppelten Sinnen nicht »sehen« würden, und beherrschen dabei zum anderen die Kunst, über sich selber zu lachen.«

Anmerkungen:

1 Vorbereitung für Verständigung? Deutsche Reiseführer zu Ländern Afrikas auf dem Prüfstand. Anke Poenicke, Pro Afrika e.V., im Auftrag der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn.

2 Jojo Cobbinah: Ghana. Praktisches Reisehandbuch für die »Goldküste« Westafrikas. Peter Meyer Reiseführer, Frankfurt 1999.

► **Tina Goethe** ist Mitarbeiterin von **FernWeh** im **iz3w**.

Afrika ausgestellt

Aus dem Museum in den Alltag

► Eine 1989-1990 im Tropenmuseum Amsterdam gezeigte Ausstellung »White on black – Bilder von Schwarzen in der populären Kultur des Westens« wurde mit einem Zitat von Alice Walker betitelt, das das verzerrte Bild der EuropäerInnen von AfrikanerInnen zum Ausdruck bringt: »Ich sehe unsere Brüder und Schwestern, Mütter und Väter, in Bildern gefangen und in Bilder gezwungen, die sie sich nicht ausgedacht haben.« Über zweitausend Darstellungen von AfrikanerInnen veranschaulichten aktuelle Projektionen und deren historische Hintergründe, wie Sklaverei und Kolonialismus. Bahnbrechend an der Konzeption aber war die Verknüpfung dieser Zusammenhänge mit dem aktuellen Rassismus.

Bislang sind erst wenige deutsche Völkerkundemuseen von der rein materiellen Präsentation abgerückt und haben vergleichbare gesellschaftspolitische Stellungnahmen präsentiert. Um so beachtlicher sind Ansätze kritischer EthnologInnen, die aktuelle Stereotypen aufgreifen und deren historische Hintergründe kontextualisieren. Die Wanderausstellung junger Berliner EthnologInnen mit dem provokanten Titel »Menschen Neger Fresser Küsse« arbeitet Afrikaprojektionen und Zerrbilder von AfrikanerInnen anhand historischer Dokumente sowie in unserer Alltagskultur auf. Das aktionsorientierte Vorgehen zeigt sich in der kritischen Auseinandersetzung mit Völkerschauen im Berliner Zoo sowie in der Darstellung von AfrikanerInnen als Lampen- und Tablettträger in Edelkaufhäusern. Die Konfrontation mit AfrikanerInnen als Werbeobjekten schließt regional vergleichende und historische Perspektiven ein, wie die Verbreitung von »Mohrenapotheken« in Süddeutschland oder die Herleitung des »Mohrenkopfes« im Emblem einer Brauerei. Bemerkenswert sind die Einblicke in die katholische Alltagskultur, denn bis in die 1970er Jahre forderten »Nickneger« in Weihnachtskrippen katholischer Kirchen landesweit die Tribute der Gläubigen: Spendenbüchsen in Form kniender AfrikanerInnen dankten beim Münzeinwurf mit untertänigem Nicken. Wenngleich sie in den 1980er Jahren durch »politisch korrektere« drehende Weltkugeln ersetzt wurden, appellieren bis heute hilflos blickende Kinder auf den Plaketen der kirchlichen Hilfswerke an das Mitleid der SpenderInnen.

Welche Spuren derartige Projektionen bei Kindern und Jugendlichen hinterlassen, zeigen Göttinger EthnologInnen auf, die das Afrikabild deutscher SchülerInnen dokumentieren. Über zwei Jahre sammelten sie Zeichnungen und Aufsätze an unterschiedlichen Schultypen im gesamten Bundesgebiet und entwickelten daraus ein Ausstellungskonzept. Wenngleich die Aufsätze durchgängig von orthographischen Fehlern wimmeln, sind sich die SchülerInnen einig in der Darstellung der AfrikanerInnen als »geistlos, rückständig, und ohne Entwicklungshilfe nicht lebensfähig« (Blache/Spinner 1996). Die Ausstellung setzt derartigen Einschätzungen Stellungnahmen und Selbstbilder von AfrikanerInnen entgegen und bietet somit Ansatzpunkte zur Selbstreflexion.

Rassistischen Projektionen erteilte auch die Sonderausstellung »Portait Afrika« eine Absage, die Anfang dieses Jahres im Berliner Haus der Kulturen der Welt gezeigt wurde. Diese bislang umfangreichste Retrospektive des künstlerischen Schaffens afrikanischer FotografInnen zeichnete sich durch sozialkritische Bilder aus, die Einblicke in die Dynamiken des urbanen Afrika eröffneten (vgl. die Bilder auf S. 20 und 26). Mit der Bandbreite der Portraits wurde auch die Geschichte der sehr eigenen Bildersprache in einzelnen Ländern des Kontinents dokumentiert.

Ausstellungskataloge:

- Blache, Joelle / Spinner, Gudrun u.a. (Hg.): »Was fällt Dir zu Afrika ein?« Das Afrikabild bei Kindern und Jugendlichen. Lit-Verlag, Münster/Berlin 1996.
- Haus der Kulturen der Welt (Hg.): Portrait Afrika: Fotografische Positionen eines Jahrhunderts. Rucksal Druck, Berlin 2000.
- Lorbeer, Marie / Wild, Beate (Hg.): Menschen Neger Fresser Küsse – Das Bild vom Fremden im deutschen Alltag. Elefanten Press, Berlin 1991.
- Nederveen Pieterse, Jan: White on black – Images of Africa and Blacks in Western Popular Culture. Yale University Press, New Haven/London 1992.

Rita Schäfer

South meets West

► »Kunst ist ein hervorragender Indikator dafür, welches Bild der Westen (oder Norden) von den terrae incognitae des Südens entwerfen will«, erläutert Bernhard Fibicher von der Kunsthalle Bern in dem Katalog zur Ausstellung *South meets West*. Im November ´99 in Accra, Ghana, eröffnet, ist sie nun bis Ende Juni in Bern zu sehen.

Bis vor gut 10 Jahren hieß »afrikanisch« in der europäischen Kunstwelt: primitiv, skulpturell und körperlich. Ausgestellt wurden urtümlich wirkende Masken, Büsten von Chiefs und Brüste von Göttinnen, produziert von namenlosen, schwarzen und männlichen Künstlern. So halfen EuropäerInnen mit, dass Afrika traditionell blieb – sie halfen Tradition bewahren und kamen sich gut und wichtig dabei vor. Hatte man doch nun nicht mehr die Rolle der Kolonialisten und Zerstörer, sondern die der EntwicklungshelferInnen inne.

Die von einem internationalen Kuratorium (Zimbabwe, Elfenbeinküste, Schweiz) ausgewählten Werke der 14 KünstlerInnen aus Süd- und Westafrika zeigen, dass afrikanische Gegenwartskunst nichts mit diesen Zuschreibungen zu tun hat (s. Titelfoto, S. 29, 30 und 34). Schwarze und weiße KünstlerInnen, aus Afrika und aus dem Exil, thematisieren politische und soziale Probleme afrikanischer Länder: Krieg, Rassismus, Gewalt, Korruption. Andererseits kommt die individuelle Positionierung zwischen ethnischen, religiösen, sexuellen und klassenspezifischen Identitäten zum Ausdruck.

Der Katalog zur Ausstellung beinhaltet neben der Illustration der Kunstwerke Texte über die Auswahl der KünstlerInnen, zur Tätigkeit von KuratorInnen im europäisch-afrikanischen Kontext, zur Entwicklung afrikanischer Kunst und die Identität des afrikanischen Künstlerseins. Mit Auszügen aus dem Gästebuch zur Ausstellung versteht sich der Katalog damit auch als spontane und reflektierte Rezeption. Bemerkenswert an Ausstellung und Katalog ist, wie nationale Zuschreibungen von KünstlerIn und Werk konsequent vermieden werden, ohne deshalb soziale und kulturelle Kontextualisierungen zu vergessen.

National Museum Accra, Kunsthalle Bern, Historisches Museum Bern (Hg.): South Meets West, Bern 2000.

Tina Goethe

Comics, Bilder- und andere Kinderbücher spiegeln Vorstellungen wider, die sich eine Gesellschaft – zum Beispiel von Afrika – macht. Denn zum einen sind Kinderbücher reich »bebildert« und vermitteln mit einfachen Worten Vorstellungen vom Anderen und Fremden, zum anderen wirken Bilder während Kindheit und Jugend besonders nachhaltig. Die Analysen neuerer und früherer deutscher Kinderliteratur zeigen sehr deutlich eine Kontinuität von Stereotypen, wenngleich der offene Rassismus einer versteckteren Form gewichen ist.



Der Neger Nobi

Autor: Ludwig Renn; Zeichnungen: Roberto Alonso; DDR, 1982, (als Fortsetzungscomic) Das Buch von Ludwig Renn »Der Neger Nobi« erschien 1955 und stand auf dem Lesekanon für den Deutschunterricht. Später hieß das Buch nur noch Nobi, da der Begriff Neger nicht mehr verwandt wurde. Die Geschichte dreht sich um einen schwarzen Helden, dessen soziales Engagement vorbildlich ist, als Schmied schmiedet er beispielsweise die Fesseln der Sklaven so locker, dass sie entkommen können. Zwar geht es um einen schwarzen Helden, der aber durch und durch ein »Naturmensch« ist – mit engem Verhältnis zu wilden Tieren.

Afrika in Hütten

Neue Kinderliteratur nach alten Mustern

von **Kodjo Attikpoé**

► Die kritische Auseinandersetzung mit Kinderbüchern über Afrika fängt bereits beim Titel an: Hein Buddelschipp in Afrika, Meike und Tim in Afrika, Pipoli in Afrika, Barbie in Afrika, Heiße Spur aus Afrika – diese Titel stammen nicht etwa aus den sechziger und siebziger Jahren, sondern aus den Neunzigern – und die Liste ließe sich fortführen. In dieser Etikettierung »Afrika« wird das im kollektiven Bewusstsein der Europäer vorherrschende Afrikabild deutlich. Afrika ist Inbegriff des Wilden, ist Dschungel, verlorenes Paradies. Von der geographischen Lage der einzelnen Länder Afrikas herrscht dagegen eine völlig verschwommene Vorstellung.

Eine inhaltliche Betrachtung der Bücher macht deutlich, dass Afrika häufig nur als exotische Kulisse für eine rein deutsche Handlung dient, wie z.B. in »Brief aus Afrika«. Hauptperson dieser Erzählung ist die neunjährige Sandra, deren Eltern geschieden sind. Sandra lebt bei ihrer Mutter und vermisst den Vater, der als Bergbauingenieur in Zaire arbeitet. Eines Tages darf sie ihn besuchen. Die beiden machen gemeinsam eine Safari-Tour. Die im Land lebenden Menschen spielen im Gegensatz zu den Tieren kaum eine Rolle. In wenigen Randbemerkungen wird ein Bild voller Klischees gezeichnet: Da ist die Rede von Frauen, die ihr Baby auf dem Rücken haben, während das nächste schon im Bauch wartet. Nach Aussage des Vaters leben die Leute wie in früheren Jahrhunderten und sind nicht fähig, an morgen zu denken.

Die exotischen Abenteuer in idyllischer Landschaft werden schon auch mal mit Umwelt- oder Tierschutz aufgepeppt. So bringt »Barbie in Afrika« Tierschützer auf die Spur gewissenloser Wilderer. In »Afrika hinterm Zaun« steht ausnahmsweise ein afrikanischer Mensch im Mittelpunkt. Aus der Perspektive eines Kindes wird hier von der Nachbarin aus Kamerun in einer europäischen Reihenhaussiedlung erzählt. Während der Ehemann der Nachbarin immerhin noch eine richtige Sprache, nämlich Französisch spricht, wird die Muttersprache der Kamerunerin als »irgendwas« herabgewürdigt. Die Tatsache, dass die Frau einen französischen Namen trägt, erklärt sich das Kind damit, dass sie in ihrer Sprache möglicherweise keinen Namen hat. Aus Heimweh baut sich die Afrikanerin Desirée eine Lehmhütte in den Garten.

Überhaupt scheinen »Hütten« ein charakteristisches Merkmal für Kinderbücher über afrikanische Länder zu sein. Gern wird der Afrikaner in seiner »Hütte« mitten im »Busch« dargestellt. Die Tatsache, dass sich eine Erzählung an einem ländlichen Ort abspielt, ist an sich noch kein Grund zur Kritik. Auch die Handlung vieler afrikanischer Kinderbücher ist im ländlichen Raum angesiedelt. Doch die Ausschließlichkeit, mit der das ländliche Milieu dargestellt wird, führt zu einer einseitigen und verzerrten Darstellung der Realität. Was ist zum Beispiel mit dem städtischen Raum und den darin lebenden Menschen? Darüber gibt es praktisch keine Bücher. Die Vorstellung des primitiven, in seiner Hütte lebenden Afrikaners wird romantisiert und der Eindruck erweckt, AfrikanerInnen würden sich nicht nach besseren Lebensbedingungen sehnen.

Auf den ersten Blick hat sich im Sprachgebrauch einiges geändert. Begriffe wie »Neger« werden heute kaum noch verwendet. Doch die »andere« Hautfarbe wird nach wie vor stark betont. Nicht nur Bilder wie »...die Farbe gebrannten Kaffees« kommen häufig vor, Formulierungen wie »Viele dunkle Gestalten begegnen uns...« beinhalten vielmehr eine negative Konnotation und sind Ausdruck versteckten Rassismus. Die Neigung, die ohnehin offensichtliche andere Hautfarbe immer wieder zu betonen, macht das »Weiße« zur positiven Norm und bietet Nährboden für rassistische Einstellungen.

Europäische AutorInnen sollten, wenn sie über Afrika schreiben wollen, sich vor Ort informieren und sachlicher, realistischer schreiben. Urlaubs- und Safarigeschichten gibt es schon genug, vielmehr müssten politische, kulturelle und soziale Hintergründe besser beleuchtet werden. Noch wichtiger wäre es, mehr afrikanische Kinderliteratur zu übersetzen und Kindern hier zu Lande zugänglich zu machen.

Ω**Kodjo Attikpoé** aus Togo hat am Institut für Jugendbuchforschung in Frankfurt/Main über das Afrikabild in der deutschsprachigen Kinder- und Jugendliteratur promoviert.
(aus: Guck mal übern Tellerrand, Welthungerhilfe 1998)

»Heia Safari«
Afrika-Geschichte(n) im deutschen Kinderbuch

von **Gertrud Selzer**

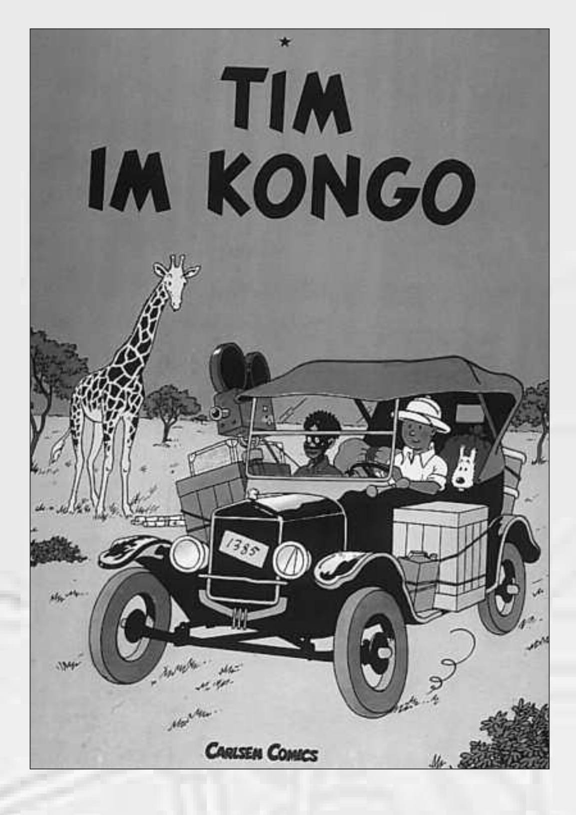
► Pippi Langstrumpf sorgte in den fünfziger Jahren für Wirbel, da sie dem bisher gültigen Bild des aufopferungsvollen und ans Heim gefesselten Mädchen tatkräftig widerspricht. Soweit so gut, wäre da nicht die Reise ins ferne Taka Tuka Land. Gemeinsam mit ihrem Vater, dem »Negerkönig«, herrscht sie über 126 Eingeborene, die sich in Baströckchen kleiden, große Ohrringe tragen, ständig trommeln und sich mit ihrem kindlichen Gemüt fröhlich dem weißen König unterwerfen.

Die ersten Berichte für Kinder waren im vorletzten Jahrhundert Reiseberichte, in denen die »Wilden« als schöne, wenn auch andersartige Menschen beschrieben wurden. Diese Bewertung änderte sich mit dem Beginn der deutschen Kolonialherrschaft 1883/84. Die Reiseberichte dienten zwar weiter als Vorlage, wurden aber eingebunden in eine rassistische Rechtfertigung der wirtschaftlichen Ausbeutung der Kolonien. Das Leben in den Kolonien war eine einzige Kette von Abenteuern, die allesamt deutsche Helden und Sieger kannten.

Mit dem Hererokrieg 1904/05 trat auch die Kinderliteratur in eine neue Phase. Der deutsche Vernichtungskrieg wurde zum Gegenstand von Abenteuerbüchern. Das Vokabular änderte sich, Schwarze wurden zu Mordbuben und schwarzen Teufeln, die anonym und in Massen erschienen. Anders als in der Realität wurden Deutsche in den Büchern nun zu Opfern. Nach dem Ersten Weltkrieg warben Kinderbücher für die Wiedereroberung der Kolonien. Eine Verherrlichung des deutschen Terrors in Afrika war dabei eine vaterländische Ehrensache. Die Nazis nahmen zum Beispiel das Kinderbuch ‚Heia Safari' von General Paul von Lettow-Vorbeck, einer der großen Herero-Schlächter, in alle Schulbüchereien auf. Neun Auflagen erreichte es bis 1952.

In der DDR herrschte nach dem Zweiten Weltkrieg ein günstigeres kulturpolitisches Umfeld für Kinder- und Jugendliteratur. Viel früher als in den BRD-Büchern haben Schwarze eigenständige Gesichtszüge, sind Subjekte von sozialen Kämpfen vor dem Hintergrund staatlicher Konflikte und historischer Ereignisse: sei es der Kampf der Kikuyu in Kenia oder die Apartheid. Zahlreiche Geschichten- und Märchensammlungen afrikanischer KünstlerInnen wurden publiziert. In der BRD dagegen tummeln sich bis in die siebziger Jahre hinein immer noch die Mohren. Expeditionsberichte wurden wieder und wieder aufgelegt. Nicht selten spielten einheimische Tiere die Hauptrolle, als gäbe es in Afrika keine Menschen. Erst Ende der 70er erscheinen in nennenswerter Zahl bessere Kinderbücher mit einem differenzierten Bild von Afrika. Zugenommen hat das Interesse von LeserInnen an Büchern von AutorInnen und IllustratorInnen aus Afrika.

Immer noch gibt es jedoch verdeckten und auch offenen Rassismus in der Kinderliteratur: Pädagogisch gut meinende Zeigefingerbücher, mit denen ein schlechtes Gewissen erzeugt wird und der Überfluß an Süßigkeiten hier, den Hunger anderswo erklärt. Häufig sind Menschen aus Afrika nur die Kulisse oder Lokalkolorit für die Abenteuer der Weißen. Selbst eine offene biologistisch-rassistische Darstellung ist im Jahre 2000 kein Tabu. »Ihre Augen waren tiefblau, was in Ägypten sehr selten war, und ihre schlanke, anmutige Gestalt hatte nichts von der derben Plumpheit der Sklaven und Gelegenheitsarbeiter.« (McGraw, Eloise Jarvis Tochter des Nils, Weinheim 2000, S.25)



Tim im Kongo

Der Comic des Belgiers Hergé entstand erstmals 1930/31 und wurde nach dem Krieg 1946 überarbeitet. Die Geschichte lebt von unzähligen Slapstick Elementen. Die schwarzen Menschen werden von korrupten Weißen und ihren eigenen »Medizinmännern« betrogen. Die Illustrationen zeigen eine große Anzahl stereotyper, rassistischer Klischees. Jeden einzelnen Weißen kann man genau und individuell unterscheiden, die Schwarzen sehen alle gleich aus, mit wulstigen Lippen, europäischen Kleiderfragmenten und ohne eigene Sprache. Ohne Tim und seinen Freund Struppi wären sie völlig verloren. Dieser Comic wird vom Carlsen Verlag seit 1976 immer wieder auf den Kinder- und Jugendbuchmarkt gebracht.

Ω **Gertrud Selzer** ist Mitarbeiterin der Aktion 3. Welt Saar und bietet zu diesem Thema eine ausführliche Vortragspräsentation an: »Neger, Mohren, Bimbos – Rassismus in der Kinderliteratur. Eine Spurensuche am Beispiel Afrikas«.

__Infos__ und eine Liste empfehlenswerter Literatur: Aktion 3.Welt Saar; Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim, Telefon: 06872/9930-56, e-mail: a3wsaar@t-online.de



Bunte Eintönigkeit

Multikulturalismus und Afrika-Rassismen

von **Simon Paulenz**

► Die beliebtesten Afrika-Rassismen im weißen Herrschaftsbereich werden von jenen Interessengruppen produziert, die sich um die Verwertung der Ware »Afrika« mühen – Massenmedien, Entwicklungshilfevertreter, Weltbank etc.. In Begleitung ihrer Kritiker – im Normalfall anachronistische afrika-kultische Freundesgesellschaften mit idealistischen Zügen wie etwa ökumenische Hilfsorganisationen, Gesellschaften zur Rettung bedrohter Völker oder panafrikanistische Bewegungen – repräsentieren sie die ganze bunte Eintönigkeit gegenwärtiger Ideologie. Dass einem zunächst nur das Bunte am Eintönigen ins Auge springt, zeigt lediglich, wie erfolgreich die ideologischen Mühlen mahlen. Die Schwierigkeit besteht darin, mit der Eintönigkeit die Vielfalt zusammenzudenken. Nur auf diese Weise wird man erkennen können, welche dieser Ideologien unangenehm und welche ekelhaft sind.

► Das Muster des Multikulturalismus, das Menschen aufgrund vermeintlich gemeinsamer Eigenschaften zu Gemeinschaften wie Ethnien, Völker oder Nationen verschweißt, folgt der gleichen Logik wie der Rassismus. Simon Paulenz argumentiert in diesem Beitrag anhand von Afrikabildern, dass beide Formen der vereinheitlichenden Betrachtung des »Anderen« Ausdruck kapitalistischer Denkform sind: Diese bringt unterschiedliche konkrete Einzelheiten auf einen vom Besonderen abstrahierenden gemeinsamen Nenner (Geld wie Volk). Der Beitrag lenkt damit den Blick weg von den Bildern selbst, hin zu ihrer Funktion für die Träger und auf deren gesellschaftlichen Zusammenhang. Mit diesem Text setzen wir unsere Reihe zu Multikulturalismus und Rassismus *(s. iz3w 243-245)* fort.

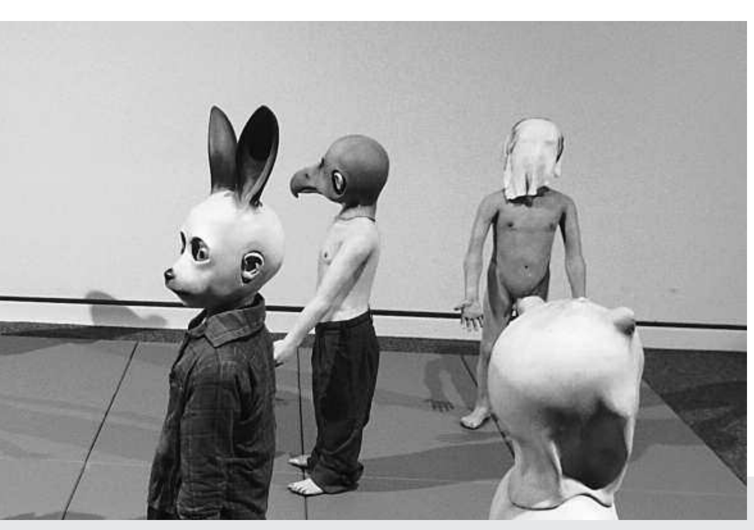
Zur letztgenannten Variante ist die immer noch erfolgreichste Methode zur Verwertung von Afrika-Bildern zu zählen – plumper Rassismus, wie er von Blättern und Sendern des gehobenen Geschmacks kolportiert wird: »Die beiden Völker der kleinen zentralafrikanischen Republik Ruanda, die Hutus und die Tutsis, fallen übereinander her. Sie sprechen die gleiche Sprache und sind äußerlich kaum voneinander zu unterscheiden. Doch das hindert sie nicht.«[1] Afrika erscheint in dem hier willkürlich herausgegriffenen »Bericht«, wie es die meisten Bewohner des weniger materiell gebeutelten Teils der Erde gebrauchen können: als geschichtslose Gemeinschaft zahlreicher Völkchen, die sich doch alle in ihrer Schwärze und ihrem kriegerischen Wesen gleichen. Die Jahrtausende alte Geschichte des Warentauschs hat die sich in solchen vereinheitlichenden Zuschreibungen ausdrückende Fähigkeit zum Bewerten und Vergleichen zur Grundausstattung des Denkens entwickelt. Die Einteilung in höher- und minderwertige Arbeitskraftbehälter ist damit in kapitalistischen Zeiten zum nie zuvor in dieser Allgemeinheit beherrschten Handwerk geworden. Nebenbei besorgen sich die Bürger mit ihrer Menscheneinteilerei Kitt für ihre brüchige, weil krisengeschüttelte und abstrakter Herrschaft unterworfene Identität. Mit Blick auf die barbarische, schwarze Afrikanervölkergemeinschaft lässt sich jedes noch so jämmerliche weiße Bürgerdasein leichter legitimieren.

Afrika erscheint als geschichtslose Versammlung zahlreicher Völkchen

Diese Legitimation ist freilich nationalisiert, d.h. wenn es um mehr oder weniger ekelhafte Varianten der Bilder von Afrika geht, muss über Deutschland gesprochen werden. Die Tradition des deutschen Afrika-Rassismus mag zunächst ein bekannter und kompetenter Vertreter derselben erhellen. Es handelt sich um Carl Meinhof, Inhaber des ersten ordentlichen Lehrstuhls für Afrikanische Sprachen (1909) und heute anerkannte »Vaterfigur« der deutschen Afrikanistik: »Die erste Voraussetzung für artgemäße Erziehung ist, dass der Unterricht der Schüler nicht in europäischer Sprache geschieht, sondern in der Muttersprache des Afrikaners.« Meinhofs Begründung dieses Lehrplans lautete, dass Afrikaner, sobald sie eine europäische Sprache erlernt hätten, »sich als halbe Europäer vorkommen, und bei der Neigung des Afrikaners zu Eitelkeit anfangen (...), unerträglich zu werden. Sie mögen nicht mehr Handarbeit tun, sondern wollen irgendeinen Posten bei der Verwaltung haben.«[2]

Vielleicht hat Meinhof bei seinen Vorgaben an Frankreich gedacht. Das französische Herrenmenschentum ist in Afrika nämlich bis heute von der Idee beseelt, dem gemeinen Afrikaner französische Sprache und Kultur nahezubringen. So verweist man in Frankreich etwa mit Stolz darauf, in Benin das Quartier Latin Afrikas, die angeblich geistige Elite des Kontinents, herangebildet zu haben. In Deutschland unterscheidet der Durchschnittsrassismus hingegen zwischen ordentlich arbeitenden Rassen – zuvorderst Deutsche – und solchen, die es angeblich nicht können oder wollen: Nichtsnutze oder raffgierige Kapitalisten. Was es bedeutet, das Etikett des raffenden Kapitals angeheftet zu bekommen und damit zur verhassten Personifizierung abstrakter Herrschaft zu werden, haben Juden im Nationalsozialismus erfahren. Hier realisierte sich die Einzigartigkeit des deutschen Rassismus als perfektionierter und volksgemeinschaftlich vollzogener Vernichtungsrassismus. Der war zwar als Antisemitismus in erster Linie gegen den vermeintlichen jüdischen Feind im Innern gerichtet. Zum einen wurde jedoch auch »arbeitsscheues Gesindel« von Deutschen in die Todeslager deportiert; zum anderen war das Innen einer Volksgemeinschaft, die Anspruch auf Weltherrschaft erhob, global ausdehnbar.

Vor diesem Hintergrund betrachtet, ist Meinhofs Bild der Afrikaner als die großzü-



Jane Alexander, 'Bom Boys', 1998, »South meets West«

gige Gewährung einer Chance zu beurteilen. Er macht sie nicht von vornherein zu einer überflüssigen oder gar raffgierigen Rasse, der die Vernichtung droht, sondern betrachtet sie als fähig zur Zwangsarbeit. Doch schon zu seiner Zeit war die rassistische Hoffnung in dieser Hinsicht nicht groß, was der damals in einem Kinderbuch veröffentlichte Reim, »Nichts ist auf dieser Welt wohl träger als so ein faultierhafter Neger«, illustrieren mag. Die nationalisierte rassistische Legitimation, von der oben die Rede war, geschieht in Deutschland betreffend Afrika bis heute vorherrschend auf dem Weg, Afrikanern kriegerische und folkloristische Essenzen zuzuschreiben, aber eben auch träge Faulheit. Afrika-Bilder können dergestalt zur Formierung der Gemeinschaft deutscher Wertarbeiter dienen.

Die globale Multi-Kulti-Gemeinde füttert die Identitätsmaschine namens Kapitalismus

Mittlerweile ist die Kritik an offen rassistischen Afrika-Bildern in Deutschland wie auch anderswo aber zum Standardrepertoire jedes interessierten Mitbürgers geworden. Man gelangte zu der tiefgreifenden Erkenntnis, Afrika sei keineswegs einheitlich schwarz und geschichtslos, wie es sich der gesellschaftlich dominierende Rassismus zurechtzimmert. In der Konsequenz führt diese Kritik häufig zu einer ungekannten Begeisterung an einem afrikanischen Zoo der Kulturen. Dass die eifrigen Hobby- und Berufskulturalisten fahrlässig übersehen, wie sich auch in Afrika Massenkommunikation, Staatsbürokratie und Geld breit gemacht haben, stimmt bedenklich. Als Nebeneffekt des eifrigen Studiums der Eingeborenenkultur, heute Teil des Beschäftigungsfeldes der cultural studies, wird nämlich der Blick auf den Wald vor lauter folkloristischen Bäumen verstellt. Damit wird die Zusammengehörigkeit der Kulturfetischisten und ihrer Untersuchungsgegenstände – als Teilnehmer einer gemeinsamen globalen Krisenveranstaltung – systematisch verkannt.

Bedrohlich mutet hingegen an, dass sich hinter dem Multi-Kulti des Kulturen-Fetischismus jene Denkfigur verbirgt, die bei aller Sympathie für die afrikanischen Kulturen die Option zur rassistischen Gegenformierung der eigenen Kultur bewahrt. Mit diesem »Multi-Rassismus« (Wolfgang Pohrt) wird das Bild vom edlen Wilden tradiert, das sein vernichtungsrassistisches Spiegelbild antizipiert. Die überschäumende Liebe zu den Kulturen ist ein weltweit auf unerklärliche Weise, auch in Afrika, überhand nehmender Brauch. Die globale Multi-Kulti-Gemeinde füttert dabei trotz ihrer Verschiedenheit in blinder Gemeinsamkeit die Identitäsmaschinerie Kapitalismus. Das stetige Festklopfen der in der kapitalistischen Geschichte immer realer gewordenen kulturellen, ethnischen und nationalistischen Identitäten, findet auch kein Ende mit der offensichtlich zahlreichen Verwirklichung des vernichtungsrassistischen Spiegelbildes wie geschehen in Ruanda.

Besonders eng miteinander verwandt sind Kulturen-Fetischismus und Vernichtungsrassismus traditionell in Deutschland.[3] Die Beispiele für die Kultur- und Volkstümelei von Nazis sind Legion. Im Völkischen Beobachter vom 22. 10. 1925 ließ Gregor Strasser verlautbaren: »Unser Platz ist an der Seite (des kommenden) Rußlands, der Türkei, deshalb sind unsere Sympathien bei China und Indien, in den Reihen der Rifkabylen und der Drusen, bei den Ägyptern und bei den Arabern!«. Wie klein der Schritt vom scheinbar harmlosen Kulturen-Fetischismus zur rassistischen Formierung der Kulturgemeinschaft ist, zeigt die deutsche Geschichte bis heute. So ist die seit Jahren aktuelle Multi-Kulti-Debatte ein Tummelplatz von Linken wie von neuen und alten Rechten, die dort ihre Chance wittern.

In Deutschland sind Kulturenfetischismus und Vernichtungsrassismus besonders eng verwandt

Der idealistische Zug des globalen, aber anachronistischen Multi-Kulti-Unternehmens offenbart sich in der Helfermanie. Zwar werden dabei wiederum die eigentlichen Probleme übersehen, die nichts mit vermeintlich so unterschiedlichen Kulturen zu schaffen haben. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei diesem idealistischen Ausagieren unbewusster Pädagogenbedürfnisse weißer Sonnenseitler um die erträglichere Seite der Medaille. Weniger erträglich wird der Idealismus bisweilen, wenn die Helferinnen und Helfer »authentische Stimmen« Afrikas zu Wort kommen lassen. Die zentralen politischen Bewegungen, in die die afrikanische Identitätssuche von afrikanischen Politikern kanalisiert wurde, sind der Panafrikanismus und die Négritude. Beiden gemein ist die Instrumentalisierung einer konstruierten Tradition und einer »African Personality« des wahlweise ursozialistischen, urdemokratischen oder urautoritativen Afrikas, obwohl ihre Protagonisten selbst wissen, dass die vorkoloniale Gestalt ihrer Gesellschaften mehr unklar als ursozialistisch o. ä. ist. Zur Freude ihrer außerafrikanischen Adepten machen sie auf diese Art Politik mit der Begeisterung für afrikanische Kulturen und Rassen, wobei sie sogar häufig hinter das Differenzierungsgebot der Kulturalisten zurückfallen, Afrika nicht als einheitlichen schwarzen Block zu missdeuten.

Die beiden Bewegungen haben ihren Zenit zwar längst überschritten. Ihr Ideenmüll ist aber leider in zahlreichen Politiker- und Untertanenhirnen deponiert. Daher bewegen sich die Stimmen Afrikas, die von den Kulturen-Fetischisten der Ersten Welt angerufen werden, häufig im skizzierten ideologischen Spektrum. Ihre Praxis des Multi-Kulti – genauso wie die von einigen afrikanischen Migranten in ihren Zufluchtsstaaten – ist allerdings wegen der langen Erfahrung der Unterdrückung weitaus nachvollziehbarer als die ihrer weißen Partner. Was die Migranten betrifft, werden diese zudem zum Teil mittels Ghettoisierung in »ihre« Kultur gezwängt. Außerdem bietet der

Bezug zur Kultur für die drangsaliertesten Menschen dieser Gesellschaften bisweilen eine finanzielle Grundlage oder zumindest psychischen Halt. Perspektivenreicher wird Multi-Kulti damit keineswegs, deutlicher wird vielmehr sein Elend.

Tröstlicherweise haben sich einige andere Bewohner Afrikas gegen die kulturellen Zuschreibungen gewehrt. So schreibt Anthony Appiah: »Die Erfindung Afrikas muß ultimativ und in letzter Instanz als ein Resultat des europäischen Rassismus verstanden werden. Der Begriff »Panafrikanismus« begründet sich auf dem Begriff »Afrika«, der selbst eine europäische Konzeptualisierung des Negers darstellt. Einfach gesagt: der überdeterminierte Kurs des kulturellen Nationalismus in Afrika hat die Aufgabe, die imaginierten Identitäten, über die uns Europa unterworfen hat, real zu machen.«[4] Diese tragische Entwicklung, deren gesellschaftliche Formen, Ware und Kapital, von den Europäern zu einem großen Teil gleich mit importiert wurden, lässt Stimmen wie die Appiahs leider untergehen.

Mit einer gänzlich anderen Art von Afrika-Bildern hantieren die sich seit Jahrzehnten mit Good Governance und Marktwirtschaft mühenden Unternehmer, Politiker und Entwicklungshelfer sowie ihre wissenschaftlichen Handlanger. Sie sind an afrikanischen Kulturen nur insoweit interessiert, als sie – wie von Appiah beschrieben – real geworden sind. Die Vollstrecker des Kapitals ignorieren auf diese Weise aber das Gruselkabinett an Krieg und Elend und eben auch Kulturen, das mit der erfolgreichen oder auch erfolglosen Durchsetzung des gesellschaftlichen Verhältnisses Kapital in Afrika installiert wird. Die vermeintlich zivile Vermarktwirtschaftlichung ist eben eine solche nicht, sondern immer auch das Gegenteil, zum Beispiel die Grundlage für Ethnisierung und Kulturalisierung. Wenn Politiker in den reichen Industriestaaten Afrika nicht gerade für überflüssig halten und das rassistische Tagesgeschäft den Medien überlassen bzw. die rassistische Karte Afrika allein in der Abschiebungspolitik ausspielen, so bedienen sie gern die Interessengruppe Marktwirtschaft und Demokratie. Bill Clintons Ankündigung seiner »Afrika-Initiative« 1998 ist dafür beredtes Beispiel.

Die Vermarktwirtschaftlichung ist die Grundlage für Ethnisierung und Kulturalisierung

Die weniger relevante afrikanistische Wissenschaft hat erfreulicherweise in den letzten Jahren sowohl in als auch und v. a. außerhalb Afrikas fleißig Kulturalismen und Traditionalismen kritisiert. Auf diese Weise hat sie sich mehrheitlich von rassistischen Bildern à la Meinhof abgewandt. Nach dem »Scheitern der großen Theorie« (Ulrich Menzel) ist in den Sozial- und Geisteswissenschaften aber bekanntlich nur noch eine Theorie angesagt, die der Praxisorientierung. Das gilt für Afrika nicht anders. Geforscht wird – sehr differenziert versteht sich – nach den je spezifischen Bedingungen und Möglichkeiten des »Marsches Richtung Freiheit und offene Märkte« (Clinton) – also auch Richtung Ethnisierung und Kulturalisierung.



Bei all der angestrengten Arbeit für den Aufbau des Standorts Afrika wird desöfteren vergessen, dass sich zwar die Warenform mit der Geldwirtschaft in Afrika vermutlich restlos durchgesetzt hat, man sich aber weniger sicher sein kann bezüglich des Kapitalverhältnisses als ein die gesamte Gesellschaft und das Denken ihrer Einzelmitglieder umfassende Totalität. Die daraus resultierenden kapitalistischen Denkformen sind aber die Voraussetzung der angestrebten Durchsetzung moderner Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Und selbst wenn die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse eingerichtet wären, führt das eben nicht unbedingt zur Einführung der FDGO in afrikanischen Staaten, weil die barbarischen Alternativen, die diese Verhältnisse auch bereit halten, weitaus wahrscheinlicher sind.

Allein, um die Realität der globalen Krise in Afrika scheren sich eben die Verwender von Afrikabildern in keiner Weise. Weiße Herrenmenschen aller Länder suchen nach rassisch personifizierten Gegenbildern, um ihre Methodik der Krisenbewältigung zu bestätigen. Die Kritiker dieses offenen Rassismus, die sich auf die Sympathie zu den afrikanischen Kulturen berufen, entfernen sich nur mehr oder weniger von den Adressaten ihrer Kritik. Die Gespenster des Kulturalismus, die die Option zur rassistischen Formierung der eigenen Kultur bewahren, werden sie nicht los. Die Lobby Marktwirtschaft, die sich so universalistisch gibt, trägt die Rassismen im Marschgepäck, denn sie tut eifrig einiges, um die kapitalistischen Grundlagen der rassistischen Misere auch in Afrika zu stabilisieren.

Die Vielfalt der Ideologien ist damit zuvorderst dem Umstand geschuldet, dass der gesellschaftliche Zusammenhang, in dem sich alle Afrika-Bildner notwendig bewegen, einerseits von einem universalistischen Prinzip getragen ist, das frei und gleich konkurrierende bürgerliche Subjekte hervorbringt, andererseits sich Anachronismen und Partikularismen einverleibt wie auch neu schafft und damit verängstigte Hordenmenschen produziert. Gänzlich isoliert voneinander existieren diese verschiedenen Menschentypen jedoch kaum, im mindesten potentiell fallen sie im kapitalistischen Normalbürger in eins zusammen. Die entsprechenden Fehlwahrnehmungen der Wirklichkeit, Konkurrenz- und Hordenideologien, Universalismen des Kapitals oder Partikularismen wie Nationalismus und Rassismus finden daher auch immer wieder zueinander. Diese Ideologien im allgemeinen und nicht anders die Bilder von Afrika im besonderen gleichen sich darin, sich im gesellschaftlichen Zusammenhang verfangen zu haben, ohne ein Bewusstsein davon zu vermitteln. Das hat zur Folge, dass Afrika Interessen-Gruppen ebenso wie Fanclubs und deren Klientel den kapitalistischen Notstand übersehen, dessen Verwaltung nach rassistischen Projektionen verlangt. Die Bandbreite an Varianten des Übels, die überaus verschiedene Folgen zeitigen, täuscht über diesen Zusammenhang nur allzugern hinweg.

Anmerkungen:

1 ARD-Korrespondent Hans Hübner in der Tagesschau am 17. April 1994, zitiert nach Anka Schmoll, Die Wa(h)re Nachricht über Afrika, S. 93.

2 Carl Meinhof, 1937, zitiert nach Sabine Schupp, »Das Wesen der Eingeborenenkultur«. Die Hamburger Afrikanistik, S. 111

3 Vgl. Peter Martin, Schwarze Teufel, edle Mohren. Afrikaner in Bewußtsein und Geschichte der Deutschen, Hamburg 1993. Pohrt schreibt über diese deutsche, im Nationalsozialismus auf die Spitze getriebene Tradition: »Weit entfernt davon, auf die slawischen, schlitzäugigen und farbigen Untermenschen nur mit Geringschätzung und Verachtung herabzublicken, haben die Deutschen den Objekten ihrer Verachtung vielmehr stets auch geheime und offene Bewunderung gezollt« (Rassismus als Identitätsersatz, in: Ders., Ein Hauch von Nerz. Kommentare zur chronischen Krise, Berlin 1989, S. 161).

4 Out of Africa: Topologies of Nativism, in: The Yale Journal of Criticism Nr. 1, 1988, S. 164

► **Simon Paulenz** ist Politologe und hat zu afrikanischem Recht in Benin geforscht *(s. iz3w 238)*.

»Ich bin Afrikanerin«

Interview mit der ghanaischen Schriftstellerin Amma Darko

Frau Darko, im September diesen Jahres wird Ihr viertes Buch 'Verirrtes Herz' in Deutschland erscheinen. Sie leben und schreiben in Accra, Ghana, doch Ihre Bücher werden zunächst in Großbritannien verlegt, in andere europäische Sprachen übersetzt und finden manchmal auch den Weg (zurück) nach Ghana. Wie sind Ihre Erfahrungen mit dem europäischen Markt und seinen Verlagen?

► **Amma Darko**: So lange ghanaische oder afrikanische Verlage nicht über die Mittel verfügen, die Publikation afrikanischer Bücher/ Werke zu riskieren, solange werden afrikanische SchriftstellerInnen vom außer-afrikanischen Literaturbetrieb abhängig sein. Ich schreibe über Themen, die ich in meiner Gesellschaft für wichtig halte und mit denen ich ein gewisses Ziel verfolge. Verlage verfolgen ein anderes Ziel: Sie wollen in erster Linie Geld verdienen und suchen natürlich Material, das sich gut verkaufen lässt. Es wäre unrealistisch zu erwarten, dass AutorInnen und Verlage die gleiche Einschätzung haben, wie und worüber geschrieben werden sollte. Und natürlich, ich bin auf die Verlage angewiesen. Als afrikanische Schriftstellerin hier zu schreiben und dort veröffentlicht zu werden, bedeutet, dass in Bezug auf Themenauswahl und Formulierungen immer wieder Probleme auftauchen.

Können Sie dafür Beispiele geben?

► In meinem Buch *Spinnweben* zum Beispiel, gab es mit dem britischen Verleger viele Unstimmigkeiten. Er wollte so viele Änderungen! Mit dem deutschen Verlag verlief die Diskussion aus nahe liegenden Gründen viel einfacher: In Ghana waren die Briten Kolonialherren. Wenn du also gegen die Kolonialzeit und die Kolonisatoren schreibst, sie im Schreiben lächerlich machst oder beschimpfst, dann kritisierst Du die Engländer, nicht die Deutschen. Daher waren bestimmte Stellen für den deutschen Verlag o.k., die für den britischen Verlag ein Problem waren. Klar, niemand sagt dir direkt, du darfst dies oder das nicht so schreiben. Es geht viel eher um die vielen Kleinigkeiten, die ein oder andere Formulierung, die ein bisschen anders klingen soll. Das Ganze läuft eher subtil ab. Als Autorin musst du dann entscheiden, wie weit du mitmachst, denn im Grunde wird verlangt, bestimmte Dinge einfach zurückzunehmen. Vielleicht ist es dann besser, zu warten und zu hoffen, dass die Zeit kommt, in der die Dinge so akzeptiert werden können, wie sie sind.

Sie schreiben in Englisch – würden Sie nicht lieber in Ihrer Muttersprache schreiben?

► Wenn mir diese Frage gestellt wird, frage ich mich immer, welche (Mutter-)Sprache? Es gibt in Ghana so viele Sprachen, ich wüsste gar nicht, welche ich wählen sollte. Um zu schreiben, braucht man einen gewissen Grad an Bildung. Und in Ghana verläuft schon die Grundbildung auf Englisch. Wir wachsen also damit auf, über ghanaische oder afrikanische Themen auf Englisch nachzudenken, zu sprechen, zu schreiben. Welchen geistigen und psychologischen Einfluss das auf uns hat, können andere vielleicht besser als ich analysieren. Ich weiß nur, dass ich mit Englisch ebenso aufgewachsen bin wie mit meinen afrikanischen Sprachen. Und ich schreibe am besten in Englisch. Eines Tages würde ich gerne etwas kleineres, vielleicht eine Novelle, in einer lokalen Sprache veröffentlichen. Doch die müsste ich wahrscheinlich erst auf Englisch schreiben und dann übersetzen – in irgendeine ghanaische Sprache. Und wer soll das verlegen?

Sie werden mit vielen Stereotypen über Afrika und afrikanische Menschen konfrontiert. Ist es Ihnen ein Anliegen, diese verzerrten Bilder zurechtzurücken?

► Früher war ich diesbezüglich regelrecht leidenschaftlich, inzwischen habe ich jedoch keine Lust mehr, in eine solch defensive Rolle gedrängt zu werden. Die Mehrheit der Leute hat keine Ahnung von Afrika – ihr Bild ist hauptsächlich über das Fernsehen geprägt. Was für ein Bild soll ich da noch zurechtrücken? Wir leben nicht auf Bäumen – wenn bestimmte Leute das immer noch glauben, ist denen auch nicht mehr zu helfen. Es ist reine Energie- und Zeitverschwendung, ständig zu beweisen versuchen, dass wir nicht primitiv sind. Das kann nicht mein Ziel sein, es gibt wirklich wichtigere Dinge zu tun.

Bis heute werden auf Afrika und seine Bevölkerung von außen bestimmte Bilder projiziert. Kultur und Identität der Menschen werden zu einer afrikanischen homogenisiert. Glauben Sie, dass es so etwas wie eine afrikanische Identität gibt?

► Kultur ist für mich eine Form der Identität. Und wenn man unter Kultur die Lebensweise und Überzeugungen – Kunst, Musik und Gebräuche – einer Gruppe von Menschen versteht, dann gibt es so etwas wie eine afrikanische Identität. Ob es auch eine ghanaische Identität gibt? Ja, vielleicht, denn afrikanische Kultur ist für mich ein großes Bündel, geformt und geprägt durch die verschiedenen Länder dieses Kontinents, die ihre jeweiligen Kulturen zusammenbringen. Es gibt viel Gemeinsames, aber natürlich, wenn man sich die einzelnen Lebensweisen anschaut, hat jede für sich genommen ihre Besonderheiten. Und alle Besonderheiten tragen zu dem großen Rahmen der afrikanischen Identität bei – sie können sich vielleicht mehr ergänzen, als dass sie sich widersprechen. Wenn sich afrikanische Menschen in einem nicht-afrikanischen Land treffen, fühlen sie sich sofort, fast automatisch, zusammengehörig. Ich glaube, dass wir als AfrikanerInnen bestimmte Gemeinsamkeiten haben.

Kann das vielleicht auch mit der Art der Wahrnehmung von außen zusammenhängen? In Deutschland wird Sie ja kaum jemand als Ghanaerin erkennen – hier werden Schwarze eben alle als Afrikaner wahrgenommen.

► Ich habe keine Lust mehr, ständig nur als Produkt einer Fremdzuschreibung gesehen zu werden. Wir sind so wie wir sind, nicht weil wir von außen so gesehen werden, sondern weil wir so sind. Wie gesagt, diese defensive Position, in der ich mich einerseits ununterbrochen von Fremdbildern abgrenzen und andererseits erklären muss, wie wir denn eigentlich sind, möchte ich mir nicht zuschieben lassen. Warum soll es ein Problem sein, im internationalen Rahmen als Afrikanerin wahrgenommen zu werden? Ich bin Ghanaerin und Afrikanerin und im Grunde sehe ich keinen Sinn darin, sich dauernd an dieser Frage aufzuhalten. Politisch und ökonomisch gesehen ist Afrika selbst als Kontinent verglichen mit anderen Ländern schwach – um einer starken Einheit willen sollten wir uns also nicht dagegen wehren, Afrikaner zu sein.

Amma Darko wird von September bis Oktober auf einer Lesereise in Deutschland sein und ihr neues Buch vorstellen. *Verirrtes Herz* erscheint im Schmetterling Verlag. *Das Gespräch führte und übersetzte Tina Goethe (iz3w).*



Xala, Senegal 1974

»Heimat« gibt es nur im Kino

Freiheitsmythen im afrikanischen Film

von **Marie-Hélène Gutberlet**

Der afrikanische Kontinent ist durch seine Geschichte zu einer der »Nation« vergleichbaren Entität zusammengeschweißt worden. Die Geschichte eines jeden Landes verschwindet in diesem Prozess. Afrikanische Filme zeigen Wege und Strategien territorialer und historischer Inanspruchnahme auf. In ihnen treten traumatische, visionäre, fiktive und gelebte »Afrikas« zu Tage.



► In ihren Formsprachen und Erzählungen greifen Filme nationale Elemente kritisch auf. Dass sie bisweilen zu nationalen Zeugnissen umfunktioniert wurden, oder man gar meinte, »afrikanische Realität« fixieren zu können, gehört zu den ideologischen Instrumentalisierungen des Nationenbegriffs, aber auch zum Film selbst, zum Kino, und ist Teil seiner Rezeption. Es gilt also, Aspekte und Fragmente eines schillernden Diskurses zwischen Heimat und Exil, zwischen nationaler und kollektiver, individuierter beziehungsweise panafrikanischer Legitimierung der Zusammengehörigkeit in den Filmen zu entdecken.

Konzepte wie »Nation«, »Staat« oder »Staatsbürgerschaft« ziehen Demarkationslinien. Bewegungen, Durchmischungen, Kreuzungen und Grenzüberschreitungen, vor allem aber konkrete Erfahrungen werden außen vor gelassen: Migration, Nomadentum, Binationalität, Mehrsprachigkeit. Dem Nationenbegriff haftet durch die Einverleibung solcher Bewegungen und durch nationalistisch motivierte Konsolidierungsmechanismen Momente von Monokultur an. Rassismus, Antisemitismus und Xenophobie, die häufig als »Auswüchse« bezeichnet werden, gilt es als Produkte monokultureller Bestrebungen zu verstanden.

Afrika liegt auf der Schattenseite jener sich mit großen Gebärden feiernden europäischen Nationen, auf der Seite der Verlierer, der Kolonisierten, die in Zeiten imperialer Expansion zu Menschen zweiter Klasse degradiert worden waren. Sklaverei und Kolonialismus gehören zu den verheerendsten Ereignissen und Einschnitten, die dieser Kontinent je gesehen hat, zu einer Zeit, da die soziale Frage in den westlichen »Mutterländern« bisweilen internationalistische Blüten trieb. Landstriche wurden entvölkert, gesellschaftliche Strukturen und Werte aus den Angeln gehoben, christliche Wertvorstellungen ein- und wertvolle Rohstoffe ausgeführt. Ohne den Blick zurück in diese gewaltsame und fremdbestimmte Geschichte bleiben die Existenz moderner afrikanischer Staaten, deren Strukturen und die Perspektiven der dort lebenden Menschen unverständlich.

Was also ist »Afrika«? – Anscheinend verweigert es sich der territorialen, sozialen oder ideologischen Festschreibung. Es müssen den kartographischen Rahmen sprengende Einflüsse und Aspekte hinzu gedacht werden, die ein genuines Afrika transzendieren, das ohnehin nie existent war. Afrika, das sind am ehesten spezifische Orte und spezifische Lebenszusammenhänge. Und es ist ebenso in

Jamaika und Martinique, am Mississippi, in der Pariser Peripherie oder in Brixton zu lokalisieren, als eine Bereicherung, ein Mangel, ein Bruch. So betrachtet ist Afrika hybrid, orts- und zeitspezifisch, ein Gemisch, in dem die »westlichen« von »afrikanischen« Anteilen nicht mehr zu unterscheiden sind. Afrika ist Wunsch, Halluzination.

Statt mit vermeintlich »afrikanischen« Nationalmythen haben wir es deshalb mit Ereignissen zu tun, die an die Zeit vor der Kolonisierung und Verschleppung und an die Kämpfe gegen sie erinnern, vor allem aber mit Menschen, die sich im Namen der Freiheit opferten: Sarraounia, die Ceddos, Steve Biko, Patrice Lumumba, Thomas Sankara. In die Erinnerung an die Märtyrer der afrikanischen Befreiungsbewegungen mischt sich die Intention derjenigen (Erzähler, Filmemacher, Schriftsteller oder Politiker), die diese Ereignisse mit einem bestimmten Ziel am Leben erhalten. Die Beschreibungen historischer Niederlagen sind immer begleitet von der Vision, dass die Geschichte auch anders hätte verlaufen können und dass sie noch nicht zu Ende geschrieben ist. Der Erinnerungsprozess, der zur Mythenbildung führt, unterscheidet sich also fundamental von jenem, den man den westlichen Nationen zuschreiben kann. Denn bedingt durch die archivalische Tradition und Geschichtsschreibung kann sich der Westen auf einen Überfluss an Zeugnissen stützen, während die Mythenbildung auf dem afrikanischen Kontinent aufgrund der Zerstörung von Zeugnissen und der seltenen Verschriftung von Geschichtserzählungen eher dem Verlust des Eigenen einen Ausdruck verleiht.

»Unsere Vorfahren – die Gallier«

► Das kolonisierte Afrika durfte keine andere Nationalmythen als die der »Mutterländer« kennen. Im Unterschied zu den übrigen Kolonialmächten vollzog die französische Politik eine völlige kulturelle Umgestaltung; Frankreich nannte seine Kolonien, die von Paris aus verwaltet wurden *provinces d'outremer,* Überseeprovinzen. Die Vereinnahmung setzte beim Schulwesen an und durchdrang sämtliche Lebensbereiche. In den Schulen französischer Kolonien wurde den Kindern beigebracht, ihre Ahnen seien Gallier. Die Geschichte und Sprache ihrer Herkunft wurde nicht gelehrt, die Muttersprache war selbst auf dem Schulhof verboten.

In Filmen finden sich Versatzstücke La Fontainescher Fabeln. Französische Gedichte wurden auswendig gelernt, populäre französische Kinderlieder gesungen, wie etwa in *Afrique, je te plumerai* (»Die Macht der Wörter«, Kamerun 1991), wo das Lied *Allouette, gentille allouette* (»Schwalbe, ich werde dich rupfen«) vorkommt. Während dieses Lied die Präsenz populärer französischer Kultur in Kamerun verdeutlicht und damit den Erfolg der Assimilationspolitik unter Beweis zu stellen scheint, ereignet sich durch das Zitat im Film noch etwas anderes, Entlarvendes. Das grausame Lied, in dem Strophe für Strophe eine Schwalbe gerupft wird – »Mein Großvater pflegte mir die Geschichte zu erzählen, um mir die Kolonisierung zu erklären«, erläutert der Filmemacher Jean-Marie Téno im Off – wird zur Parabel transformiert: In einer wohlhabenden Gegend wohnen Schwalben, die eines Tages von Fremden besucht werden. Sie nehmen diese gastfreundlich auf, um dann nach und nach völlig ausgenommen zu werden. Auch das ist ein Politikum, dass der Film, nicht wie ursprünglich geplant, »Afrika, ich werde dich rupfen« heißt.

In *En résidence surveillée* (»Unter Polizeiaufsicht«, Senegal 1981, R: Paulin Soumanou Vieyra) wird der trickreiche Despot mit napoleonischem Outfit ausgestattet. Die Anspielung auf Napoleon hat allerdings Untertöne, die sich auch auf den Ex-Sklaven François Dominique Toussaint beziehen lassen, der nach einem Dekret des französischen Konvents von 1797 zum Gouverneur und militärischen Oberbefehlshaber Haitis ernannt worden war. Die Aufstände wider die 1802 von Napoleon erneut eingeführte Sklaverei wurden auf Haiti von französischen Truppen niedergeschlagen und Toussaint als Gefangener nach Frankreich gebracht. Auf wen also spielt der Film an? Auf Toussaint, den Gegner der Sklaverei, oder auf Napoleon, der die Sklaverei einst verbot und dann wieder einführte? Mit einem modischen Attribut führt der Film die Divergenz der universell formulierten Freiheitsmaxime der Französischen Revolution vor Augen und macht gleichzeitig deutlich, dass es Nichtfranzosen verwehrt wurde, sich auf diese zu berufen. Mit Zitaten aus dem einverleibten französischen Kulturerbe machen Filme augenscheinlich, dass es nicht ausschließlich um eine Europäisierung oder Frankophonisierung afrikanischer Lebenswelten geht, sondern dass im Aufprall und in der Entfremdung zugleich eine Durchdringung und Aneignung sich ereignet. Das Zitat bezeugt nicht Assimilierung allein, sondern Ambivalenz, Doppelsinn, Hybridität, Subversivität.

Um 1905 finden in Dakar und Kairo die ersten Filmvorführungen statt. Bald darauf werden ethnografische oder anthropologische Filme auf afrikanischem Boden gedreht, die Weltausstellungen, Kolonialarchive und Skurrilitätenkabinette mit Anschauungsmaterial beliefern. Sie schaffen und stillen den Wunsch nach Exotik, nacktem Fleisch, Abenteuern und »wirklichen Bildern« vom »Dunklen Kontinent«. Hinter dem Bedürfnis nach Bildern verbirgt sich das Gefühl, es in Bezug auf Afrika mit etwas Unheimlichem zu tun zu haben, das mit visuellen Fixierungen und erklärenden Kommentaren beruhigt werden sollte. Die Angst, die Kolonisierten könnten sich ihrer völligen Vereinnahmung erwehren und ihre Statistenrolle in der Geschichte ablegen wollen, sollte mit »Informationen« über das für primitiv befundene Leben der AfrikanerInnen neutralisiert werden. Mit den Kolonialverwaltungen und Missionaren werden auch Filmproduktionstechnologien nach Afrika exportiert und erzieherisch-propagandistische Filme gedreht, durch welche die Kolonisierten an die europäische Medizin, Kleiderordnung, Arbeitsethik, christliche Moral und an die Interessen des »Mutterlandes« herangeführt werden sollen. Mit Filmen wurden während der Weltkriege Soldaten geworben, um dann für die Interessen ihrer europäischen Befehlshaber auf den afrikanischen und europäischen Schlachtfeldern als Kanonenfutter vorgeschickt zu werden. Die Erfahrungen des Krieges, die afrikanische Söldner in Europa machen, lehren sie, dass auch Hellhäuter sterblich sind. Oppositionsbewegungen und Gewerkschaften formieren sich, es brechen Aufstände aus, auf die schließlich die Unabhängigkeitserklärungen in den 60er und 70er Jahren folgen. Die auf die Kolonialverwaltungen folgenden Staaten sind von ökonomischen, ideologischen und technologischen Zwängen geprägt, die sich auch auf die Kulturpolitik auswirken – es scheint nicht mit und nicht ohne die Kultur des einstigen »Mutterlandes« zu gehen.

Mehrsprachig sprachlos

► In den meisten Ländern ist die einstige Kolonialsprache bis heute die Sprache der Verwaltung, Schulen und Universitäten, die zudem ausschließlich westlich orientiert sind, nicht zuletzt den Zugzwängen der Globalisierung gehorchend. Die aufoktroyierten Sprachen beizubehalten – uneingedenk der schätzungsweise 2.000 afrikanischen Sprachen – dies gehorcht gleichfalls der Logik einer Konfliktvermeidungsstrategie. Denn welche der 40 in Kenia oder der 30 in Benin existierenden Sprachen den Vorzug geben, wenn bereits eine einzige zur »Nationalsprache« eines ohnehin fremdbestimmten Territoriums gewählt wurde? Sprachen durchkreuzen wie Vektoren Landschaften, Länder und die Biographien ihrer BewohnerInnen. »Meine Mutter ist Bissa, ich selbst bin in einem morésprachigen Milieu aufgewachsen und zur (französischsprachigen) Schule gegangen. Meine Kultur und die Kultur, die ich in meinen Filmen vermittle, hat nichts mit meiner ursprünglichen Herkunft zu tun, sondern mit derjenigen, der ich von Kindesbeinen angehöre, Mossi, ohne selbst Mossi zu sein«, gibt die Burkiner Regisseurin Fanta Régina Nacro zu verstehen. Es gilt, sich die

Praxis der Mehrsprachigkeit anstelle eines mono-kulturellen Identitätskonstruktes als Erfahrung bewusst zu machen, die je nach Kontext auch unterschiedliche, auch widersprüchliche, zumindest nicht allein »nationale« Zugehörigkeiten mit sich bringt.

Für die kulturelle Zugehörigkeit von Filmen afrikanischer AutorInnen ist die Wahl der Sprache von fundamentaler Bedeutung. Um der Kolonialsprache zu entgehen, beschließen viele, *ihre* Sprache filmisch zu verwenden. Anregungen, diese Filme in andere afrikanische Sprachen zu synchronisieren oder mit einer »Weltsprache« zu untertiteln, zielen nur auf gut gemeinte, doch ökonomisch illusorische und also kaum relevante Vermarktungsstrategien. Zu Filmen in europäischen Sprachen äußern afrikanische FilmkritikerInnen, der betreffende Filmemacher habe für den Westen produziert, prostituiere sich und verleugne seine Herkunft. Häufig werden daher mehrere Sprachen in ein und demselben Film gesprochen; sie rufen die widersprüchlichsten Geschichts-, Zugehörigkeits- und Geltungsebenen wieder ins Gedächtnis, wie etwa *Xala* von Ousmane Sembène (Senegal, 1974).

Entkolonisiert die Leinwände!

► Filme, die afrikanische FilmemacherInnen in Afrika gedreht haben, sind erst seit den Unabhängigkeitserklärungen im Gespräch. Die AbsolventInnen der Filmhochschulen in Paris, Moskau, Rom, London und Brüssel arbeiten an der Errichtung der Fernseh- und Rundfunkanstalten ihrer Herkunftsländer mit, machen Dokumentar- und Spielfilme, die von der Idee beseelt sind, den Befreiungskampf voranzutreiben. Dem Film als Ausdrucksmittel wird eine außergewöhnliche Bedeutung beigemessen. Filme werden aus dem Bedürfnis heraus gemacht, den westlich geprägten Bildern und Berichterstattungen eigene Innenansichten entgegenzusetzen, den ethnographisch bestimmten Blick mit Umkehrbildern zu konterkarrieren und die Abenteuerkulissen von Wildnis- und Jagdfilmen durch Bilder von heimischen Gegenden zu ersetzen.

Dem Film kommt nicht zuletzt deshalb eine entscheidende Bedeutung zu, weil in ihm die vielen afrikanischen Narrationsformen zum Thema gemacht werden. Auch läßt sich so das durch den Kolonialismus verdrängte Kulturerbe der Vergangenheit entreißen. *»Décolonisez les écrans«* (Entkolonisiert die Leinwände) lautet die Parole. Mit dem »Kino«, und damit ist das ganze Beziehungsgeflecht Filmemacher-Film-Publikum gemeint, gibt es wieder einen öffentlichen, diskursiven Versammlungsort, der an die partizipatorische Praxis der mündlichen Kultur anschließt.

Der Wunsch, eine Filmproduktion aufzubauen, die vom Westen unabhängig ist, hat panafrikanische Zusammenschlüsse hervorgebracht und interafrikanische Kultusministerkonferenzen beschäftigt, ist bis auf wenige Ausnahmen (Ägypten, Südafrika, Nigeria) jedoch unerfüllt geblieben. Infolge der weitgehend von europäischen Fördermitteln abhängigen Filmproduktionen haben sich kaum nationale Kinematographien herauskristallisiert, sondern eher solche, die den ganzen Kontinent betreffen. Wenn andernorts von Nationalmythen die Rede ist, ist es eher angebracht, hier einen »kontinentalen Mythos« zu postulieren. An die transnationale ökonomische Determinante schließen sich historische Tradierungen an, die die aktuellen Landesgrenzen überschreiten. Die großen Epen und historischen Erzählungen wurden allesamt mündlich tradiert: das Mandingo-Epos, die Geschichte des Königs Sunjata (dessen Reich sich im ausgehenden 12. Jahrhundert vom heutigen Niger über Mali, den Norden Burkina Fasos bis nach Guinea und Senegal erstreckte) oder die Geschichte der Königin Sarraounia im Süden Nigers. Das mündliche Wissen verschwindet, und doch können Filme von diesem Wissen zehren, es in Fragmenten bewahren, es vor allem aber aktualisieren.

Sarraounia (»Der Kampf der schwarzen Königin«, 1986, R.: Abid Med Hondo) lebt durch solches Weiter- und Wiedererzählen. Wer ist sie? Azna? Afrikanerin? Nigerin? Burkinerin? Ausschlaggebend ist nicht sosehr ihre »nationale Identität«, sondern dass sie sich erfolgreich der Sklaverei und dem Kolonialismus wiedersetzte. Ihre Unabhängigkeit, ihr Widerstand bilden das Zentrum der filmischen Narration. *Sarraounia* – die Person und der Film – ist ein nationenübergreifender Mythos in zweierlei Hinsicht. Zum einen, weil der Film international panafrikanisch produziert wurde, zum anderen, weil auf diese Weise der ganz Afrika betreffende Widerstand gegen die koloniale Okkupation filmische Gestalt annehmen und im Kino repopularisiert werden konnte. Diese, die Staatsgrenzen transzendierende, innerafrikanische kulturelle Praxis ist ebenfalls an der Rede vom »afrikanischen Kino« ablesbar, welche den Kontinent zu einer nationenähnlichen Konglomeration vereinheitlicht. Doch öffnen sich hierdurch andere Freiräume, die den FilmemacherInnen die Gelegenheit geben, unabhängig von den jeweiligen spezifisch nationalen Regierungsinteressen und ideologisch geprägten Zensurmaßnahmen zu arbeiten.

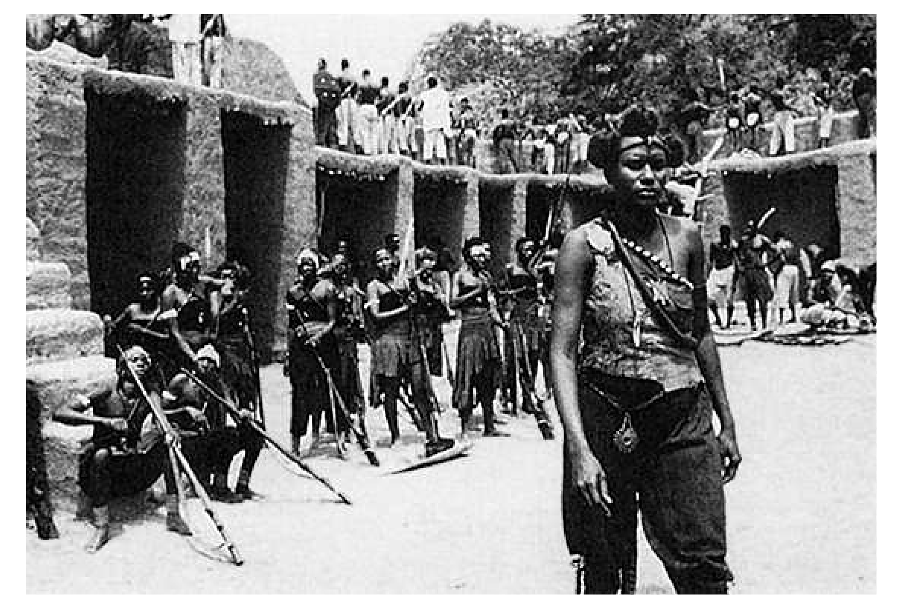
Sarraounia brachte über das historische Ereignis und dessen Narration hinaus eine beleuchtungstechnische Neuerung, die in der Folge afrikanische Geschichten im weitesten Sinne aufwertete. Im Vergleich zu den im Wortsinn (fotografisch) unterbelichteten Afrikanern in westlichen Filmen erscheinen die weißen Protagonisten nun überbelichtet. Diese Tatsache, die mit der unterschiedlich ausfallenden Lichtreflexion der hellen bzw. dunklen Hautpigmente zu tun hat (der Unterschied beträgt etwa zwei Blenden), macht die Aufnahmen aufwendiger, sobald Hell und Dunkelhäutige in einer Einstellung gefilmt werden. In *Sarraounia* sticht die Umkehrung der fotografischen Regeln ins Auge: nicht die weiße Haut ist das universelle Maß, sondern die dunkle. Schon auf Grund der gleißenden Lichtsetzung werden die afrikanischen Darsteller zu fassbaren Charakteren und Identitätsfiguren, die Bleichgesichter in Uniform hingegen zu durchsichtigen Todesengeln.

Die afrikanische Internationale

► Dem »afrikanischen Kino« in seiner Vereinheitlichung ist die Idee des Panafrikanismus nicht fremd. Der Internationalismus panafrikanischer Reichweite gehörte zu den ideologisch geformten Visionen eines Kwame Nkrumah, zu Julius Nyereres Ujamaa-Konzept, zu Leopold Sedar Senghors Négritude. Er gehörte auch zu den Visionen von Amilcar Cabral oder Thomas Sankara, die damit das nationale Territorium nicht in Abrede, sondern in den größeren Kontext eines afrikanisch verstandenen Sozialismus stellten und die »sozialistische Internationale« in gewisser Weise in eine »afrikanische Internationale« übersetzten. Der am 15. Oktober 1987 ermordete burkiner Staatspräsident Thomas Sankara, auf dessen Bestreben sich das einstige Obervolta 1984 in Burkina Faso (»Land der integren Menschen«) umtaufte, gibt in *Capitaine Thomas Sankara – Requiem pour un Président assasiné* (R: Didier Mauro und Marie Roger Biloa), einen 1989 in Frankreich produzierten Film, zu verstehen, dass die nationale Verantwortung damit beginnt, einen Schritt zurück in die Vergangenheit zu tun und sich der Geschichte der Balkanisierung Afrikas zu entsinnen.

Sankara, Idol der Revolution in Burkina Faso ist ein Nationalheld in dem Sinne, dass er den BurkinerInnen ein Nationalgefühl zu geben vermochte, dies aufgrund seiner Bestrebungen, den postkolonialen, die gesamte Weltbevölkerung betreffenden Einflüssen ein Ende zu bereiten und eigene Belange nicht mulitnationalen Konzernen zu überlas-

sen, sondern in die eigene Hand zu nehmen. Balufu Bakupa Kanyinda, gebürtiger Zairer, Autor von Sankara (»In Memoriam Thomas Sankara«, 1991) drehte 1996 *Le Damier* (»Das Damespiel«), der die Machtbesessenheit eine mit mobutistischen Attributen karikierten Despoten porträtiert. Der Film wurde erstmals während der FESPACO 1997 gezeigt, als die Nachrichten von Kabilas Marsch auf die zairische Hauptstadt Kinshasa wie eine Bombe einschlugen, und wirkte wie der Abgesang auf einen gehassten Präsidenten.



Sarraounia, Mauretanien, 1987

Der von Schlaflosigkeit geplagte Alleinherrscher und Präsident zu Lebzeiten möchte sich die Zeit vertreiben. Er braucht einen guten Kontrahenten im Damespiel, denn es langweilt ihn immer zu gewinnen. Der gefundene Gegner, ein Habenichts von der Straße aber Champion im Spiel, nimmt die Gelegenheit des Brettspiels zum Anlass, den Despoten mit Flüchen und Beleidigungen zu schlagen – den Regeln des überaus populären Spiels auf der Straße entsprechend, demnach nicht nur die Züge rasch aufeinander folgen müssen, sondern auch die verbale Schlagfertigkeit bewiesen werden muss. Die Auseinandersetzung ist atemberaubend: Wie kann der kleine Mann es wagen, den Präsidenten derart zu beleidigen, auch wenn es nur ein Spiel ist. Der Beiname »papa national« (Papa der Nation) fällt. Das gefällt dem Präsidenten. Er fühlt sich geliebt, die Poesie der kleinen Leute, seiner Leibeigenen, mit denen er nach Gutdünken spielt, beflügelt ihn. Er erliegt der verbalen Schlagfertigkeit seines Gegners, verliert und bietet dem Sieger den Posten des Damespielministers an. Der Champion will kein Geld, lehnt den Ministerposten ab und wird mit einem Lied auf den Lippen abgeführt.

In dem kammerspielartigen Film wird die historische Verfasstheit der modernen Nation – dem »payssien« – als Ergebnis kolonialer und neokolonialer Muster vorgeführt, in der es nur einen Platz für ein Oberhaupt á la Mobutu in Zaire, Idi Amin in Uganda, Biya in Kamerun oder Kéita in Mali gibt. Sie alle versuchten dem Land mit guten Vorsätzen, aber auch mit aller Gewalt eine nationale Identität aufzuzwingen. Sie ließen ihre politischen Gegner ermorden, schalteten Gewerkschaften und Oppositionsparteien aus. In Filmen wie *Le Damier* oder *Zaire, le Cycle du Serpent* (»Im Zeichen der Schlange«, 1992) befinden sich das nationale Territorium und dessen BewohnerInnen im Besitz einer Herrscherclique. Ihr anklagender, spitzfindig zynischer Ton lässt dennoch die Vision einer anderen Wirklichkeit durchscheinen, welche es zu erkämpfen gilt: »Gebt Gedankenfreiheit!« Es ist eine utopische, aufklärerische Vision frei von Patriotismus. Nicht ohne Grund leben die Autoren nicht in ihrem Herkunftsland. Sie (der Haltung des Damespielchampion nicht unähnlich) haben das Exil der Bedrohung von Leib und Leben vorgezogen.

Exil der Sehnsucht

► Mit dem Machtwechsel in Zaire, das heute seinen lumumbistischen Namen Kongo wieder trägt, bricht das historische Ereignis der 1961 von Mobutu angeordneten Ermordung Patrice Lumumba, des ersten Premierministers des unabhängigen Belgisch-Kongo, wieder hervor. Lumumbas gefilmte Festnahme wird in unzähligen Filmen zitiert – in *Afrique, je te plumerai,* in *Mohamed Ali, when we were Kings* (USA 1996) bis zur Hollywood-Produktion *JFK* (John F. Kennedy – Tatort Dallas, 1991). Wie kein anderer ist Lumumba zum Märtyrer der afrikanischen Revolutionen geworden, zum Che Guevara Afrikas, dem personifizierten Mythos von Befreiung und Selbstbestimmung, die Aufnahmen seiner Festnahme ein Sinnbild der Grausamkeit und der tödlichen Gewalt. Insofern repräsentieren Lumumba wie Sankara keineswegs Nationalmythen, sondern »Revolutionsmythen«, die auf die Konsolidierung eines verhassten Staatsapparates folgten. 1961 schreib Frantz Fanon: »Nationale Befreiung, nationale Wiedergeburt, Rückgabe der Nation an das Volk, Commonwealth, wie die verwendeten Rubriken und neu erfunden Formeln auch heißen mögen – die Dekolonisation ist immer ein Phänomen der Gewalt.« Die Gewalt wird im Kino angesprochen, als schmerzliche Erfahrung des Scheiterns bewusst gemacht, der Verdrängung entrissen und nicht nur einem afrikanischen Publikum vorgestellt, sondern auch uns, die wir von diesen Erfahrungen nicht viel wissen können, aber Erfahrungen des Scheiterns nachvollziehen können. Die große Geschichte der Kolonisation, der Fremdbestimmung und der gescheiterten Befreiungsversuche sehen wir in Filmen nicht ideologisch abstrakt und nüchtern. Hier sind wir in einem Vorstellungsraum, der konkrete Wirkungen, konkrete Menschen, konkrete Orte zeigt, ohne zu beweisen, »wie es tatsächlich ist«, sondern was vorstellbar ist. Wir sehen den Mann von der Straße sich die Freiheit herausnehmen, einen Präsidenten zu beleidigen, sich von seiner Machtbesessenheit nicht einschüchtern zu lassen, sich nicht zu verkaufen. Es ist nicht die große Revolution, sondern die kleine Anekdote, in der ein Wunsch wahrwerden kann, der in der Wirklichkeit keinen Platz hat. Wir sehen Leute die Straße entlang gehen. Sie haben einen Weg hinter sich und einen Weg vor sich. Wir haben für einen kleinen Moment teil an ihrer Bewegung, an ihrer physischen Präsenz in der Geschichte, an ihrem Humor, ihren Ängsten, ihrer Schönheit, ihrem Lebensgefühl. Sie erliegen nicht allein historischen Traumatisierungen und ordnen sich nicht zwangsläufig politischen, ökonomischen, ideologischen Sachzwängen unter. Wir sehen bloß einen Ausschnitt aus dem Dasein, einen Teil ihrer Sehnsucht, die in den Filmen mitschwingt und im Kino zu unseren Sehnsüchten den Weg freimacht. Was im Film zu sehen ist, ist nur die eine Seite des Kinos, die verborgene und unsichtbare, diejenige, die Filme provozieren, wo Präsidenten abgesetzt, Utopien wahrgemacht, die Welt neu geschaffen werden kann. Kino ist das Exil der Sehnsucht, dass alles auch ganz anders sein kann.

► **Marie-Hélène Gutberlet** ist Filmwissenschaftlerin in Frankfurt/Main.

Der Text ist ein gekürzter und bearbeiteter Nachdruck des Beitrags »Freiheitsmythen – Der afrikanische Film« in Rainer Rother (Hg.): Mythen der Nationen – Völker im Film. Deutsches Historisches Museum, Berlin 1998, S. 32 – 47.



Marianne meets Lara Croft

Weibliche Allegorien nationaler und transnationaler Identitäten

von **Sylvia Pritsch**

Im Zeitalter der teilglobalisierten Techno-Science haben eine Vielzahl bunter Figuren das Licht medialer Welten erblickt, allen voran eine Reihe animierter Frauengestalten. Sie illustrieren Internet-Seiten, führen durch Werbesendungen oder sind die Heldinnen von Computerspielen. Die bekannteste unter ihnen ist Lara Croft, eine »infame Kreuzung aus Cowgirl, Pin-up und Emanze«[1]. Ihre Körper scheinen die Grenze von Phantasie und Realität zu überschreiten, selbst unterschiedliche geschlechtliche wie ethnische Attribute können sich in ihnen vermischen. Leicht lassen sie sich angesichts der zuweilen exorbitanten Körpermaße als pubertäre Phantasien abtun. Erst auf den zweiten Blick wird deutlich, dass sie darüber auch eine bestimmte ordnungsstiftende Funktion ausüben, indem sie kollektive Idealbilder buchstäblich verkörpern und verbreiten.

Ich möchte diese Figuren daher als Allegorien vorstellen, das heißt als Personifikationen, die in einer Tradition der Repräsentation von Staats- und Gemeinschaftsidealen durch weibliche Körperbilder stehen. Gegenüber den traditionellen Allgegorien nationaler Identität hat sich ein Wandel vollzogen: es geht heute, so meine Vermutung, in erster Linie um die Darstellung transnationaler Identität im Kontext einer technologisierten Kultur.

Die Art und Weise der Repräsentation jedoch setzt eine Tradition fort, die sich als Naturalisierung sowie als Ethnisierung/Rassisierung von Weiblichkeitsbildern verstärkt im 19. Jahrhundert ausbildete.

► Dass zur Repräsentation gemeinschaftsstiftender Werte der weibliche Körper herangezogen wird, ist ein typisches Phänomen der Moderne. Diese Entwicklung erreicht mit der bürgerlichen Gesellschaft ihren Höhepunkt, in der die höchsten Werte – der Sieg, die Nation, die Wahrheit – nun ausschließlich in weiblichen Figuren dargestellt wurden.

Die wohl bekannteste nationale Personifikation aus dem 19. Jahrhundert ist die Marianne. Die Darstellung von Delacroix, die an die Juliaufstände von 1830 erinnert (Die Freiheit führt das Volk, 1831), wurde von seinen Zeitgenossen recht zwiespältig aufgenommen. Die Darstellung schien ihnen insgesamt zu wild geraten. Marianne als Verkörperung der Freiheit tritt im Kostüm der Freiheitsgöttin auf und auch als Amazone. Fest in der Tradition verankert, zeigt sie zugleich eine Form ambivalenter Wildheit und Fremdheit, in der sich Assoziationen von Natur und Kultur, Eigenem und Fremdem überlagern. Dies wird auch in der Kopfbedeckung deutlich, dem bonnet rouge, die sowohl die Verbindung zu dem »Mann aus dem Volk« herstellt, als auch zur phrygischen Mütze, einer Kopfbedeckung mit Symbolcharakter des Fremden. Die teilweise Entblößung trug ebenfalls zur Ambivalenz der Figur bei, der Marget Iversen den Charakter einer dionysischen Freiheit zusprach: »entweder die verführerische Freiheit des Naturkindes, so entspannt und frei wie eine freundliche Wilde, oder die lebensspendende Freiheit der nährenden Mutterbrust«.[2]

Die ungezügelte Freiheit wurde abgelöst durch ein statisches Bild. Ein Beispiel für eine »apollinische Freiheit« stellt eine Skulptur von Jules Dalou dar (ohne Abbildung). An die Stelle des Stürmischen tritt das Anmutige und Liebliche; die Waffe ist ersetzt durch das Rutenbündel, ein Symbol der Einheit und Stabilität, welche die Dritte Republik für sich in Anspruch nahm. Die Figur der Marianne ist hier zum zentralen Punkt erhoben und nimmt damit den traditionellen Platz des Herrschers ein – eine Entwicklung, die ab den 1790er Jahren einsetzte. Der weibliche Körper konnte in der Folge die Werte der neuen Ordnung repräsentieren – Tugend, Reinheit, Natürlichkeit – ohne durch Assoziationen an Wildheit zu irritieren. Möglich wurde dies durch einen Bedeutungswandel von Weiblichkeit, zu der auch die Repräsentationspraktiken der Französischen Revolution beigetragen hatten. Bereits seit den großangelegten Inszenierungen der Französischen Revolution, der Fêtes Nationales, auf denen in feierlichen Umzügen und Zeremonien die neuen Werte leibhaftig zur Schau gestellt wurden, fand eine direkte Verknüpfung zwischen romantischer Natur und Weiblichkeit als Bildträger dieser Natur statt. Die lebende Frau »spielte« nicht die Rolle der unschuldigen Natur oder der Liberté, sie »verkörperte« sie.[3] Die Wirkung solcher Inszenierungen beschrieb ein zeitgenössischer Teilnehmer als wohltuendes, Einheitlichkeit und Brüderlichkeit stiftendes Ereignis: »Sich mit seinen Brüdern zu treffen und mit ihnen die gleichen Gefühle zu teilen, ist an sich schon eine große Wollust«, so Boissy d'Anglas 1794 in seinem *Essai sur les fêtes nationales*. Die Nation, so lässt sich zusammenfassen, konstituierte sich auch mithilfe dieser Inszenierungen als ein natürlicher Organismus.

Während sich die französische Nation im Gefolge Rousseaus anschickte, in eine »zweite Natur« – nämlich die des staatsbürgerlichen Zustands – einzutreten, wurde Weiblichkeit zur unmittelbaren Natur schlechthin erhoben. Je stärker Weiblichkeit mit Natur assoziiert wurde, desto unsichtbarer wurde der allegorische Charakter des Bildes. Das heißt, das Bild des Weiblichen wurde nicht mehr als ein codierter, allegorischer Verweis auf einen abstrakten Begriff aufgefasst, sondern als Für-sich-Sprechendes wie Natur und als unmittelbarer Ausdruck von Natur. Diese Konstruktion idealisierter Weiblichkeit »verspricht schließlich nicht nur, die Interessensunter-

Fotos: Sylvia Pritsch



Marianne



Lara Croft

schiede zwischen denen, die brüderlich und gleich sein sollen, zu transzendieren, sondern auch die klassen- und schichtspezifischen« [und tendenziell auch die ethnischen Unterschiede der Frauen].[4] Damit bot die vereinheitlichte weiblich Figur die privilegierte Projektionsfläche der zivilen Gemeinschaft – bei gleichzeitigem Ausschluss der Frauen aus den vollen Bürgerrechten. Dalous Skulptur macht deutlich, dass sich der Austritt aus der Geschichte in eine zeitlose Natur vollzogen hat, so dass sich die neue Ordnung in ihrer weiblichen Verkörperung nun in einer gleichsam natürlichen Kontinuität repräsentieren kann.

Die weibliche Natur wurde im 19. Jahrhundert zugleich einer Rassisierung unterzogen, die ihrerseits im Dienste der Aufrechterhaltung nationaler Identität stand. Das Wilde, ausgeschlossen aus der Allegorie der Freiheit zugunsten des nährenden-matronenhaften Moments, fand seinen Ort der Darstellung nun im Körper der schwarzen Frau. Hier trat der sich neu begründende anthropologisch-medizinische Diskurs auf den Plan, die grundlegende Andersheit der schwarzen Frau an ihrer »primitiven« Physiognomie, insbesondere an den Geschlechtsmerkmalen, aufzuweisen. Als sichtbarer Beweis mussten Frauen wie die Schwarzafrikanerin Sarah/Saartje Baartman herhalten, die als »Hottentotten-Venus« Berühmtheit erlangte. Zu ihren Lebzeiten wurde Baartman in England und Frankreich vielfach ausgestellt, gezeichnet und vermessen. Doch erst nach ihrem Tod 1815, nur wenige Jahre nach ihrer Ankunft in Europa, wurde mit dem öffentlichen Blick auf den sezierten Körper der »Beweis« erbracht, dass diese Andersheit auf einer wesenhaften Anomalie des Geschlechts beruhte; eine Auslegung, wie sie frühere Darstellungen bereits vorweggenommen hatten (s. S. 45). Das Kalkül dieser Naturalisierung war eindeutig: »Konnte man zeigen, dass ihre Geschlechtsteile wesentlich anders waren, so reichte das als Hinweis darauf, dass die Schwarzen eine eigene (und, wie man nicht weiter betonen muss, niedere) Rasse waren, vom Europäer so unterschieden wie der sprichwörtliche Orang-Utan.«.[5]

Die Sexualisierung von Rasse ging mit der Rassisierung von Geschlecht Hand in Hand: Die schwarze Frau wurde zum Inbegriff des gleichermaßen sexualisierten wie pathologisierten weiblichen Körpers – ein Konstrukt, das in die Rede vom »Rasseweib« mündete, die schließlich auch weiße Frauen einschloss. Zu einem bedeutsamen Zeichen der Anomalie des weiblichen Geschlechts avancierten die Größe des Beckens und des Gesäßes. Dieser Form der Aufmerksamkeit wurde auch eine ästhetische Begründung zugesprochen: Der Blick auf »sekundäre« Geschlechtsmerkmale erhielt die höheren Weihen des zivilisierten Schauens und legitimierte so den männlichen Blick auf das weibliche Gesäß – ohne dass dies den erotischen Gewinn oder die Abwertung gemindert hätte: »Wer im 19. Jahrhundert eine schwarze Frau betrachtete«, so Gilman, »tat dies im Hinblick auf ihr Gesäß, und repräsentiert durch das Gesäß sah er all die Anomalien ihrer Genitalien« – eine Konstante, die bis heute rassistische Darstellungen prägt.

Das Wilde fand seinen Ort im Körper der schwarzen Frau

Eine solche »primitive« Weiblichkeit hätte die Reinheit und Geschlossenheit einer Nation niemals repräsentieren können. Ausstaffiert mit Bogen, Fellmantel und phrygischer Mütze besitzt sie zwar die Insignien der Macht und erscheint damit als direktes Gegenbild – oder Zerrbild? – der Marianne. Gefeiert wird hier jedoch weniger eine Siegesgöttin, als dass die Diskrepanz zwischen zivilisierter Ordnung und chaotischer Wildheit ausgestellt wird. Weiblichkeit erscheint also im 19. Jahrhundert mit der sich ausbildenden Rassendifferenz auf zwei unterschiedliche Weisen hierarchisch naturalisiert: Als Verkörperung »reiner« Natur erhielt sie in Gestalt europäischer Weiblichkeit ihren Ort innerhalb der Zivilisation zugewiesen, indem sie offenbar in der Lage war, die »zweite Natur« des Staatsbürgers zu repräsentieren. Als »wilde Natur« verkörpert Weiblichkeit dagegen in Gestalt der afrikanischen Frau die Primitivität der anderen Rasse und fungierte, noch hinter dem schwarzen Mann, als die grenzsichernde Figur zwischen Mensch und Tier. Weiblichkeit figurierte also in einer »zivilisierten« wie einer »primitiven« Version die



SimEve

Grenze zwischen Kultur und Natur, wobei die Differenz das Verhältnis von Eigenem und Fremdem absicherte. Im Gegenzug erhielt das Rassenkonstrukt über den weiblichen Körper eine anatomische Begründung. War diese Differenz erstmal über den ästhetisch-wissenschaftlichen Diskurs etabliert, so konnte sie auch zur Markierung der internen Fremden der europäischen Kulturen verwendet werden: Besitzlose, Ungebildete und Unangepasste erschienen unter der soziologischen Perspektive des späten 19. Jahrhunderts als unzivilisierte Naturvölker, weibliche Prostituierte im Bildrepertoire der primitiven Wilden. Die Konstruktion von Eigenem und Anderem bedurfte stets der Darstellung beider Seiten der Relation, die sich zunehmend zu einer Hierarchie kultureller Zwischenstufen ausdifferenzierte.

Cybergirls im translokalen Feld

► Inzwischen ist in der globalen Techno Culture eine hybride Ästhetik auf dem Vormarsch. Populär sind Figuren mit interethnischem oder transnationalem Flair:
»Eine streitbare Frau erregte in den letzten Monaten das besondere Interesse von Medien und Fans. In klasisscher James-Bond-Manier zierte sie das Cover der französischen Libération, bekleidet mit einem Bikini von Gucci und ausgerüstet mit einer israelischen Maschinenpistole. Das britische Lifestyle-Magazin The Face widmete ihr ein Titelbild [...]. Sogar das US-Nachrichtenmagazin Time konnte ihrem Charme nicht widerstehen. In der Time Digitals-Liste der 'Top 50 Shaker in the world' – also dem VIP-Katalog der Computerwelt – steht sie auf Platz 47, in bester Gesellschaft mit Apple-Gründer Steve Jobs und Bill Gates von Microsoft.«[6]

Die Rede ist von Lara Croft (s. S. 43), der bekanntesten unter den sogenannten virtuellen Persönlichkeiten. Als Spielfigur des eher schlichten Computerspiels Tomb Raider hat die Produktionsfirma Eidos Interactive sie mit der Vita einer Archäologin ausgestattet, die auf das gesicherte Leben einer Tochter aus gutem englischen Adelshause verzichtet, um als weiblicher Indiana Jones diverse Abenteuer zu bestehen. Nicht nur als Spielfigur ist sie auf der ganzen Welt zu Hause, auch als Popstar und Pin-Up bevölkert sie eine Reihe realer und imaginärer Welten. Die Popularität dieser Figur galt es in nationale Dienste zu stellen. Wie es heißt, plante der britische Wissenschaftsminister Lord Sainsbury, Lara Croft zur »Botschafterin für britischen Erfindergeist und Technik« zu ernennen.[7] Während die »Persönlichkeit« eindeutig westlich-national codiert ist, ist es die Gestalt Lara Crofts gerade nicht, hier ähnelt sie vielmehr weiblichen Figuren aus den japanischen Manga-Comics. Dort wurden dunkelhaarige Heldinnen als Gegenfiguren zur blonden, amerikanischen Superwoman populär. Ausgerüstet mit Straps und Pistolenhaltern verkörpert Lara Croft eine postfeministische Femme Fatale, die zeigt, »dass es in Ordnung ist, ab und zu gehörig in anderer Ärsche zu treten. Und dabei noch eine gute Figur zu machen.«.[8]

Über eine ähnliche Strategie des selbstbewussten Girlies wird Kyoko Date – eine deutlich »niedlichere« Version – von der japanischen Firma Hori Production als Popstar promoted. Diese Figur ist als ideeller Gesamt-Teenager nach der Devise konzipiert »sexy, ohne sexuell zu sein, unschuldig, aber nicht dumm«, so einer der Manager. Im Unterschied zu Teenie-Stars aus Fleisch und Blut bedarf sie zwar der Stimme einer Sängerin sowie digitaliserter Bewegungen von Tänzerinnen für ihre Auftritte in Video-Clips, was Entwicklungskosten von 1,4 Mio DM verschlungen hat, vereint dafür aber sämtliche positiven Merkmale, indem sie »gleichzeitig gut aussieht, singen kann und Tag und Nacht einsatzbereit ist«, wie ihr Manager hervorhebt. Lara Croft oder Kyoko Date erscheinen nur als Vorboten einer Reihe 3-D-animierter Figuren, die sich im prosperierenden Sektor des E-Commerce im WWW, in virtuellen Modeschauen sowie im Film- und Musikgeschäft zunehmend verbreiten.

Diese Figuren bewegen sich in einem Feld translokaler Öffentlichkeit, das sich, so die Anthropologin Aihwa Ong[9], nicht nur über die Grenzen zwischen Medien und anderen Großunternehmen sowie zwischen staatlichen und privaten Institutionen hinweg entfaltet, sondern ebenso die traditionellen Grenzen zwischen Ost und West überschreitet. Der westliche, europäische oder US-amerikanische Blick wird mit einem Versprechen auf Exotik gelockt, das traditionell mit der euro-asiatischen Frau in Verbindung gebracht wird. Ebenso mag die Souveränität einer global citizen wie Lara Croft die sichere Handlungsfähigkeit in Zeiten globaler Umbrüche in Aussicht stellen.

Für asiatische Betrachter hält die euroasiatische Frau jedoch noch ein anderes Versprechen bereit, nämlich die Aussicht, an der weißen Kultur beziehungsweise der von ihr geprägten Welt des Kapitals zu partizipieren. Aihwa Ong beschrieb den Status euro-asiatischer Frauen als den einer Grenzfigur, die aufgrund ihrer äußerlichen Ambivalenz abgewertet, zugleich aber als westlich geprägtes Subjekt aufgewertet wurde. Die Darstellung der euro-asiatischen Frau – welche sie als zugänglicher präsentiert als die weiße Frau und die über amerikanische oder Honkong-chinesische TV-Anstalten per Satellit eine äußerst weite mediale Verbreitung fand – appelliert, so Ong, an ein Begehren nach transnationaler Identität, die wiederum als Eintrittskarte zu den globalen finanziellen Zentren gilt. So hat sich ein Ideal des amerikanisierten asiatischen Subjekts herausgebildet, in der orientalische Mystik und westlicher Stil fusionieren. Ong deutet dies auch als Bewältigungsstrategie, mit der gesellschaftlich wie individuell durch den Modernisierungswandel erfahrene Brüche überdeckt werden.

Die Präsenz von Euro-Asiatinnen in den translokalen Öffentlichkeiten hat bislang allerding die Akzeptanz kultureller Vielfalt keineswegs bestärkt, im Gegenteil: Da ihre Verbreitung vorwiegend in US-amerikanisch geprägten Kontexten stattfand, wurde der Sinn für das Weißsein erneut gestärkt, wohinge-



»Hottentotten-Venus«



Kyoko Date

gen eine zunehmende Sichtbarkeit asiatischer Global Player – zumindest bis zum Börsencrash – das Gespenst asiatischer Übermacht entstehen liess. Während also auf der einen Seite die nationalen, ökonomischen und sozialen Grenzen durch den transnationalen Transfer von Kapital und Arbeitskräften überschritten schienen, wurden sie auf der anderen Seite als Ost-West-Konflikt wieder eingeschrieben, der die moralische Trennung zwischen asiatischen und amerikanischen StaatsbürgerInnen begründet.

Technomorphe Subjekte

► So wurde bestätigt, was die japanische Medienkritikerin Toshiya Ueno [10] als Techno-Orientalismus bezeichnet: die westliche Konstruktion eines »japanoiden Automaten«, der die technisierte und durchkapitalisierte Asiatin als eine tendenziell lächerliche Figur symbolisiert. Insbesondere diejenigen, welche hochtechnisierte, aber geringbezahlte Beschäftigungen ausübten, vorzugweise also Arbeiter, Frauen und ethnisch Andere, würden demnach unter das Bild der automatisierten Puppe gefasst. Darüber hinaus würden ganze Nationen, wie Japan, mit diesem Bild belegt, sofern ihre Gesellschaft als »überangepasst« an die technologischen und die entsprechenden ökonomischen Bedingungen aufgefasst wird. Die technisierten Anderen stellen also die zwar beängstigende, aber letztlich harmlose Kehrseite des übermächtigen asiatischen Tigers dar. Dieses Bild findet sich wieder im Kontext der Cybergirls und ihrer deutschen Rezeption: Sich kritisch gebende Zeitungsberichte heben hier auf Lara Croft als Sex-Automat – und auf Kyoko Date als sexlosen Automaten – ab. Assoziationen an technisierte Arbeitsprozesse oder Migration werden jedoch tunlichst vermieden.

Im Zuge von Migration, multiethnischer Gesellschaften und der Verbreitung transnationaler Ideale hat sich jedoch auch die Repräsentation der Nation angepasst, so wie es das Titelbild einer Times-Ausgabe nahelegt. Über die Technik des Morphing wurde eine ideale Staatsbürgerin erzeugt, und mit ihr gleichsam ein neues nationales Selbstgefühl der »World's First Multicultural Society«. Das computergenerierte Bild wurde konstruiert aus gescannten Photos sieben männlicher und sieben weiblicher Models, die je einer ethnischen Kategorie zugeteilt wurden. Das so entstandene (»gemorphte«) Bild wird als exaktes Abbild der US-amerikanischen Gesellschaft vorgestellt, bestehend aus folgenden Anteilen: 15% angelsächsisch, 17,5 % Mittlerer Osten, 17,5 % afrikanisch, 7,5 % asiatisch, 35 % südeuropäisch, 7,5 % hispanisch. Die US-Wissenschaftskritikerin Donna Haraway stellt die Figur als einen Techno-Mythos vor, der gleichsam die Generierung eines neuen mythischen Geschlechts ankündigt, das alle anderen in sich vereinigt – und dennoch weiblich ist: »mother of the new race«.[11] Wie auch Lara Croft rief Sim(ulation)Eve, wie Haraway die Morphing-Figur nennt, ein unstillbares (und daher ungefährliches) Verlangen hervor: Berichtet wird von mehreren Technikern, die sich unsterblich in das Bild verliebt hätten. Die Konstruktion eines weiblichen Durchschnittsgesichts scheint als Inbegriff menschlicher Schönheit aktuelle ästhetische Bedürfnisse zu erfüllen. Zugleich findet das elektronische Zeitalter auf diese Weise seinen Anschluss an die rassisierende und sexualisierende Tradition der Bildproduktion des vorletzten Jahrhunderts: Auf der Suche nach der zeitlosen »Rassenschönheit« wurde mit in Südafrika erprobten Methoden der Anthropometrie sowie der Photographie die Norm des Schönen, Heilen und Ganzen für den weiblichen Körper produziert und reproduziert. Die Verschränkung von medizinischer und ästhetischer Normierung fand ihre wissenschaftliche Legitimation in der Statistik: Zahllose Aufnahmen und Messdaten von europäischen und außereuropäischen Frauen lieferten die Begründung für die Hierarchie von schönen und gesunden Körpern sowie seinen Abweichungen, wie sie entlang von Schönheitsskalen aufgestellt wurde.[12] Dank der Computertechnik genügt ein einziges Bild, um das gesamte menschliche (nationale) Potenzial aufzuweisen, die Universalgestalt legitimiert sich implizit durch das »Faktum« des Mittelwerts.

Der Westen konstruiert ein Menschenbild des »japanoiden Automaten«

Im Unterschied zu den Konstruktionen unter dem Ideal der europäischen oder schwarzafrikanischen Natur-Venus stellen die Techno-Hybride Differenzen nicht mehr aus, sondern sie werden lediglich noch statistisch benannt. Unsichtbar wird die Art und Weise der Konstruktion, die nicht erst bei den technischen Verfahren der Bildproduktion beginnt, sondern bereits bei der Auswahl der Models, die ihrerseits natürlich einer Stilisierung unterliegen. Ausgespart bleibt auch die Funktion für das nationale Identitätsgefühl: Denn Anlass dieses Bildes war, wie Haraway schreibt, eine »Sorge« über die zunehmende Zahl multiethnischer Ehen in den USA infolge der vorangegangenen Migrationswelle. Das glatte Kompositporträt gibt jedoch zu keinerlei Ängsten Anlass – Morphing, so läßt sich mit Haraway vermuten, erscheint als Substitut und technisch formierte Bewältigung einer Furcht, die in vor-multikulturellen Zeiten Rassenvermischung hieß. Die MigrantIn ist hier zugleich als ein statistischer Wert eingeschlossen wie als konkretes Bild ausgeschlossen.

Während also der romantisierte, multiethnische Techno-Traum ein glattes, an das Weißsein angpasste Gesicht trägt, aus der alle Spuren von Gewalt, Furcht und Diskriminierung getilgt sind, wird alle dies in Bezug auf Körper und Verhalten der Cybergirls betont: »Aus Opfern werden Helden«, schreibt der Spiegel, »junge Frauen und Mädchen, die schlagkräftiger sind als alles monströse Gesocks, das ihnen an die Wäsche will.« Als Bruch erscheint hier das Verhalten der weiblichen Spielfiguren im Unterschied zu ihrem harmlosen, mädchenhaften Äußeren. Der Mix aus Girlie und Gewehr scheint mit Genuss rezipiert zu werden – wobei die Referenz auf einen stets als altmodisch titulierten Feminismus nicht fehlen darf. Eine Steigerung dieses Genusses bot Lara Croft, die ursprünglich als Identifikationsfigur für Mädchen entwickelt wurde, schließlich auch männlichen Compu-



terbastlern: Auf über 7000 Web-Seiten entwickelt die Figur ein Eigenleben, in der ihre Fans ihr ein neues Outfit verpassten, das zuallererst in einem größeren Busen und einer schmaleren Taille bestand. Entsprechend groß war der Aufschrei – vorwiegend seitens männlicher Spieler – als in der neuesten Version von Tomb Raider die Brust verkleinert aussah, wie die PR-Managerin von Eidos Interactive auf ihrer Website berichtet.



Elexis Sinclair & Aja

Die Konstruktionsbemühungen beschränken sich nicht allein auf die graphische Computeroberfläche. In erstaunlich regelmäßiger Weise werden Überschreitungen zwischen Simulationsfiguren und der Wirklichkeit außerhalb der Computer inszeniert. In die eine Richtung erscheinen sie notwendig, um Computergraphiken wie Kyoko Date »realitätsnah« zu gestalten, das heißt, ihr über digitalisierte Daten annähernd glaubwürdige Bewegungen und Stimmqualitäten zu verleihen. Dass es sich dabei um eine Vielzahl menschlicher Bewegungsspender handelt, bleibt hinter der »Persönlichkeits«-Erzählung verborgen, welche die Figur zusammenhält. Die solchermaßen konstruierte Einheit funktioniert wie bei Popstars: jede einigermaßen bekannte Popvideo- oder Computerspiel-Figur erhält bergeweise Fanpost. Doch auch in umgekehrter Richtung wird simuliert: Schauspielerinnen oder Models werden als »menschliche Stand-Ins« für PR-Veranstaltungen engagiert, wo sie den »neuen weiblichen Heldentyp«[13] aus Spielen oder Filmen, wie Elexis Sinclair (aus dem Spiel SIN) oder Aja aus The Fifth Element vertreten. Der Simulations-Realismus in der 3-D Ästhetik scheint dabei jedoch die bessere Wirklichkeit zu bieten: Während sich eine Schauspielerin, so wird berichtet, sogar einer Busenvergößerung unterzogen hatte, um dem Original Lara Croft näher zu kommen, konnte sie es doch nicht ganz erreichen, denn es sei »unheimlich schwer, eine Figur zu verkörpern, die so agil und anmutig ist«[14]. Sie wurde denn auch wieder durch eine virtuelle Figur abgelöst.

Es scheint, als müsste nun die technische Revolution ihre Technomythen als lebendige beweisen – ähnlich wie die französische Revolution ihre Naturmythen während der Fêtes Nationales verlebendigte. Gefeiert wird hier eine Technik, die sowohl in der Lage ist, die technische Konstruktion der »Natur« anzugleichen als auch die Nicht-Technik der Technik. Im Zeitalter der schier grenzenlosen Brustvergrößerungen wird der weibliche Körper – genauer: die Verweiblichung des Körpers – zum direkten Beweis technischer Innovation, Machbarkeit und Beherrschbarkeit. Damit jedoch nicht genug: Wenn Weiblichkeit nun als das gilt, was am Bildschirm oder am Operationstisch konstruiert und modelliert werden kann, also letztlich technisch verfasst erscheint, so verändert sich auch ihre repräsentative Funktion: Weibliche Allegorien vermitteln nun, so ließe sich vermuten, nicht mehr zwischen (wilder oder zivilisierter) Natur und (menschlicher) Kultur, sondern zwischen Technik und Mensch. Dieses Technische wird, wie beschrieben, nun ebenfalls ethnisiert: der »guten« transnational-westlichen steht eine »böse« japanoid-asiatische Techno-Welt gegenüber.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nur folgerichtig, Figuren wie Lara Croft zu »Botschafterinnen« zu erklären, und zwar der guten Technik der richtigen Nation. Als Heldin, die die Welt im Griff hat, ist sie die ideale Verkörperung des postmodernen Subjekts. Die äußerliche Annäherung an die »farbige Frau«, die zugleich klar macht, dass sie »eigentlich« weiß ist, verleiht der Figur nicht nur eine transnationale Souveränität, die Differenzen assimiliert, sondern verdeutlicht noch einmal mehr, wem die Position des globalen Subjekts zugeschrieben wird. Die Repräsentation von Eigenem und Fremdem, die im Zusammenhang mit nationalen Begründungsimaginationen säuberlich getrennt und über das Konstrukt der Rasse hierarchisiert waren, erscheint mit dem Einsatz technisch erzeugter Universalgesichter nun amalgamiert in einer Figur.

Im Unterschied dazu wird die Geschlechterdifferenz verstärkt, wobei die Power-Girlies durchaus als männlich geltende Attribute übernehmen und sich gegen machistische Zumutungen wehren dürfen. Das selbstbewußte Auftreten, das für eine gewisse Unsicherheit, da aggressive Unberechenbarkeit der Figuren sorgt, lässt sich letzlich als eine Stärke verstehen, an der, vermittelt über das Spiel, weibliche wie männliche SpielerInnen partizipieren können. Die beschworene »Unheimlichkeit« verwandelt sich damit in die Sicherheit, die eine Heldin bietet. Als Objekte der Begierde wie der Konstruktion erscheinen Lara Croft & Co. als ideale Projektionsflächen für den Traum der technologischen Transformation des Körpers sowie als Bewältigungsinstrument von Ängsten und Unbehagen, welche diese Vorstellungen auslösen mögen. Bei allen Unsicherheiten der technisierten Welt bleibt zumindest eines gewiss: Diejenigen Körper, die konstruiert werden, sind weiblich. Daran lassen die Comic-artig überzeichneten Geschlechtsmerkmale keinen Zweifel – auffälligerweise sind es wiederum nur diejenigen, die als »sekundär« gelten, so dass Assoziationen an Reproduktionstechnologien und andere technische Manipulationen der Genitalien von vornherein ausserhalb des Blickfeldes bleiben. Die Geschlechterdifferenz bietet also auch dem unübersichtlichen Feld der Techno-Culture eine bewährte Orientierung. Ob unter dem Zeichen des Natürlichen oder des Technischen: Der weibliche Körper bildet weiterhin den Stoff, aus dem die Allegorien sind.

Anmerkungen:

1 »Zwischen Barbie und Bardot« (Spiegel Spezial 3/1998)

2 Iversen, Margret (1994): Momuments, Maidens and Memory. Der Fall der Freiheitsstatue. In: Schade, Sigrid/Wagner, Monika/Weigel, Sigrid (Hg.): Allegorien und Geschlechterdifferenz, Köln/Weimar/Wien.

3 Warner, Marina (1989): In weiblicher Gestalt. Die Verkörperung des Wahren, Guten und Schönen, Reinbek.

4 Wenk, Silke (1999): Geschlechterdifferenz und visuelle Repräsentation des Politischen. In: FrauenKunstWissenschaft Nr.27.
dies. (1996): Versteinerte Weiblichkeit. Allegorien in der Skulptur der Moderne; Köln/Weimar/Wien.

5 Gilman, Sander L. (1992): Rasse, Sexualität und Seuche: Stereotype aus der Innenwelt der westlichen Kultur, Reinbek.

6 »Pin-up für die Neunziger« (Frankfurter Rundschau, 28.3.1998)

7 com!online 6/1999

8 »Laßt gut sein, Jungs!« (Spiegel Spezial 7/1999)

9 Ong, Aihwa (1999): Flexible Citizenship. The Cultural Logics of Transnationality; New York.

10 Ueno, Toshiya: Japanimation and Techno-Orientalism; www.t0.or.at./ueno/japan.htm (last time accessed 4.1.2000).

11 Haraway, Donna (1997): Modest_Wittness @-Second_Millenium. FemaleMan_meets_Onco Mouse. Feminism and Technoscience, New York.

12 Friedrich, Annegret (1997): Kritik der Urteilskraft oder: Die Wissenschaft von der weiblichen Schönheit in Kunst, Medizin und Antrhopologie der Jahrhundertwende. In: Friedrich, Annegret/ Haehnel Birgit/ Schmidt-Linsenhoff, Viktoria/ Threuter, Christina (Hg.): Projektionen. Rassismus und Sexismus in der Visuellen Kultur; Marburg.

13 »Starke Frauen« (com!online 11/1998)

14 Spiegel Spezial 3/1998

► **Sylvia Pritsch** ist Kulturwissenschaftlerin und promoviert zu feministischen Subjekttheorien an der Universität Bremen

Residenzpflicht für Flüchtlinge

► 600 Menschen nahmen Ende April am ersten selbstorganisierten Flüchtlingskongress in Jena teil. Vorbereitet wurde die Veranstaltung von der Karawane-Gruppe, kein-mensch-ist-illegal, dem *Internationalen Menschenrechtsverein* Bremen sowie vor allem von The Voice Africa Forum, einer Gruppe afrikanischer Flüchtlinge in Jena, die mittlerweile auch in anderen Städten aktiv ist. The Voice will neben dem direkten Kampf gegen Abschiebungen und deutsche Flüchtlingspolitik über die Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern aufklären. Unter dem Titel »We are here because you destroy our countries« wurden die fortgesetzten Abhängigkeitsverhältnisse unter der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung diskutiert. Weitere Schwerpunkte waren die Herausbildung einer gemeinsamen EU-Flüchtlingspolitik, die alltägliche rassistische Ausgrenzung von MigrantInnen sowie die spezifische Situation weiblicher Flüchtlinge.

Auch das seit 1982 geltende Gesetz zur Residenzpflicht wurde als Beispiel einer Reihe von massiven Menschenrechtsverletzungen der deutschen Flüchtlingspolitik heftig kritisiert. Danach dürfen AsylbewerberInnen den Landkreis, in dem sie gemeldet sind, nur mit einer Sondergenehmigung verlassen. Ansonsten machen sie sich strafbar. Deutschland ist das einzige Land in Europa, das sich einer so repressiven Gesetzgebung zur Einschränkung der persönlichen Freiheit von Flüchtlingen bedient. *The Voice* sprach von mentaler und körperlicher Zerstörung der Betroffenen und nannte das Leben unter solchen Auflagen einen Zustand wie in Gefangenschaft.

Neben der Kriminalisierung von MigrantInnen zielt die Residenzpflicht auch darauf, diese daran zu hindern, sich politisch zu betätigen und zu organisieren. Das zeigte sich auch in Jena: Obwohl die Ausländerbeauftragte des Bundes, Marie-Luise Beck, den Ausländerbehörden schriftlich nahegelegt hatte, Flüchtlingen die Erlaubnis zu erteilen, an dem Kongress teilzunehmen, wurde dies in vielen Fällen verweigert. Damit einher ging die Androhung von Strafen und beschleunigter Abschiebung bei einer Teilnahme. Das Brandenburger Innenministerium forderte die Ausländerbehörden in Rathenow und Cottbus sogar ausdrücklich dazu auf, die Genehmigungen nicht zu erteilen. Neben fehlenden Kontakten von MigrantInnen zu unterstützenden antirassistischen Gruppen, waren es diese Einschüchterungsversuche und die Angst vor Polizeikontrollen, die viele »zu Hause« bleiben ließen.

In einem Brief an die Bundesregierung fordert der Kongress die Aufhebung der Residenzpflicht. Die »Karawane« plant eine dauerhafte Kampagne bis zur Abschaffung des Gesetzes. Außerdem gibt es am 8. Juli in Hamburg, Freiburg, Nürnberg, Rostock, Jena, Gera, Erfurt und Darmstadt lokale Aktionstage gegen die Residenzpflicht. Schliesslich sollen am 3. Oktober auf der EXPO ein weiterer Aktionstag und parallel dazu Demonstrationen vor verschiedenen deutschen Botschaften in Europa stattfinden. Eine Abschluss-Deklaration des Flüchtlingskongresses in Jena ist im Internet unter http://www.nadir.org zu finden.

Tobias Müller (iz3w)

Welt-Sozial-Steuer?

► Fünf Jahre nach dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen findet in Genf dieser Tage eine Sondergeneralversammlung der UN zum Thema *Soziale Entwicklung* statt. Auf einem Vorbereitungstreffen in New York im April ergaben sich Uneinigkeiten zwischen den Industrienationen und der Gruppe der 77, die festgelegte internationale Rahmenbedingungen fordern, um ihre soziale Weiterentwicklung zu gewährleisten. Dazu zählen die Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte, ein umfassendes Schuldenerlassprogramm über die Gruppe der ärmsten Länder hinaus sowie bessere Möglichkeiten, ihre Produkte auf den Märkten der Industrieländer abzusetzen. Diese bestehen aber darauf, die Diskussion um soziale Verhältnisse von der Thematik des Handels, der Weltwirtschaftsordnung und der Entschuldungsfrage zu trennen und verweisen auf die Zuständigkeit von WTO, IWF und Weltbank.

Anders verlaufen die Fronten in der Frage, ob in Zukunft eine Abgabe auf spekulative Devisengeschäfte realisierbar sei. Nachdem die kanadische Regierung eine Studie über die Auswirkungen einer solchen »Currency Transaction Tax« in Auftrag gegeben hat, äußerten sich Finnland, Italien und Dänemark positiv dazu. England und Frankreich reagierten zurückhaltend, doch nicht abweisend, während allein die Bundesrepublik und die USA strikt dagegen stimmten. In den Vereinigten Staaten drohen die Republikaner sogar damit, die UN-Gelder zu streichen, wenn über eine solche Steuer nur diskutiert würde.

Auch unter Nichtregierungsorganisationen ist die als »Tobin-Tax« bekannte Besteuerung von internationalen Finanztransaktionen nicht unumstritten. *(vgl. auch iz3w 244)*. Das »Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte« sieht in der Steuer eine Möglichkeit zur Regulation der Finanzströme. Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft dagegen wendet sich mit einem offenen Brief an das Netzwerk, um seine Skepsis gegenüber einer Tobin-Tax auszudrücken, denn »die monetäre Sphäre der Finanzmärkte ist eben nicht zu trennen von der realökonomischen, 'produktiven' Sphäre. Beide sind funktional aufeinander angewiesen, ihre Krisenlogik ergänzt und überlagert sich in hohem Maße.« Auch die Forderung nach der »demokratischen Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen« sei irreführend. »Es ist die zentrale Aufgabe dieser Institutionen, das auf Ausbeutung und Ungleichheit basierende Geldverhältnis zu stabilisieren und die Verwertung von Kapital zu organisieren.«

iz3w

Kameruns Entschuldung

► Die Auslandsverschuldung Kameruns hat sich von 1980 bis 1998 mit einem Anstieg auf knapp 10 Milliarden US-Dollar fast verfünffacht. 1999 wurde das westafrikanische Land in die erweiterte HICP-Initiative der hochverschuldeten Länder aufgenommen. In diesem Programm werden hauptsächlich bilaterale Schulden erlassen, und diese machen mit 76 Prozent den Hauptteil von Kameruns Schuldenlast aus. Unter den bilateralen Gläubigern steht die BRD mit 17 % hinter Frankreich an zweiter Stelle. Auf der anderen Seite ist Kamerun innerhalb der HICP- Staaten der größte Schuldner der BRD. Der Gesamtbetrag von 2 Mrd. DM setzt sich zusammen aus 1,3 Mrd. DM Handelsschulden und 698 Mio. DM an offenen Forderungen aus der Entwicklungshilfe. Frankreich und Deutschland haben inzwischen beide einen kompletten Schuldenerlass angekündigt.

Lachende Dritte könnten dadurch allerdings die Privatbanken sein, rechnen sie doch in diesem Fall mit besseren Rahmenbedingungen für die Bedienung der multilateralen Schulden, die 1998 15 % ausmachten. Die Folgen eines Erlasses sehen für Kamerun wie folgt aus: Für das Fiskaljahr 2000/ 2001 ginge der Schuldendienst auf 26 % der Staatseinnahmen und 16% der Exporteinnahmen zurück. Dadurch würde der Barwert der kamerunischen Gesamtverschuldung im gleichen Jahr auf »nur noch« 168 % der Exporteinnahmen sinken.

Um Kredite zu erhalten, muss sich Kamerun im Rahmen eines 1997 mit dem IWF geschlossenen Strukturanpassungsprogramms an bestimmte Auflagen halten. Selbst kamerunische Organisationen, die mit Blick auf die Lage der Bevölkerung einen Erlass fordern, sprechen sich inzwischen für Auflagen hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte und »good governance« aus. (vgl. dazu S. 23) Denn die als Bedingung für weitere Kredite vom IWF geforderte Transparenz ist nicht gegeben, im Gegenteil: Kamerun gilt nach Einschätzung von Transparency International als korruptestes Land der Welt. Zu den weiteren Auflagen zählen ein Programm zur Armutsbekämpfung, die transparente Verwaltung der Einnahmen aus den wichtigen Erdölexporten und eine umfangreiche Privatisierung staatlicher Sektoren wie die Energie- und Wasserversorgung oder die nationale Fluggesellschaft. Die kamerunische Regierung kritisiert diese Forderungen jedoch als einen Versuch Frankreichs, die Kontrolle über profitable Investitionen zu gewinnen.

Pedro Morazán

► *Der hier in Auszügen gedruckte Text ist vollständig nachzulesen im neu erschienenen »Schuldenreport 2000«. Bezug: weed, Tel. 0228-76613-0, www.weedbonn.org*

Nach uns der Staudamm

► Das am Tigris im Südosten der Türkei geplante Ilisu-Staudammprojekt wird immer mehr zu einem internationalen Konfliktherd. Neben den Protesten von AnwohnerInnen und Naturschutzorganisationen verschärft das Projekt auch den Konflikt um die Wasserversorgung in der Grenzregion der Türkei, Syriens und des Irak. Die Türkei hat ihren Nachbarländern schon mehrfach gedroht, ihnen das Wasser abzudrehen.

Betroffen wären von dem Bau vor allem die BewohnerInnen der antiken Stadt Hasankeyf, einem der ältesten bewohnten Orte der Welt. Die gesamte Unterstadt würde überflutet, und die ansässige (kurdische) Bevölkerung müsste umgesiedelt werden. Abgesehen davon, dass die Region von dem Damm keinerlei Vorteile hätte, kritisiert der kurdische Studentenverband, dass angesichts der fehlenden Meinungsfreiheit in Kurdistan die betroffenen Menschen keinerlei Einfluss auf die Entscheidung hätten und sich nicht dagegen wehren könnten.

Als Folge des Projekts würde sich der Tigris auf mehreren hundert Kilometern zu einem See ausweiten, der durch die Abwässer der Großstädte Diyarbakir und Batman bald zur Kloake verkommen würde. Flussabwärts befürchtet der Naturschutzbund Deutschland (NABU) dagegen Wassermangel und eine veränderte Flussdynamik, wodurch die Fehler aus anderen Staudammprojekten kopiert würden. Der NABU sieht den geplanten Staudamm im Zusammenhang mit ähnlichen südostanatolischen Projekten und wirft der türkischen Regierung einen »ökologischen Krieg« gegen die kurdische Bevölkerung vor, in dessen Rahmen u.a. 4.000 Dörfer entvölkert worden seien. Besondere Brisanz bekommt das Thema durch die Überlegung der Bundesregierung, den Staudammbau mit einer Hermes-Bürgschaft finanziell abzusichern, obwohl dieser nach einem Gutachten von britischen und schweizerischen Professoren gegen internationales Recht verstösst.

iz3w

Verehrter Kolonialheld

► Eine Gedenktafel im Zentrum von Saarlouis ehrt den großen Sohn der Stadt: »Der unbesiegte ritterliche Verteidiger Deutsch-Ostafrikas im Weltkrieg 1914-1918 General Paul von Lettow-Vorbeck wurde am 20.3.1870 in diesem Haus geboren«. Ähnlich fällt die Huldigung auf der städtischen Internetseite aus. Dass eine Straße nach ihm benannt ist und er Ehrenbürger der Stadt ist, rundet das Bild ab.

Wer war der »unbesiegte« deutsche Afrikaheld von Lettow-Vorbeck? Als einer der führenden deutschen Kolonialmilitärs war er 1904 federführend an der Ermordung von 60.000 Herero im damaligen Deutsch-Südwestafrika (Namibia) beteiligt. Wenig später führte er in Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania, ab 1914 einen blutigen Durchhaltekrieg gegen englische und belgische Truppen, dem etwa eine halbe Million Menschen, die meisten davon Zivilisten, zum Opfer fielen. Aus Afrika zurückgekehrt, unterstützte er 1920 den ultrarechten Kapp-Putsch und setzte sich für die Rückgabe ehemaliger Kolonien ein. Diese Forderungen wurden bruchlos von den Nationalsozialisten übernommen, auf deren Kundgebungen er häufig auftrat. Sein Kinderbuchklassiker ‚Heia Safari' von 1920 erlebte bis 1952 neun Ausgaben und wurde von der NSDAP in die Grundliste für Schulbibliotheken aufgenommen.

Die aktuellen Huldigungen für den Massenmörder Lettow-Vorbeck nähren den Mythos vom ewig unbesiegten deutschen Soldaten. Afrika ist dabei lediglich eine der möglichen Projektionsflächen. Die Geschichte des deutschen Kolonialismus ist kurz und blutig. Wo immer Deutsche als Kolonialherren auftraten, der Schwerpunkt war Südwest- und Ostafrika, setzten sie ihre Interessen gewaltsam gegen die Bevölkerung durch, die als minderwertig abgestempelt wurde. Ziel war es, die Kolonien auf die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zuzurichten. Im Rommelschen Afrikakorps fanden die Ideen von Lettow-Vorbecks ihre Fortsetzung. Der Kreis schließt sich, als 1993 deutsche Soldaten ihren »humanitären« Somaliaeinsatz in Afrika beginnen und das alte Afrikabild wieder aufgewärmt wurde: »Die da unten schlagen sich die Köpfe ein, wenn wir nicht für Ordnung sorgen«. Die Fallschirmjäger der Saarlandbrigade waren federführend bei diesem neuen deutschen Afrikaeinsatz und sind übrigens in Saarlouis stationiert. Ihren Einsatz in Somalia präsentierten sie als Abenteuerurlaub inklusive der von ihnen als »Landser-Souvenirs« ausgestellten Mitbringsel.

Roland Röder
(Aktion 3. Welt Saar)

► WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.) hat auch im sogenannten Erlassjahr 2000 einen **Schuldenreport** zusammengestellt, der die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer dokumentiert. Ein Jahr nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Köln, auf dem vollmundig eine Entschuldungskampagne angekündigt wurde, enthält der Bericht eine kritische Zwischenbilanz. Außerdem geht es um die Haltung der Bundesregierung gegenüber hochverschuldeten Ländern, die Strategien zur Armutsbekämpfung von IWF und Weltbank sowie um Forderungen an eine weiterreichende Entschuldungsinitiative. *WEED, Bertha-von-Suttner-Platz 13, 53111 Bonn. Tel. 0228/766130, Fax 0228/696470, email: weed@weedbonn.org*

► Das Geschäft deutscher Pharmakonzerne mit **Medikamenten in der »Dritten Welt«** steht im Mittelpunkt einer Studie der BUKO-Pharma-Kampagne. 2.000 Medikamente werden dazu auf ihren Nutzen untersucht und bewertet. Dazu liegen zwei Veröffentlichungen vor: »Von sinnvoll bis gefährlich: Deutsche Arzneimittel in der Dritten Welt« von Jörg Schaaber und Zohreh Rahsti, wo die Ergebnisse der Studie zusammengefasst und erklärt werden, sowie eine Broschüre mit Informationen zum Hintergund der Studie, die auch zusätzliche Grafiken und Statistiken enthält (unter dem Titel »German Drugs. Poor choices for poor countries« auch auf Englisch erschienen). Beide Broschüren sind erhältlich bei: *BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel. 0521/60550, email: bukopharma@compuserve.com*

► In Bonn finden am 7. und 8. August vor den Gebäuden ausländischer Botschaften Protestaktionen gegen die Abschiebepraxis und insbesondere gegen die **Botschaftsanhörung von Flüchtlingen** statt. Dabei unterstützen Botschaftsangehörige des jeweiligen Landes die deutschen Ausländerbehörden bei der Identifizierung vor der Abschiebung. Die Aktionen sollen vor den jeweiligen Botschaften stattfinden. *Info: The Voice, Jena 03641/665214*

► Im Rahmen der **EXPO-Proteste** gibt es folgende Termine: Chaostage in Hannover vom 10. Juli bis 8. August; Antirassistischer Aktionstag am 19. Juli, Info bei AKKU, 0441/248175; Interkulturelle FrauenLesben-Uni, eine Gegenveranstaltung zur Expo-Frauenuni, vom 1. bis 30. Juli, Info bei Bego, c/o Asta Hannover, 0511/7625064 oder www.physik.org/iksu; Subversives Kulturfest in Hannover am 9. September; eine Karawane von Hannover zur IWF-Tagung in Prag, ab dem 25.September (antiimf2000-subscribe @egroups.com). Sowie Spezielle Aktionstage: Kamerun 13. Juli (Info: The Voice, Jena, www.humanrights.de); Spanien 19. Juli; Türkei 19. August, Mexico 20. August, Info: Ya basta (karawane@mail.nadir.org); Nigeria 2. Oktober (Info: The Voice, s. o.); Deutschland 3. Oktober.

► Die kommende bundesweite Versammlung des Netzwerks **»kein mensch ist illegal«** findet in Freiburg vom 22.-24. September statt. Vorgesehen sind Diskussionen um die Vereinheitlichung der europäischen Flüchtlingspolitik sowie der Lufthansa-Kampagne »deportation class – ein Albtraum vom Fliegen«. *Info: 0172/8910825*

► Die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert in Berlin am 5. und 6. Oktober eine internationale Konferenz zu **»Gerechtigkeit und Barbarei«**. Erörtert werden Perspektiven des globalen Umbruchprozesses und Wege zu mehr Gerechtigkeit ein Jahr nach Seattle. *Info: www.rosaluxemburgstiftung.de*

► Anschließend kann in der Berliner Humboldt-Uni auf dem **BUKO-Kongress** vom 6. bis 8. Oktober weitergetanzt werden. Aufgelegt wird zum Thema »WTO und soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus: www.von-unten.org (widerstand weltweit von unten organisieren).« *Info: BUKO, Tel. 040/393156, Fax 040/3907520, email: bukohh@t-online.de*

Tagungen

► **Städte für Alle – Local Heroes 21** ist der Titel eines internationalen Treffens städtischer Basisorganisationen in Berlin vom 3. bis 6. Juli. Organisiert wird das Treffen, das auch als Gegengewicht zur zeitgleich im Rahmen der Expo in Berlin stattfindenden »Weltkonferenz zur Zukunft der Städte« gedacht ist, vom Dachverband deutscher NRO, dem ‚Forum Entwicklung und Umwelt', dem ‚Habitat Forum Berlin' und TRIALOG, einer Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in der Dritten Welt. Im Mittelpunkt steht die Vorbereitung des »Welttreffens von Stadtbewohnern« im Oktober in Mexico-Stadt. *Info bei Klaus Teschner, Habitat Forum Berlin, Baerwaldstrasse 51, 10961 Berlin, Tel. 030/6946709, www.habitat-forum-berlin.de, email: teschner@habitat-forum-berlin.de,*

► Die Evangelische Akademie Loccum bietet vom 5. bis 7. Juli ein Internationales Werkstattgespräch über den Gebrauch des **traurigen Notmittels Krieg** an. Dabei geht es um die Frage, ob und wie politische Ziele mit dem Einsatz militärischer Gewalt erreicht werden können. *Info: Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg- Loccum, Tel. 05766/81900, email: Karin.Hahn@evika.de.*

► Vom 6. bis zum 9. Juli findet in der Universität Marburg ein internationales Symposium (englischsprachig) mit dem Titel **Poverty reduction by participation? Self-help capacities and organisational possibilities of the urban poor in Third World Countries** statt. Beteiligt sind u.a. Experten aus Kenia, der Elfenbeinküste, Brasilien und Chile. *Info: Philipps-Universität Marburg, Institut für Politikwissenschaft, 35032 Marburg, Fax: 06421/2828991, email: Lauberj@mailer.uni-marburg.de.*

► Das Freie Radio Flora (Hannover) und das Frauennetzwerk IKX laden zu einer Frauen-Radio-Konferenz in Hannover ein. Zwischen dem 6. und 9. Juli geht es unter dem Motto »Frauen schaffen Freiräume der Kommunikation« um das Thema **Migration und Illegalisierte**. Dazu gibt es Vorträge von lateinamerikanischen Radiomacherinnen. Konferenzsprachen sind Spanisch und Deutsch. Am 10. Juli schliesst sich ein Workshop für JournalistInnen über alternative Medien in Lateinamerika und Europa an. *Info: Mechthild Dortmund, Tel. 0511/ 219790 oder Radio Flora, Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover, Fax: 0511/2197919, email: medort@radioflora.apc.de*

► **In vier Monaten zur Friedensfachkraft werden** kann mensch bei einem Qualifizierungskurs, den die AG Qualifizierung für Zivile Konfliktbearbeitung / Zivilen Friedensdienst zwischen dem 1. August und 24. November anbietet. Interessierte können sich darüber bei einem Orientierungswochenende vom 7. bis 9. Juli in Bornheim bei Brühl informieren. *Info bei der AG Qualifizierung für Zivile Konfliktberatung/Zivilen Friedensdienst, Wesselstr. 12, 53113 Bonn, Tel. 0228/ 98144 73, Fax. 98144 75, email: agqualifizierung@t-online.de*

► Um **Die Zukunft der Solidarität in Zivilgesellschaften** dreht sich vom 14. bis 16. Juli ein Seminar in Weil der Stadt. Erörtert werden soll die Möglichkeit globaler Solidarität in der Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Veranstalter und *Info: Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg (STUBE), c/o Ev. Akademie Bad Boll, Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart.*

► Die Verdener Umweltwerkstatt wird auch in diesem Jahr wieder ein **Wendland-Sommercamp** durchführen, und zwar vom 22. bis 30. Juli. *Weitere Informationen bei Klaus Dichtel, c/o Verdener Umweltwerkstatt, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, Tel. 04231/ 957571, Fax 04231/957573, email: Klaus@oekozentrum.org*

Vorschau: iz3w Nr. 247
Schwerpunkt:
»Herrschaft und Sprache«

► Sprache weist über Kommunikation im engeren Sinne hinaus und zeigt gesellschaftliche Strukturen auf. Denn Sprache transportiert Deutungsmuster der Welt und wirkt damit als symbolisches Machtinstrument. Der Umgang mit Herrschaftsdiskursen bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Teilnahme, Ausgegrenztsein (Sprachlosigkeit) und freiwilliger Abgrenzung. Sprachliche Herrschaftsstrukturen lassen sich auf unterschiedlichen Ebenen betrachten: als Machtverhältnis innerhalb einer Sprachgemeinschaft und im kontrastiven Vergleich zwischen einzelnen Sprachen.

Im Themenblock soll an verschiedenen Beispielen die Wirkungsweise von Sprache betrachtet werden und der Frage nachgegangen werden, ob sich Kritik durch Teilnahme an oder in Abgrenzung zum Herrschaftsdiskurs artikulieren kann.

► Das 8. **OstFrauenLesbenSommer-Camp** findet vom 21. Juli bis 6. August in Tännich/Thüringen statt. *Mehr darüber bei Jenny Oepke, Köpenicker Str. 170, 10997 Berlin oder unter www.jennyoepke.de/camp*

► Ein internationales Jugendcamp veranstaltet vom 1. bis 18. August die Panafrikanische Jugend Organisation (OJP) in Dakar/Senegal. Dem **CAMP INTERNATIONAL TEKKI AFRICA** jeunesse et nouvelle citoyenneté geht es um Solidarität und interkulturelle Kontakte speziell unter Jugendlichen. *Info unter Tel. 00221/ 8248101, Fax 00221/8244850 oder email: ly@excite.fr*

► Das Gen-ethische Netzwerk Gagatu veranstaltet vom 27. August bis 3. September am Gentechnik-Standort Köln ein **Camp zu Aktionen und Diskussionen rund um die Gentechnik**. Außerdem findet in Köln vom 1. bis 3. September ein Kongress über Gentechnik in Lebensmitteln und Landwirtschaft statt. Dabei geht es auch um die Diskussion von Gentechnik in Schule, Kirchen und Medien. *Info bei Gen-ethisches-Netzwerk e.V. Tel. 030-685 80 30, Fax. 030- 684 11 83, email: gagatu@gen-ethisches-netzwerk.de oder www.gen-ethisches-netzwerk.de/gagatu*

► Die Evangelische Akademie Loccum lädt vom 18. bis 22. September ein zum **Dialogue Among Civilisations**, einer Internationalen Tagung anlässlich der EXPO. Dabei geht es um den interkulturellen Dialog und seine Rolle bei einer demokratischeren Form der Globalisierung. *Info: Ev. Akademie Loccum, Geschäftsstelle, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel. 05766/81-0, Fax 05766/81-900, email: eal@evlka.de oder unter www.loccum.de*

► Die Situation von Minderheiten in Indien **Zwischen Pluralismus, Brahmanisierung und Globalisierung** und besonders die von Dalits und Adivasis stehen im Mittelpunkt eines Seminars, das die Evangelische Akademie Bad Boll vom 22. Bis 24. September anbietet. *Info: Ev. Akademie Bad Boll, Arbeitsbereich Ökumene, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll. Tel. 07164/ 79269 od. 79229. email: wolfgang.wagner@ev-akademie-boll.de*

► **Die Arbeit des iz3w wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.**

Impressum

Herausgeberin:

► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 07 61/740 03, Fax: 07 61/70 98 66, E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: www.iz3w.org

Redaktion:

► Martina Backes, Silke Bellanger, Dominik Bloedner, Thomas Cernay, Stephan Günther, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Tobias Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Steffen Schülein, Jonas Sebhatu, Andrea Schwendemann, Christian Stock, Jörg Später, Christopher Vogel, Sigrid Weber, Heiko Wegmann.

Vertrieb für den Buchhandel:

► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:

► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:

► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):

► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 40,– Porto / Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):

► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 109 117

Spenden:

► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 148 239 - 755 bei der Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75), Kontoinhaberin: Aktion Dritte Welt e.V. (s. Heft-Editorial S. 3), Verwendungszweck: Spende Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 247:

► (Druckfertige Vorlagen) 18.7.2000